

Ob 4

Ob 4

UB Braunschweig

84



2225-315-2



Ob 4

Der
Proceß

gegen den

**Ausschuß der social-demokratischen
Arbeiterpartei**

1. den Kaufmann W. Bracke jun. zu Braunschweig,
2. den Techniker Leonhard von Bonhorst aus Taub,
3. den früheren Lehrer zu Wolfenbüttel, Samuel Spier,
jetzt zu Frankfurt a. M.,
4. den Schneidergesellen Joh. Aug. Carl Kühn aus
Leipzig.

Verhandelt

vor

Herzoglichem Kreisgerichte Braunschweig

am 23., 24. und 25. November 1871.



Actenmäßig dargestellt

von

C. Koch,

Herzogl. Braunschweigischer Staatsanwalt.

Braunschweig.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von Julius Krampe.

1871.

Vorwort.

Die anti-nationale Haltung der social-demokratischen Arbeiterpartei in Deutschland während des letzten deutsch-französischen Krieges, das Einschreiten des General-Gouvernements der Norddeutschen Küstenlande zu Hannover gegen den „Ausfluß“ dieser Partei und dessen Internirung in der Festung Lützen, sowie das nachfolgende gerichtliche Untersuchungs-Verfahren in Braunschweig und Leipzig, haben in den weitesten Kreisen ein so lebhaftes Interesse erregt, daß der Verfasser dieser Schrift es für seine Pflicht gehalten hat, dem Publikum eine actenmäßige Darstellung der in Braunschweig Statt gehabten Gerichtsverhandlungen vorzulegen.

Hierbei darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Bericht über die mündlichen Verhandlungen in dem Hauptverhandlungstermine am 23., 24. und 25. November 1871 nicht auf stenographischen Aufzeichnungen beruht und deshalb auf deren Genauigkeit keinen Anspruch macht; jedoch hofft der Verfasser, auch ohne die ermüdende Weitschweifigkeit stenographischer Berichte, im Wesentlichen den Sinn der mündlichen Vorträge unparteiisch wiedergegeben zu haben.

Braunschweig, Ende November 1871.

C. Koch.

nahmen (in Abwesenheit ihres Führers Bracke) diesen Wiedervereinigungs-Vorschlag an. Bald jedoch entstanden Streitigkeiten, indem viele Wortführer meinten, daß v. Schweizer sich eine zu große dictatorische Gewalt angemäkt habe und der neue Verein nicht echt demokratisch organisiert sei.

Es wurde im August 1869 ein Congreß der social-demokratischen Arbeiter Deutschlands nach Eisenach ausgeschrieben, um eine Einigung der gesamten Arbeiter anzustreben. Unter den Unterzeichnern dieser Einladung befanden sich Bracke, der Lehrer Samuel Spier zu Wolfenbüttel, der Gelbgießer Ehlers, der Agent Carl Lüddecke zu Braunschweig und der Techniker Leonhard von Bonhorst aus Gumb. Auf dem Eisenacher Congresse wurde ein neuer Verein, „die social-demokratische Arbeiterpartei“ (auch „die Ehrlichen“ genannt, weil ihre Anhänger die Führer der Gegner v. Schweizer und Wende für Schurken und Betrüger erklären) gegründet, welcher sofort in seinem Programme erklärte, daß er sich als Zweig der „Internationalen Arbeiter-Association“ betrachte, „sich deren Bestrebungen anschließend“, und die Errichtung des „freien Volksstaats“ als Ziel seines Strebens hinstellte, mit einem Zeitungs-Organ unter dem Titel: „der Volksstaat“. Die Partei wird geleitet von einem, aus 5 Personen bestehenden „Aus-schusse“ unter Oberaufsicht einer „Controle-Commission“. Als Vortragsort und Sitz des Ausschusses für das nächste Jahr wurde Braunschweig, als Sitz der Controle-Commission Hamburg bestimmt. Zu Mitgliedern des Ausschusses wurden gewählt: Ehlers als Vorsitzender, Spier als Stellvertreter, v. Bonhorst als Schriftführer, Bracke als Cassirer und Reidel als Beisitzer. Die meisten hiesigen Mitglieder traten dem Vereine bei.

Im September 1869 bildete sich auf Grundlage des Eisenacher Programms ein Localverein*), welcher zu Anfang des Jahres 1870 etwa 117 Mitglieder zählte, und seinen Statuten zufolge die Würde und das materielle Interesse seiner Mitglieder, wie der gesamten Arbeiterklasse zu wahren und zu fördern bestrebt sein sollte. Seitdem trat neben der Besserung einer Verbesserung der materiellen Lage des Arbeiterstandes, immer mehr das Bestreben der Agitatoren und Parteiführer hervor, sich die Herrschaft über die Arbeiterklasse zur Verfolgung rein politischer Zwecke mit dem Endziele der Errichtung einer Arbeiter-Republik zu verschaffen.

Auf dem im Juli 1870 zu Stuttgart abgehaltenen Parteicongresse wurde wiederum Braunschweig-Wolfenbüttel zum Sitz des Ausschusses bestimmt, und wurde hernach der Ausschuss folgendermaßen zusammengesetzt: Schneidergeselle Joh. Aug. Carl Kühn aus Leipzig als Vorsitzender; Spier als Stellvertreter; Bracke als Cassirer; v. Bonhorst als Schriftführer; Zimmergeselle Heinrich Gralle als Beisitzer.

*) Dieser Localverein ist von Herzogl. Polizeidirection, weil mit dem Bundesbeschlusse vom 13. Juli 1854 im Widerspruch stehend, am 8. April 1871 aufgelöst.

Welche Stellung der „Aussschuß“ beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges genommen, wird sich aus den folgenden Mittheilungen ergeben. Hier sei nur hervorgehoben, daß der Aussschuß, nachdem bei Sedan Kaiser Napoleon gefangen und in Paris die Republik proclamirt war, am 5. September 1870 ein „Manifest“ erließ, in der Zeitung: „der Volksstaat“ abdrucken ließ und, in 10,000 Exemplaren als Flugblatt gedruckt, unter die Arbeiter-Bevölkerung von ganz Deutschland zu vertheilen beschloß, auch an die Parteiführer in einer Menge von Städten versandte.

Dieser Schritt des Aussschusses veranlaßte das General-Gouvernement der Norddeutschen Küstengebiete zu Hannover, da das Herzogthum Braunschweig zu dem derzeit in Kriegszustand erklärten Bezirke des 10. Armee-corps gehörte, am 9. September 1870 die genannten Mitglieder des Aussschusses, die bekannten Agitatoren Ehlers und Lüdecke, und den Drucker des Manifestes, Buchdruckereibesitzer Heinrich Sievers zu Braunschweig verhaften und — mit Ausnahme des in dem Gefängnisse zu Braunschweig zurückbleibenden Lüdecke — zur einstweiligen Internirung nach der Festung Lügen transportiren zu lassen. Gleichzeitig gelang es, die bereits versandten Exemplare des Manifestes an den meisten Orten vor der Vertheilung zu fassiren; auch wurden bei den Verhafteten, so wie bald darauf bei den Parteiführern in Leipzig, den Redacturen bez. Expedienten des „Volksstaats“ Bebel, Liebknecht, Hepner u., und dem Vorsitzenden der Control-Commission, Buchhändler Geib in Hamburg, genaue Hausdurchsuchungen gehalten und Massen von Briefen und anderen Schriftstücken, Drucksachen u. in Beschlag genommen.

Die Sichtung und Ordnung dieses umfangreichen Materials erforderte bedeutende Zeit und Arbeitskräfte; es wurden über das Treiben der Partei wichtige Enthüllungen und Materialien zu den nachfolgenden gerichtlichen Untersuchungen gewonnen, welche theils gegen die obengenannten internirten Personen, theils in Leipzig gegen Bebel, Liebknecht und Hepner eingeleitet wurden.

Durch Allerhöchste Cabinets-Ordre Sr. Majestät des Königs von Preußen d. d. Versailles, 17. October 1870, wurde das General-Gouvernement zu Hannover angewiesen, das gegen die in Braunschweig verhafteten Personen vorliegende Material der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Prüfung vorzulegen und diejenigen jener Personen, gegen welche Untersuchungshaft beschloffen werden möchte, an das betreffende Gericht unter der Bedingung abliefern zu lassen, daß bei etwaigem spätern Wegfall der Gründe zur Fortsetzung der gerichtlichen Haft die betreffenden Personen dem General-Gouvernement zu Hannover wiederum zur Disposition gestellt würden.

Am 10. October 1870 hatte bereits die Herzogl. Polizei-Direction Braunschweig der Herzogl. Staatsanwaltschaft daselbst eine allgemeine Uebersicht über das Resultat der Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen mitgetheilt, und wurde am 25. October von Seiten der Staatsanwaltschaft Braunschweig bei dem Untersuchungsrichter des Herzogl. Kreis-

gerichts daselbst Einleitung der Voruntersuchung wegen Hochverraths und Landesverraths beantragt.

Am 29. October beantragte ferner die Staatsanwaltschaft bei dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig: die gerichtliche Verhaftung von Bracke, v. Bonhorst, Spier, Gralle, Kühn, Ehlers und Lüdecke wegen Verdachts des Hoch- und Landesverraths zu verfügen, und die stattgehabten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Drucksachen, Briefen und anderen Schriftstücken zu genehmigen. Ein gleicher Antrag gegen den Buchdruckereibesitzer Sievers wurde wegen Mangels genügender Motivierung nicht gestellt.

Am 7. November 1870 verfügte Herzogl. Kreisgericht die gerichtliche Untersuchungshaft der erstgenannten Personen, wegen Verdachts des Hochverraths, und genehmigte die Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen.

Auf Grund der sodann von hiesiger Staatsanwaltschaft an das General-Gouvernement zu Hannover erlassenen Requisition wurden Bracke, Spier, Gralle, Kühn und Ehlers von Lözen hierher transportirt und am 16. November Morgens 7 Uhr in das hiesige Untersuchungs-Gefängniß (im sog. Kloster) abgeliefert. Sievers blieb bis zum 19. December in Lözen internirt und wurde dann auf freien Fuß gesetzt.

v. Bonhorst nebst andern internirten Preußen war bereits auf Grund einer Allerhöchsten Cabinets-Ordre Sr. Majestät des Königs von Preußen d. d. Versailles, 24. October 1870, als Preussischer Unterthan, wegen der bevorstehenden Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus von Lözen entlassen, und hatte sich nach Dresden begeben. Dort späterhin in gerichtliche Untersuchungshaft genommen, verweigerten die Königl. Sächsischen Behörden anfänglich die von der Staatsanwaltschaft zu Braunschweig beantragte Auslieferung von Bonhorst's. Letztere erfolgte jedoch am 11. Januar 1871 und wurde nunmehr die Voruntersuchung auch gegen Bonhorst geführt.

Lüdecke wurde am 21. Januar 1871 auf Antrag der Staatsanwaltschaft aus der gerichtlichen Untersuchungshaft entlassen und mit Genehmigung des General-Gouvernements zu Hannover, da solches auch eine fernere Internirung nicht für erforderlich hielt, auf freien Fuß gesetzt.

Nach geschlossener Voruntersuchung wurden die Acten und Beweisstücke am 6. März 1871 von dem Staatsanwalt in Braunschweig in Gemäßheit der hiesigen Competenzbestimmungen der Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft zu Wolfenbüttel vorgelegt, um darüber Entschließung zu fassen: ob ein mit Zuchthausstrafe bedrohetes, also von dem Schwurgerichtshofe abzuurtheilendes Verbrechen zur Erhebung einer Anklage genügend indicirt sei?

Der Ober-Staatsanwalt entschied sich für die Verneinung dieser Frage und richtete an den Anklage-Senat des Herzogl. Obergerichts zu Wolfenbüttel am 19. März 1871 folgenden Antrag:

An
den Anklage-Senat Herzoglichen
Obergerichts
zu Wolfenbüttel.

Bei Ueberreichung der vor dem Herzoglichen Kreisgerichte Braunschweig wegen Hoch- und Landesverraths gegen

- 1) den Kaufmann Wilhelm Bracke jun. zu Braunschweig,
- 2) den Privatschreiber Leonhard von Bonhorst daselbst,
- 3) den Zimmermann Heinrich Gralle daselbst,
- 4) den Schneider Carl Kühn daselbst,
- 5) den Lehrer Samuel Spier zu Wolfenbüttel,
- 6) den Gelbgießer Johann Heinrich Conrad Ehlers zu Braunschweig,
- 7) den Agenten Carl Heinrich Julius Lüdecke daselbst,
- 8) den Buchdruckereibesitzer Heinrich Sievers ebendaselbst,

von welchen sich die sub 1 bis 7 Genannten — mit Ausnahme jedoch des dieser Haft bereits entlassenen Agenten Lüdecke — in Untersuchungshaft befinden, ergangenen Acten der Voruntersuchung, beehre ich mich, über das von mir gewonnene Resultat der Letzteren Folgendes vorzutragen:

Daß die Angeschuldigten, wenigstens Einzelne von ihnen, deren Endziel auf Einführung der Republik gerichtet ist, zur Erreichung dieses Endziels Handlungen vorgenommen haben, welche den Thatbestand der Vorbereitung zum Hochverrathe bilden, wie solcher in §. 83 Nr. 1 event. Nr. 2 des mit dem 1. Januar 1871 aufgehobenen Braunschw. Cr.-Ges.-B. in Verbindung mit §. 1 des Gesetzes vom 3. August 1867 Nr. 61 definiert worden, mag indicirt erachtet werden.

Die durch gegenwärtige Untersuchung verfolgten Handlungen der Angeschuldigten fallen sämmtlich in die Zeit vor dem 1. Januar 1871, so daß bei deren Beurtheilung auch das mit diesem Tage in Kraft getretene Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund dergestalt in Betracht zu ziehen ist, daß bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburtheilung das mildeste Gesetz angewendet werden muß. §. 2 des B.-St.-Ges.-B.

Diese Vorschrift des Gesetzes greift insbesondere da Platz, wo das ältere Strafgesetz als solches eine Abänderung erfahren hat, wo also der Gesetzgeber in Beziehung auf die Strafbarkeit einer bestimmten Handlungsweise grundsätzlich zu einer anderen Auffassung gelangt ist, O p p e n h o f f: Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund S. 24, Note 11; und in denjenigen Fällen, wo das neue Strafgesetzbuch an den Thatbestand einer bestimmten strafbaren Handlung erhöhte Anforderungen zu Gunsten des Angeschuldigten stellt, ist das neue Gesetz als das mildere dergestalt anzuwenden, daß, selbst wenn der dem älteren Gesetze entsprechende Thatbestand vollständig vorhanden, es dagegen an einem erhöhten Momente des durch das neue Gesetz gegebenen Thatbestandes

fehlt, der Thatbestand der betreffenden strafbaren Handlung überall als nicht vollständig erfüllt betrachtet werden muß.

Das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund ist, was den Thatbestand des Verbrechens der Vorbereitung des Hochverraths anbelangt, unzweifelhaft zu einer, dem §. 83 unseres bisherigen Crim.-Ges.-B. gegenüber, grundsätzlich andern Auffassung zu Gunsten der Angeschuldigten gelangt. Während der §. 83 des Braunschw. Crim.-Ges.-B., indem sich derselbe mehr oder weniger dem bis dahin geltenden gemeinen Rechte anschließt, dem Thatbestande dieses Verbrechens einen allgemeinen Charakter giebt und sogar soweit geht, unter diesen Thatbestand die Verabredung mit Anderen zur Verbreitung von Grundsätzen, durch welche die Existenz des Staates gefährdet wird, sowie die Verbreitung von Schriften, welche zu hochverrätherischen Zwecken aufreizen, zu subsumiren, zeugen die entsprechenden §§. 85 und 86 des B.-Str.-Ges.-B. von einer gänzlich veränderten Auffassung.

Zum Verständniß dieser §§. wird von dem Inhalte der vorhergehenden §§. 81, 82 und 83 des B.-Str.-Ges.-B. auszugehen sein.

Der §. 81 definiert als Thatbestand des Hochverraths, soweit derselbe für den vorliegenden Fall in Betracht kommt, ein Unternehmen, welches darauf abzielt, die Verfassung des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaates gewaltsam zu ändern, und als ein Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, ist nach §. 82 jede Handlung anzusehen, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll.

Der §. 83 des B.-Str.-Ges.-B. straft zunächst den Fall, wenn Mehrere die Ausführung eines hochverrätherischen Unternehmens verabredet haben, ohne daß es zum Beginn einer nach §. 82 strafbaren Handlung gekommen ist. Zwar ist dieser §. 83 an und für sich nur auf das hochverrätherische Complot — nach §. 82 unseres Crim.-Ges.-B. „Verschwörung“ — zu beziehen, an dessen Thatbestande es unbedingt nach den betr. Bestimmungen beider Strafgesetzbücher fehlt; gleichwohl ist aber der §. 83 des B.-Str.-Ges.-B. auch in Ansehung der Vorbereitung des Hochverraths dem §. 83 Abs. 2 des Braunschw. Crim.-Ges.-B. insofern gegenüber zu stellen, als der letztere eine solche Vorbereitung in der Verabredung mit Anderen zur Verbreitung von Grundsätzen, durch welche die Existenz des Staates gefährdet wird, findet. Dieser Thatbestand der Vorbereitung findet indeß in dem §. 83 des B.-Str.-Ges.-B., welcher vielmehr allgemeine hochverrätherische Pläne und Bestrebungen sowie ein „Vereden und Besprechen“ nicht umfaßt, sondern ein bestimmtes (concretes) Unternehmen und eine Verabredung voraussetzt, welche der Ausführung unmittelbar vorausgeht, Oppenhoff l. c. S. 194, Noten 2 und 3 zu §. 83; Schwarze: Commentar S. 292, sowie im B.-Str.-Ges.-B. überhaupt, keine Stütze.

Was nun speciell die Vorbereitung des Hochverraths (§. 83 des Braunschw. Crim.-Ges.-B.) betrifft, so treten die gänzlich veränderten Grundsätze des B.-Str.-Ges.-B. in dessen §§. 85 und 86 unzweideutig hervor.

Der §. 85, welcher Denjenigen strafft, der öffentlich vor einer Menschenmenge, oder durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Ausführung einer nach §. 82 strafbaren Handlung auffordern, setzt ebenso wie der in Bezug genommene §. 82 voraus, daß eine Aufforderung ergangen ist:

- 1) zu einer unmittelbar zur Ausführung zu bringenden Handlung, und
- 2) nicht allein — was den vorliegenden Fall betrifft — zu Gewalt im Allgemeinen, sondern, wie schon oben in anderer Beziehung hervorgehoben, zu einer bestimmten, in ihrer concreten Gestaltung erkennbaren gewaltsamen Handlung.

Es ist sogar nach Ansicht der Reichstagsverhandlungen über den §. 85 die Ausnahme des Wortes: bestimmten hinter „einer“ beschlossen, und obgleich dieses Wort in Folge eines Redactionsverfehlers fehlt, so ist doch an der Richtigkeit der im Vorstehenden dem §. 85 gegebenen Deutung nicht zu zweifeln; und das Anpreisen zc. revolutionärer zc. Grundsätze reicht zum Thatbestande nach dem V.-Str.-Ges.-B. ebenso wenig hin, als der sonstige allgemeine Thatbestand unseres Crim.-Ges.-B. Oppenhoff I. c. S. 199, Bemerk. 20 zu §. 85; Schwarze I. c. S. 295, letzter Abs.

Der §. 86 des V.-Str.-Ges.-B. hat nur nach seinem Wortlaute: „Jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung“ einen allgemeineren, sich scheinbar dem §. 83 unseres Crim.-Ges.-B. nähernden Charakter; in Wirklichkeit unterscheidet er sich aber von dem §. 85 des V.-Str.-Ges.-B. nur dadurch, daß hier allein das Wort „unmittelbar“ fehlt, im Uebrigen aber die Vorbereitung — neben den im §. 85 aufgeführten speciellen Arten einer solchen — ebenso wie im Falle des §. 85 — einer bestimmten, in ihrer concreten Gestaltung erkennbaren gewaltsamen Handlung zum Gegenstande haben muß, und die bloße Verbreitung gefährlicher Lehren und Grundsätze insbesondere genügt zum Thatbestande nicht. Oppenhoff I. c. S. 199, Bem. 1 und 2 zu §. 86; Schwarze I. c. S. 296, zu §. 86.

Aus den Acten der Voruntersuchung habe ich nun die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angeeschuldigten, während unverkennbar das ganze Treiben Aller oder Einzelter derselben, sowie des Vereins, welchem sie angehören, insbesondere unter Berücksichtigung der Verbindung mit anderen, gleich gefährliche Zwecke verfolgenden Vereinen einen in hohem Grade staatsgefährlichen Charakter an sich trägt, bei Verfolgung ihrer auf den Umsturz alles Bestehenden, auf Einführung der Republik, gerichteten Zwecke und Bestrebungen zu einem eigentlichen Bewußtsein über die Art und Weise, auf welche sie bei eintretender günstiger Gelegenheit ihre Zwecke zu erreichen suchen würden, zu einem eigentlichen Bewußtsein über eine bestimmte zweckentsprechende Handlung selbst noch nicht gelangt sind; und jedenfalls erachte ich es nicht für indicirt, daß dieselben einer solchen bestimmten gewaltsamen Handlung auf

irgend eine Weise Ausdruck gegeben haben. Es fehlt somit nach Ansicht der cit. §§. des V.=Str.=Gef.=B., welches nach den oben entwickelten Grundsätzen als das mildere in Anwendung zu bringen, überall an dem bundesrechtlichen Thatbestande des Verbrechens der Vorbereitung des Hochverraths, und kommt es bei dieser Sachlage auf eine specielle Erörterung der Thätigkeit der einzelnen Angeschuldigten in keiner Beziehung an.

Der §. 89 des V.=Str.=Gef.=B. erklärt Denjenigen des Landesverraths schuldig, welcher vorsätzlich während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet, und könnte bei der Allgemeinheit solcher Bestimmung möglicherweise in der öffentlichen Kundgebung Aller oder Einzelner der Angeschuldigten während des jetzt glorreich beendigten Krieges, insbesondere in dem gerade von ihnen ausgegangenen Manifeste vom 5 Septbr. v. J., wie an verschiedenen Stellen der Acten näher angedeutet worden, ein solches Vorschubleisten und damit der Thatbestand des Landesverraths nach §. 89 des V.=Str.=Gef.=B. gefunden werden; allein dieser Thatbestand des Landesverraths ist dem §. 84 unseres Crim.=Gef.=B. fremd, und wie hiernach unter Berücksichtigung der in dieser Hinsicht eben entwickelten Grundsätze das V.=Str.=Gef.=B. als das härtere Strafgesetz nicht zur Anwendung kommen kann, so dürfte auch der Thatbestand des Landesverraths nicht vorliegen.

Da nur das Verbrechen der Vorbereitung des Hochverraths, falls dessen im V.=Str.=Gef.=B. enthaltener Thatbestand vorhanden, oder des Landesverraths die Competenz des Criminalsenats begründen würde: so mache ich Hohem Senate die Anzeige, daß ich

soweit das zur Competenz des Criminalsenates gehörige Verbrechen der Vorbereitung des Hochverraths, §. 83 des Braunschw. Crim.=Gef.=B. und §§. 83 — 86 incl. des V.=Str.=Gef.=B., sowie des Landesverraths, §. 84 des Braunschw. Crim.=Gef.=B. und §. 89 des V.=Str.=Gef.=B. in Frage steht, wegen Mangels des Thatbestandes Einstellung des Verfahrens beschlossen habe.

Hieran

knüpfe ich jedoch noch folgende Bemerkungen:

I. Das nach Vorstehendem gewonnene Resultat schließt nicht aus, daß

- 1) der Thatbestand der Vorbereitung des Hochverraths (§. 83 des Crim.=Gef.=B.), soweit solcher als indicirt anzunehmen, den Thatbestand eines anderen, jedoch zur kreisgerichtlichen Competenz gehörigen Vergehens des V.=Str.=Gef.=B. bilden kann, und die Angeschuldigten in dieser Beziehung eintretenden Falls ebensowohl der weiteren strafrechtlichen Verfolgung zu unterwerfen sind, als solches
- 2) zu geschehen haben wird, wenn die That der Angeschuldigten unter den Thatbestand einer andern nach dem Brschw. Cr.=Gef.=B. strafbaren Handlung (z. B. §. 88 und 89 des Brschw. Cr.=Gef.=B. in Verbindung mit §. 3 des Gesetzes vom

11. Januar 1852) und daneben unter den Thatbestand einer anderen, nach dem B.-Str.-Ges.-B. strafbaren Handlung zu subsumiren ist, und mögen in dieser Beziehung z. B. folgende §§. des B.-Str.-Ges.-B. hervorgehoben werden: §. 110 (cf. Oppenhoff l. c. Note I. 6. 6a und 7 zu diesem §., und Schwarze l. c. S. 319) §§. 128, 129, 130, 131.

- II. Ungleich ist die strafrechtliche Verfolgung der Angeschuldigten nicht ausgeschlossen auf Grund des nach §. 2 des allgemeinen Einführungsgesetzes zum Bundesstrafgesetzbuche neben dem letztern in Kraft bleibenden Landesstrafrechts, z. B. auf Grund der Gesetze gegen den Mißbrauch des Vereinsrechts, cf. §. 4 Nr. 2 und §§. 21 und 22 des Gesetzes vom 4. Juli 1853 Nr. 37; Verordnung vom 21. September 1854 Nr. 51, insbesondere §. 4 Nr. 2 und 8 des Bundesbeschlusses, §§. 1 und 2 des Gesetzes vom 16. November 1854 Nr. 58.

Es wird deshalb, soweit überall eine zur kreisgerichtlichen Competenz gehörige strafbare Handlung in Frage steht, insbesondere ad I. und II. die weitere Beschlussfassung der Herzoglichen Staatsanwaltschaft Braunschweig vorbehalten.

Insofern übrigens die Untersuchungshaft durch die Schwere der indicirten strafbaren Handlung, insbesondere durch die Competenz des Criminalsenats bedingt ist, liegt, falls Hoher Senat Sich mit den von mir gefassten Beschlüssen einverstanden erklären sollte, ein Grund zu deren Fortdauer nicht vor; es wird jedoch dem Staatsanwalte überlassen bleiben müssen, gegen alle oder einzelne der Angeschuldigten neue Haftbefehle bei dem competenten Gerichte zu erwirken, falls er die Fortdauer der Untersuchungshaft zum Zwecke des ferneren kreisgerichtlichen Verfahrens begründen zu können vermeint.

Ich beantrage deshalb, die Entlassung der sämtlichen noch verhafteten Angeschuldigten aus der Untersuchungshaft, jedoch vorbehaltlich der Erwirkung eines neuen Haftbefehls bei dem competenten Gerichte, zu verfügen.

Wolfsenbüttel, am 19. März 1871.

Der Oberstaatsanwalt.

Für denselben:

Noemde.

Der Anklage-Senat Herzogl. Obergerichts verfügte hierauf am 20. März 1871 Folgendes:

„Da wir gegen den vorstehenden Beschluß der Oberstaatsanwaltschaft nichts zu erinnern finden, so wird die Rücksendung der Acten an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig und die Entlassung der verhafteten Angeschuldigten aus der Untersuchungshaft verfügt.“

Die Verfügung auf den vorbehaltenen Antrag auf Erlassung eines neuen Haftbefehls bleibt dem Herzogl. Kreisgerichte zu Braunschweig überlassen.“

Wolfenbüttel, am 28. März 1871.

Der Anklage-Senat Herzogl. Obergerichts.

gez. **Knittel.**

In Folge dieses Beschlusses wurden die Verhafteten Bracke, Spier, v. Bonhorst, Gralle, Kühn und Ehlers, da Herzogl. Staatsanwaltschaft zu Braunschweig keine Veranlassung fand, den Erlass eines neuen Haftbefehls gegen alle oder einzelne Beschuldigte zu beantragen, und da auch bereits das General-Gouvernement zu Hannover am 18. März 1871 erklärt hatte, daß eine fernere Internirung der genannten Personen nicht beabsichtigt werde, am 30. März 1871 auf freien Fuß gesetzt.

In den folgenden Monaten mußte die Thätigkeit der Braunschweiger Untersuchungs-Behörden ruhen, da die Leipziger Gerichtsbehörden die Mittheilung der hiesigen Untersuchungsacten und Beweismücke behuf der Benützung bei der dort gegen Vebel, Liebknecht und Hepner eingeleiteten Untersuchung erbeten hatten.

Aus dieser Zeit ist nur hervorzuheben, daß am 10. Mai 1871 Bracke, Kühn, Ehlers, v. Bonhorst und Gralle an Herzogl. Staatsanwaltschaft Braunschweig wegen ihrer „widerrechtlichen“ Gefangenhaltung in Lügen einen Antrag dahin richteten:

„Herzogl. Staatsanwaltschaft wolle, entsprechend ihrem durch §. 3 der Str.-Proc.-Ord. vorgeschriebenen Verufe die geeignet erscheinenden Schritte thun, daß die schuldigen Urheber und Vollzieher jener an ihnen verübten Rechtsverletzungen festgestellt und deshalb zur gebührenden Verantwortung und Ahndung nach Maßgabe des Gesetzes gezogen würden.“

Von der Herzogl. Staatsanwaltschaft wurde hierauf den Petenten am 24. Mai 1871 zum Bescheide ertheilt:

„daß, da nach Art. 68 der Verfassung des Norddeutschen Bundes der Bundesfeldherr, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Theil desselben in Kriegszustand erklären kann;

da durch die Verordnung des Bundespräsidiums vom 21. Juli 1870 der Bezirk des 10. Armeecorps, zu welchem das Herzogthum Braunschweig gehört, in Kriegszustand erklärt, und für diesen Bezirk durch Allerhöchsten Erlass des Bundespräsidiums vom 22. Juli 1870 ein General-Gouverneur mit dem Sitz in Hannover eingesetzt ist, an welchen nach Nr. 7 des cit. Erlasses die vollziehende Gewalt mit Erklärung des Kriegszustandes übergegangen ist,

da ferner nach demselben Allerhöchsten Erlasse in diesen Bezirken die Civilverwaltungs- und Gemeindebehörden den An-

ordnungen und Aufträgen des General-Gouverneurs unbedingte Folge zu leisten haben,

da endlich die am 9. September v. J. erfolgte Verhaftung und Internirung der Petenten in der Festung Löben von dem Herrn General-Gouverneur zu Hannover befohlen war,

das General-Gouvernement in Hannover aber, als eine Militairbehörde, wegen der von ihm getroffenen Anordnungen von der Staatsanwaltschaft bei dem Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig nicht zur Verantwortung gezogen werden kann,

und die hiesige Herzogl. Polizeidirection dem Obigen noch zur Ausführung der Befehle des General-Gouvernements zu Hannover gesetzlich verpflichtet war*), folglich von einer Ueberschreitung der Amtsbefugnisse dieser Behörde nicht im Entferntesten die Rede sein kann,

der an Herzogl. Staatsanwaltschaft gerichtete Antrag der Petenten, die Urheber und Vollzieher der obengedachten militairischen Internirung zur Verantwortung zu ziehen, zurückgewiesen werde.“

Die Petenten verfolgten Recurs gegen diesen Bescheid, und erhielten am 8. September 1871 von Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft zu Wolfenbüttel folgende Resolution:

da die am 9. September v. J. erfolgte Verhaftung und Internirung auf Befehl des für den in Kriegszustand erklärten Bezirk des 10. Armeecorps bestellten General-Gouverneurs Vogel von Falckenstein geschehen, eine Mitwirkung der hiesigen Behörden aber nur auf Grund jenes Befehls eingetreten ist,

der bestellte General-Gouverneur kraft der ihm übertragenen vollziehenden Gewalt gehandelt hat und die ihm untergeordneten Civil-, Verwaltungs- und Gemeindebehörden dessen Anordnungen und Aufträgen nach §. 6 des durch Bekanntmachung Herzogl. Staatsministerii vom 29. Juli 1870 publicirten Allerhöchsten Erlasses des Bundespräsidiums vom 22. Juli 1870 unbedingte Folge zu leisten haben,

die letztgedachten Behörden mithin von jeder Verantwortung in Ausführung solcher Anordnungen und Aufträge befreit sind,

der bestellte, wenngleich nach §. 4 Abs. 2 des mit jener Bekanntmachung publicirten Gesetzes vom 4. Juni 1851 für seine Anordnungen persönlich verantwortliche General-Gouverneur aber rücksichtlich dieser Verantwortlichkeit der Competenz der Herzogl. Staatsanwaltschaft Braunschweig nicht unterworfen ist,

der erhobene Recurs damit verworfen werde.

*) Berichtend sei hier bemerkt, daß die Verhaftung am 9. Septbr. nicht von der Herzogl. Polizei-Direction und deren Beamten ausgeführt wurde. Vielmehr war, um über den militairischen Charakter der ganzen Maßregel keinen Zweifel zu lassen, der Befehl zur Verhaftung an den hiesigen Garnison-Commandeur erlassen, welcher die Verhaftung durch ein Militair-Commando ausführen ließ, und zwar in Begleitung eines Polizei-Sergeanten behuf Auffindung der richtigen Persönlichkeiten. Die Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen geschahen durch Beamten der Herzogl. Polizei-Direction.

Nachdem die Braunschweiger Untersuchungsacten und Beweisstücke von den Leipziger Behörden remittirt waren, wurde von der Herzoglichen Staatsanwaltschaft Braunschweig die definitive Einstellung des Verfahrens gegen das fünfte Ausschussmitglied Gralle, weil derselbe im Ausschusse nur Figurant, und niemals thätig gewesen zu sein scheint, imgleichen gegen Ehlers, Lüdecke und Sievers beschlossen, und gegen die übrigen vier Beschuldigten folgende Anklage bei Herzoglichem Kreisgerichte Braunschweig erhoben:

An

Herzogliches Kreisgericht

Braunschweig.

Anklage

gegen

- 1) den Kaufmann Wilhelm Bracke jun., 29 Jahre alt, hieselbst;
- 2) den Techniker Leonhard von Bonhorst aus Gaub, jetzt hier sich aufhaltend, 31 Jahre alt;
- 3) den früheren Lehrer zu Wolfenbüttel Samuel Spier, 33 Jahre alt, jetzt in Frankfurt a. M. sich aufhaltend;
- 4) den Schneidergesellen Joh. Aug. Carl Kühn aus Leipzig, jetzt hieselbst, 42 Jahre alt;

wegen

Vergehen gegen die öffentliche Ordnung.

1. Entstehung der social-demokratischen Arbeiterpartei.

a. Es ist bekannt, daß den auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen gerichteten, und auf das Princip der Selbsthülfe gestützten Bestrebungen von Schulze-Delitsch zu Anfang der sechziger Jahre Ferdinand von Lassalle unter Proclamirung des Princips der Staatshülfe entgegen trat. Nach Lassalle's Tode spalteten sich seine Anhänger in zwei Hauptfractionen, die sogen. männliche Linie (unter Führung von Bernhard Becker, hernach v. Schweizer) und die sogen. weibliche oder Hasfeld'sche Linie (unter nomineller Führung von Mende). In der Stadt Braunschweig wurden die social-demokratischen (Lassalle'schen) Ideen zuerst im Jahre 1865 öffentlich vertreten, indem der Angeklagte Bracke derzeit der hiesigen Polizei-Direction die Anzeige machte, daß

Anmerkung. Die Anklage ist, um die bei den Verhandlungen vorkommenden Citate einzelner Stellen leichter auffinden zu können, durch Zahlen und Buchstaben in einzelne Abschnitte getheilt. Die Eintheilung durch Buchstaben schließt sich an die von dem Gerichts-Präsidenten bei dem Verhöre der Angeklagten gemachten Abschnitte.

verschiedene hiesige Einwohner dem Allgemeinen Deutschen Arbeitervereine zu Leipzig als Mitglieder beigetreten wären, und daß der Vereinspräsident Becker ihn zu seinem Bevollmächtigten für Braunschweig ernannt habe. Als Zweck des Vereins war angegeben: für Herstellung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts zu wirken. — Die hiesigen Vereinsmitglieder (im Jahre 1866 etwa 150) hielten häufig Versammlungen, in denen neben der Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter auch diejenigen staatlichen Einrichtungen besprochen wurden, welche nach und durch Erwerbung des allgemeinen Wahlrechts zu schaffen resp. zu beseitigen seien, wie insbesondere die Gewährung des Coalitionsrechts und eines Staatscredits zu gewerblichen Productiv-Associationen, die Einführung einer directen Einkommensteuer u. dergl. Es äußerte sich schon damals das bis in die neueste Zeit fortgesetzte Bestreben, der Partei durch äußere Anziehungsmittel (wie durch öffentliche Umzüge, Veranstaltung von Festlichkeiten, marktschreierische Ankündigung von Versammlungen und, in letzteren selbst, durch Entstellung des Standpunkts der übrigen gesellschaftlichen Classen und der Behörden, gegenüber der „verfehmten“ Arbeiterklasse durch hochtrabende Reden und electricisirende Schlagwörter) einen größeren Zuwachs von Mitgliedern zu verschaffen, — jedoch ohne erheblichen Erfolg. Bracke entfaltete in diesen, meist von ihm veranstalteten Versammlungen durch seine Reden eine hervorragende agitatorische Thätigkeit.

b. Als im Jahre 1868 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein zu Leipzig aufgelöst wurde und sich unter v. Schweizer's Präsidentschaft zu Berlin neu constituirte, schlossen sich die hiesigen Vereinsmitglieder dem neuen Vereine an. Eine im Jahre 1869 zwischen v. Schweizer und Mende verabredete Vereinigung beider Fractionen rief unter den Parteigenossen Widerspruch hervor. Es wurde von den Berliner Vortführern eine, auch von Bracke, v. Bonhorst und Spier mit unterzeichnete offene Erklärung erlassen, in welcher das eigenmächtige, dictatorische Vorgehen Schweizer's als nicht echt demokratisch getadelt, der Austritt aus dem Vereine erklärt und behuf der Einigung der gesammten socialdemokratischen Arbeiter Deutschlands die Berufung eines allgemeinen Arbeiter-Congresses angekündigt wurde. Diese Berufung erfolgte im August 1869 nach Eisenach und wurde auf diesem Congresse, — auf welchem u. A. auch Bracke und Spier, sowie der Literat Liebknecht und Drechsler Bebel besonders thätig waren, eine Vereinigung gegründet unter dem Namen:

„Socialdemokratische Arbeiterpartei“

c. Wenngleich (in der Absicht der Umgehung der Gesetze) der Ausdruck „Arbeiterpartei“ gewählt, und der Ausdruck „Arbeiterverein“ vermieden wurde, so wurde doch in Wirklichkeit ein Verein gebildet und demselben ein bestimmtes Programm und Statuten (Organisation) gegeben, ein gemeinsamer, den Verein leitender Vorstand (Auschuß und Control-Commission) geschaffen, Generalversammlungen (Congresse) angeordnet und Mitgliedskarten, sowie regelmäßige Beiträge zur Vereins- (Partei-) Casse eingeführt.

Der Verein trat sofort in die genauesten Beziehungen zu der internationalen Arbeiter-Association und betrachtete sich als einen Zweig derselben.

2. Internationale Arbeiter-Association.

a. Ueber diese internationale Arbeiter-Association ist Folgendes hervorzuheben:

Die Wortführer der Feinde der monarchischen Staatsform, theils rein-republikanischen, theils social-republikanischen Bestrebungen huldigend, hatten, um ihre Ideen in die Massen des Volkes hineinzutragen und um diese Massen zur Erreichung ihrer Zwecke zu benutzen, die Nothwendigkeit einer einheitlichen Leitung erkannt. Zu diesem Zwecke wurde im September 1864 die Internationale auf einem zu London zu Gunsten der damals im vollen Aufstande begriffenen Polen abgehaltenen und von Engländern, Franzosen, Polen, Italienern und Deutschen zahlreich besuchten Meeting begründet. Sie sollte ein die Arbeiter-Interessen aller Länder umfassendes Institut sein und an ihre Spitze wurde ein Generalrath gestellt, welcher aus Vertretern der nach Ländern und Sprachen gebildeten Gruppen sich zusammensetzte und in London seinen Sitz nahm. Die Thätigkeit des Generalraths ist wesentlich darauf gerichtet, für die Arbeiter, behuf ihrer socialen Emancipation, politische Macht zu erobern und bei passenden Gelegenheiten zu interveniren. Die Inaugural-Adresse und die Statuten der Association wurden von Karl Marx verfaßt*) und wurde dieser als correspondirender Secretär für Deutschland (neben anderen Secretären für Amerika, Belgien, Frankreich, Italien, Polen und die Schweiz) in den Generalrath gewählt. „Um das große Endziel, die völlige Emancipation der Arbeiter von der Herrschaft der besitzenden Classen und von der politischen Abhängigkeit zu erreichen“, sagt Karl Marx in seiner Inaugural-Adresse, „ist es die große Pflicht der arbeitenden Classen, politische Macht zu erobern. — Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Nach Nr. 5 der Statuten sollen die cooperirenden Associationen der verschiedenen Länder durch den Generalrath fortwährend von den Bewegungen ihrer Classe in den anderen Ländern unterrichtet gehalten werden, so daß, wenn eine unmittelbar praktische Thätigkeit nöthig sein sollte, wie z. B. im Falle internationaler Streitigkeiten, eine gleichzeitige und gleichförmige Action der associirten Gesellschaften Statt findet. Es enthält diese Bestimmung der Statuten mit unverkennbarer Deutlichkeit einen Hinweis auf das thätige Eingreifen der Proletariatsmassen bei großen politischen Umwälzungen in Gemäßheit der vom Generalrathe zu erlassenden Befehle, und liefern nicht bloß die weiter unten zu erwähnenden, nach dem Sturze des französischen Kaiserreichs im Rücken unserer siegreichen Heere erlassenen, mit dem Feinde des Vaterlandes sympathisirenden Manifeste der Socialisten, sondern vornehmlich auch die allgemein bekannten Thaten der Pariser Commune zu diesem Statute effectvolle Illustrationen.

*) S. Eichhoff's Druckschrift: Die internationale Arbeiter-Association.

b. Daß diese Auffassung der Bestrebungen der internationalen Arbeiter=Association die richtige ist, bezeugen verschiedene Aeußerungen einzelner Sectionen und Vereine. So heißt es z. B. in dem Antrage der Section Zürich an den Congreß der Internationalen zu Basel (6. September 1869):

„Die Arbeiter Norddeutschlands haben den Imperial=Socialismus, „die junkerliche Dictatur v. Schweizer's so gründlich satt, daß sie sich „mit Ekel von diesem Jugend= und Volksverführer abwenden und mit „Sack und Pack in das Lager der **internationalen Arbeiter=Association** „übergehen, wo das Banner des Selbstbestimmungsrechts, der social= „demokratischen Staatsform, der **europäischen Bundesrepublik** „weht, um welches sich auch die Arbeiter Süddeutschlands, Oesterreichs, „Italiens und Spaniens immer zahlreicher zu schaaren beginnen. — „Der internationale Arbeiterbund sollte sich vollkommen klar und „darüber einig sein, welche Art von Republik er will, damit bei „**Ausbruch einer Revolution die Arbeitermassen überall wissen, was „zu thun ist.** — Die Bourgeois=Republik oder Repräsen= „tativ=Demokratie ist in der Schweiz im Absterben begriffen, — „und es tritt fortan die reine Demokratie auf den Plan, wo „das Volk direct an der Gesetzgebung Theil nimmt und dieselbe „daher nach seinen socialen Bedürfnissen umformen wird.“

„In dieser social=demokratischen Republik soll die Gesetzgebung „direct durch das Volk geübt werden; das Volk soll nicht bloß das „Vorschlagsrecht (Initiative), sondern auch das Abstimmungsrecht „(Referendum) haben; es wird beantragt, zu beschließen:

„Es sei eine Hauptaufgabe der arbeitenden Classen, dahin zu „wirken, daß die social=demokratische Republik verwirklicht „werde, in welcher die Gesetzgebung direct durch das Volk geübt wird.“

c. Ferner war auf der Generalversammlung der Deutschen Arbeiter vereine der Schweiz (welche von Anfang an der internationalen Arbeiter Association beigetreten waren) zu Neuenburg (August 1868) das in Genf erscheinende „Zelleisen“ zum Parteiorgan mit der Verpflichtung bestimmt, ausschließlich den demokratisch=republikanischen Standpunkt zu vertreten und war als das Ziel aller politisch=socialen Bestrebungen die Einrichtung eines europäischen Freistaatenbundes hingestellt.

d. Die oben erwähnten Marx'schen Statuten der internationalen Arbeiter=Association wurden auf dem Genfer Congresse im Septbr. 1866 genehmigt und damit der Einfluß des Generalraths auf die Arbeiter= bewegung der ganzen civilisirten Welt gesichert. Von da ab tritt der politische Charakter der Arbeiterbewegung, auch in Deutschland, immer mehr in den Vordergrund. Dieses zeigte sich u. A. (schon vor der Gründung der social=demokratischen Arbeiterpartei auf dem Eisenacher Congresse) auf dem 5. Vereinstage der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg (5.—7. September 1868), wo unter Bebel's Vorsitz und Liebknecht's Mitwirkung ein Mehrheitsbeschluß dahin zu Stande kam:

e. „Der zu Nürnberg versammelte fünfte Deutsche Arbeitervereins= „tag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung

„mit dem Programm der internationalen Arbeiter-Association:

„3) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Classen. Die sociale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und **nur** möglich im demokratischen Staat“.

f. Ferner in der außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Braunschweig am 19. u. 20. Mai 1867, in welcher Bracke als Protocollführer fungirte, und in welcher „Grundzüge der Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ discutirt und angenommen wurden, in denen es heißt:

„Der Verein bekämpft ebensosehr jeden despotischen Druck und jede Bevormundung von Oben, wie jede bundesstaatliche Gestaltung; er will das ganze Deutschland zu einem einheitlichen und freien Volksstaate verbunden wissen.“

3. Eisenacher Congress. Programm und Organisation der Partei.

a. Auf dem oben erwähnten Eisenacher Congresse, —

auf welchen die Anlage nach den vorstehenden Bemerkungen über die internationale Arbeiter-Association jetzt zurückkommt, — waren 263 Bevollmächtigte von Vereinen anwesend, welche angeblich 155,486 Stimmen vertraten. Die von ihnen unter der Bezeichnung: „Social-demokratische Arbeiterpartei“ gegründete Vereinigung stellt an die Spitze ihres Programms den Satz:

Die social-demokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats

und läßt damit über ihre politische Tendenz keinen Zweifel. Die Sätze sub II., 2, 3, 4, 5 und 6 des Programms sind dem Programme der internationalen Arbeiter-Association entnommen und, Bebel's Erklärung zufolge, beibehalten, um dadurch den Zusammenhang mit der Internationalen zu zeigen. Unter Nr. II. 6 erklärt sich die Partei geradezu „als Zweig der internationalen Arbeiter-Association, sich deren Bestrebungen anschließend“. Daß der Congreß den Ausdruck: „Freier Volksstaat“ für gleichbedeutend nahm mit dem Worte: „Republik“ und letzteren unzweideutigen und allgemein verständlichen Ausdruck nur deshalb vermied, um sich den Behörden gegenüber hinter der Zweideutigkeit des Wortes: „Volksstaat“ verbergen zu können, ergeben die Congressverhandlungen mit Evidenz. Es wird in dieser Beziehung auf die Äußerungen von Rippold, Spier, Greulich, Kittinghausen (Seite 28) und von Löwenstein und Liebknecht (Seite 31 des Eisenacher Protocolls) hingewiesen; im-

gleichen auf die sub Nr. III. 2 des Programms aufgestellte Forderung der „Einführung der directen Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk“ Bezug genommen, da eine derartige Gesetzgebung nur in einer Republik denkbar ist.

b. Die nächsten Forderungen der Partei wurden sub Nr. III. des erwähnten Programms in 10 Punkten zusammengefaßt, welche das Wesen der angestrebten Republik näher charakterisiren. Diese 10 Punkte lauten:

- 1) Ertheilung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
- 2) Einführung der directen Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.
- 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Confession.
- 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 5) Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
- 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
- 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
- 8) Abschaffung aller Press-, Vereins- und Coalitions-gesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit; Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitshausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Concurrenz.
- 9) Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
- 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatscredit für freie Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

c. Nach Nr. XII. des Programms wurde die Leitung der Parteigeschäfte einem Ausschusse von 5 Personen (unter Oberaufsicht einer aus 11 Personen bestehenden sogen. Controle Commission) übertragen und wurden schon auf dem Eisenacher Congress die Angeklagten Bracke und Spier, später auch v. Vonhorst und Mühl in diesen Ausschuss gewählt. Als Sitz des Ausschusses wurde Braunschweig Wollenbüttel bestimmt. Die Mitgliedschaft dieser Arbeiter Vereinigung wird erworben durch Zahlung monatlicher Beiträge von 1 Mgr. an den Cassirer des Ausschusses gegen Empfang einer (rothen) Parteikarte.

4. „Der Volksstaat.“ Republikanisch-revolutionaire Tendenz der Partei.

a. Nach Nr. XVIII. des Programms gründete die Partei eine Zeitung unter dem Namen: „Der Volksstaat, Organ der social-demokratischen Arbeiterpartei“. „Das Organ erscheint in Leipzig und ist Eigenthum der Partei. Personen und Gehalt des Redactions- und Expeditions-Personals, des Druckers, Preis des Blattes wird durch den Ausschuß bestimmt. Die Haltung des Blattes ist streng dem Parteiprogramme anzupassen.“ Durch diese Unterstellung des Blattes unter den „Ausschuß“ wurde der Einfluß des Letztern auf den Inhalt des Blattes gesichert und wurde Sorge getragen, daß das Blatt mit den Bestrebungen der durch den „Ausschuß“ repräsentirten Partei conform gehalten wurde. Was in dem „Volksstaat“ unter ausdrücklicher oder stillschweigender Billigung des das Blatt beaufsichtigenden Ausschusses gesagt wird, ist demnach als der wahre und richtige Ausdruck der Bestrebungen der Partei anzusehen.*)

b. Die ganze Haltung des von Bebel, Liebknecht und Hepner redigirten „Volksstaats“ läßt über die republikanisch-revolutionären Tendenzen der Partei keinen Zweifel; das ganze Blatt durchweht der Geist der Revolution; für sie werden die Massen bearbeitet, zu dem Kampfe im Dienste der Revolution werden die Massen bereit gemacht. So heißt es im „Volksstaat“ vom Jahre 1869:

Nr. 9.

In einem aus einer New-Yorker Socialisten-Zeitung abgedruckten Artikel über den Socialismus in Deutschland:

„Die Freiheit und Einheit Deutschlands kann sich nur mit „einander vollziehen und nur in der Entthronung aller Fürsten „bestehen!“

Nr. 10.

Bei Besprechung der spanischen Revolution:

„Die spanischen Republikaner haben noch nicht begriffen, daß „das Bürgerthum nicht ohne das Proletariat erfolgreich gegen den „Militarismus kämpfen und daß der gemeinsame Kampf ein gemeinsames Ziel bedingt: Die social-demokratische Republik.“

Nr. 24.

„Nur in fest geschlossener Masse, in organisirter Gemeinschaft „sei das große Ziel zu erreichen; grundfalsch sei der Versuch, an „einem zu engen und lauffälligen Gebäude zu repariren; zweckmäßiger „sei, den ganzen alten Bau einzureißen, um ein stattliches wohnliches „Gebäude herzurichten; man müsse alle Hände, alle Mittel zusammen- „fassen, um denen das Haus nöthigenfalls über dem Kopfe einzureißen,

*) Vergl. Brief Liebknecht's an den Ausschuß vom 13. März 1870 verb.: „Ihr habt das Recht, mich abzusetzen; Ihr habt selbstverständlich auch das Recht, bestimmend auf die Haltung des Blattes einzuwirken.“

„die ein Interesse daran haben, die alte Baracke aufrecht zu erhalten.
 „Darum also: Zusammenfassen der Kräfte, s y s t e m a t i s c h e r
 „A m p f!“

Jahrgang 1870.

Nr. 29.

„Ohne ein wenig Gewalt werden die alten Parteien das
 „Scepter nicht ausliefern, vermittelt dessen die ganze Staatsmaschine
 „im Gange erhalten wird. Auch dann also, wenn das Stimmrecht
 „ein wirkliches Arbeiter=Parlament geschaffen hat, würden wir nicht
 „durch das Wort, sondern nur durch die entschlossene That zum eigent-
 „lichen Siege gelangen. Bildung, Organisirung eines Re-
 „volutionsheeres ist die Hauptsache!“

Nr. 59.

„So lange die Völker das monarchische, auf ihre Kosten er-
 „haltene Regiment zu erdulden fortfahren, kann zwischen ihnen der
 „Friede nicht gesichert werden.“

Nr. 61.

In dem Proteste der Pariser Section der Internationalen an
 die gesammte Arbeiterwelt:

„Protestiren wir im Namen der Völkerverbrüderung gegen den
 „Krieg und seine Anstifter und fordern wir alle Freunde der Arbeit
 „und des Friedens auf und die
 „Freiheit der Welt zu begründen. Es leben die Völker! Nieder
 „mit den Tyrannen!“

(Die punktirten Stellen sind im „Volksstaat“ gleichfalls leer gelassen.)

Dasselbst

in einem Fr. Weyrich unterzeichneten Aufsatz mit der Ueberschrift: An
 den Verfasser des Artikels: „Im rechten Lichte“

„Was Lassalle unter dem „Wahlrecht“ verstand, können Ihnen
 „Diesenigen erzählen, die ihn gekannt haben. „So oft ich all-
 „gemeines Wahlrecht sage, muß es von Euch Revolution
 „und wieder Revolution verstanden sein“, sagte Lassalle einmal
 „in Frankfurt in einer gemüthlichen Zusammenkunft; ich rufe Friß
 „Ellner dafür als Zeugen auf. Lassalle konnte doch nicht direct zur
 „Revolution auffordern; aber alle Arbeiter, die ihn gehört, haben es
 „auch so verstanden.“

Nr. 69.

In einem Aufsatze von Heß: „Die sociale Revolution.“ Nachdem zu-
 nächst die principiellen Forderungen des Proletariats bezeichnet worden sind,
 darunter Abschaffung jeder persönlichen Regierung und aller monarchi-
 schen Institutionen, heißt es weiter:

„Gehen wir nun zu den Mitteln der Ausführung des Arbeiter
 „programmes über!

„Hier steht in erster Linie die politische Revolution. Es ist
 „natürlich nicht daran zu denken, daß die europäischen Monarchien,

„welche im Solde der Capitalherrschaft reichlich bezahlte Gensdarmen-
 „dienste verrichten, sich selbst und ihren Brotherren freiwillig den
 „Todesstoß versehen werden. Vielmehr suchen sie, wie man heute
 „überall wahrnehmen kann, nur durch Scheinconcessionen an die
 „öffentliche Meinung ihre Scheineristenz zu verewigen. Doch wird
 „Niemand mehr getäuscht, und wenn trotzdem das Proletariat heute
 „allein revolutionär ist, so kommt dies, wie gesagt, lediglich daher,
 „weil die Mittelclassen noch die socialistische Utopie fürchten.“

Nr. 73.

Nachdem der Proclamation der Republik in Frankreich Sympathie
 gewidmet und ein darauf sich beziehendes aufregendes Manifest der
 französischen Section der internationalen Arbeiter-Association mit dem
 Schlusse: „Es lebe die allgemeine Republik!“ abgedruckt worden, wird
 in der „Politischen Uebersicht“ vom 4. September 1871 bemerkt:

„Sie (d. i. die französischen Socialdemokraten) sind die Schmiede
 „ihres Geschicks. Jedenfalls haben sich die Arbeiter mit einhelliger
 „Begeisterung für die Republik erklärt. Das Manifest an die deutsche
 „Socialdemokratie, das wir oben veröffentlichten, zeigt, wozu sie ent-
 „schlossen sind, zeigt, was sie von uns erwarten. Die deutschen Arbeiter
 „werden das Vertrauen der französischen Brüder nicht täuschen!

„Die Franzosen haben ihre Schuldigkeit gethan, thun wir die
 „unfrige!“

Nirgends findet sich im „Volksstaat“ irgend eine Stelle, aus welcher
 sich entnehmen ließe, daß der Ausschuß, welchem doch statutenmäßig die
 Oberaufsicht über die Redaction des Parteiblattes zustand, das Verfahren
 der Redacteurs bei der Aufnahme dieser Stellen in das Blatt gemiß-
 billigt hätte.

Zur Charakteristik der Partei im Allgemeinen sei noch erwähnt
 — (wenn auch selbstverständlich die Angeklagten für die nachstehenden
 beiden Stellen nicht verantwortlich gemacht werden können) — daß auch
 nach der am 9. September 1870 erfolgten Verhaftung des Ausschusses
 der „Volksstaat“ sich in gleich revolutionärem Sinne ausspricht. Es
 heißt im Jahrgang 1871:

Nr. 45.

Politische Uebersicht.

Juni 1848. März—Mai 1871.

„Am Sonntag nach achttägiger Straßenschlacht erlag die Commune.
 „Die zweite Woge der socialistischen Springsluth ist an den
 „Mauern der Bourgeoisgesellschaft zerschellt. Aber neue Sturmwellen,
 „mächtiger als die zerschellte, wälzen sich heran — vielleicht noch eine
 „wird zurückgeworfen, allein kein Gott, kein Mensch kann das Ver-
 „derben abwenden von dem morschen Bau.

„Jubelt, Ihr „Sieger“, so lang Ihr die innere Angst zu über-
 „täuben vermögt. Auch wir jubeln inmitten der Trauer um die ge-
 „fallenen Brüder, denn der Kampf hat uns gezeigt, wie sehr wir seit

„1848 erstarbt sind, und wir können die Zeit berechnen, wo
„Ihr uns nicht mehr besiegen werdet.“

Nr. 46.

Nach dem Bekanntwerden der von der Revolution der Pariser
Commune verübten Gewaltthaten —

„Einige Bourgeoisblätter haben die naive Unverschämtheit, die
„deutsche Socialdemokratie zu einer formellen Desavouirung der
„Pariser Commune aufzufordern.

„Leset unsere Parteiorgane, Ihr Herren Bourgeois, da
„findet Ihr die Antwort. Wir sind und wir erklären uns
„solidarisch mit der Commune, und sind bereit, jeder Zeit und
„gegen Jedermann die Handlungen der Commune zu vertreten.“

Vom revolutionären Geiste getragen und auf Aufreizung der Massen
gegen die Staatsordnung, berechnet erscheinen ferner die in Nr. 23, 25,
29, 39, 44, 47, 79 und 86 des 1870er und die in Nr. 48 des 1871er
Jahrgangs des „Volksstaats“ abgedruckten Gedichte.

c. Es ist hier auch auf eine von dem Redacteur des „Volksstaats“
Bebel in Leipzig im Jahre 1870 unter dem Titel „Unsere Ziele“ her-
ausgegebene Schrift hinzuweisen, in welcher derselbe, nachdem er zuvor
von der Emancipation der Arbeiter auf gewalthätigem Wege gehandelt
hat, sich folgendermaßen ausspricht:

„Man entfesse sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der
„Gewalt, zeterne nicht über Unterdrückung berechtigter Existenzen, ge-
„waltthätige Expropriation und dergleichen. Die Geschichte lehrt, daß
„zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewalt-
„thätigen Kampf ihrer Vertreter mit den Vertretern der Vergangen-
„heit zur Geltung gelangen und daß dann die Kämpfer für die neuen
„Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödtlich als möglich zu
„treffen suchten. Ich erinnere wiederholt an 1789, bis zu einem ge-
„wissen Grad an 1830, bezüglich Frankreichs; an 1848 für Deutsch-
„land, wo das Bürgerthum den Kampf ebenfalls aufnahm, aber durch
„den Mangel an revolutionärer Energie am deutlichsten seine geistige
„Impotenz (Ohnmacht) als Klasse darthat, auf halbem Wege stehen
„blieb und durch das Schiboleth des Constitutionalismus mit den
„Resten des Feudalismus und dem Königthum Frieden schloß. Wären
„die Arbeiter damals in ihrer Zahl die von heute gewesen, der poli-
„tische Kampf wäre entschieden, für den socialen wäre die Bahn frei.

„So sehen wir also in den verschiedenen Geschichtsperioden, wie
„die Gewalt ihre Rolle spielt, und nicht mit Unrecht ruft da wohl
„Karl Marx aus in seinem Buch „Das Capital“, wo er den Ent-
„wickelungsang der capitalistischen Production schildert: „Die Gewalt
„ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen
„schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz.“

Die revolutionäre Tendenz der Partei wird ferner deutlich aus-
gesprochen in der Schlussrede des Präsidenten des Eisenacher Congresses,
Buchhändlers Weib aus Hamburg, welcher sagt:

„Ich erinnere Sie an ein bekanntes Märchen: Es giebt einen Baum, der goldene Früchte trägt; wenn aber diejenigen, die ihn gepflanzt haben, die Hand nach den Früchten ausstrecken, so ziehen sie sich zurück. Es liegt auch um den Baum geschlungen eine Schlange, die Jeden davon abhält. Dieser Baum ist die heutige Gesellschaft; die Schlange — das sind die heutigen Zustände, die uns den Genuß der goldenen Früchte verwehren. Meine Herren! Wir sind entschlossen, die goldenen Früchte zu genießen und die Schlange zu verschlucken: — sollte das nicht auf gütlichem Wege geschehen, dann sind wir als Männer, die vor der That nicht zurückbeben, bereit, den alten Baum zu fällen und an seiner Stelle einen neuen, kräftigen Baum erstehen zu lassen.“

d. Auch Bebel schreibt an Bracke am 22. Juli 1869, kurz vor dem Eisenacher Congresse:

„Es fragt sich sehr, ob wir das revolutionäre Programm in das Vereinsstatut (der Localvereine) aufnehmen. Ich fürchte, das wird sofort zu Conflicten mit der Polizei führen zc.“

e. Der Angeklagte Bracke selbst hielt in einer von ihm berufenen Volksversammlung am 16. Juli 1870 zu Braunschweig eine Rede über die Stellung der Partei zu dem ausbrechenden Kriege mit Frankreich, in welcher er sagte, daß dem Kaiser Napoleon, dem größten Tyrannen und Friedensstörer Europas, das Knie auf die Brust gehöre, damit ihm mit dem ausgehenden Odem auch die Lust zu seinen Kriegen vergehe, und dann fortfährt:

„Wenn in Paris ein kräftiges Gewitter die Luft reinige, so werde, wie sonst, der Westwind ja wohl auch nach Deutschland den Bliß und Donner tragen, und vielleicht komme dann auch für Deutschland der Tag, wo es sich im wahren Volksstaate freiheitlich einigen könne.“

f. In einem in No. 5 des „Volksstaats“ de 1870 abgedruckten und „Bracke“ unterzeichneten Artikel heißt es:

„Ist die Einheit der Partei hergestellt, so haben wir heute schon die 100,000 Mann, die Lassalle für nothwendig hielt, und vielleicht mit majestätisch ruhigem Ernste in den gesetzgebenden Körpern, oder mit wild wehendem Lockenhaar wird dann die Revolution vollzogen werden, deren Ziel die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Einführung des social-demokratischen Volksstaats sein wird, der rothen Republik!

„Jeder aufrichtige Republikaner muß sich auch sagen, daß die Republik nicht anders möglich ist, als durch die Arbeiter, und die Arbeiter sind viel zu sehr gewitzigt durch bittere Erfahrungen, als daß sie, wenn es einst in ihrer Macht stehen wird, eine andere Republik errichten sollten, als die rothe. Nur diese ist noch möglich und jeder aufrichtige Republikaner wird daher mit Freuden die socialistische Arbeiterbewegung unterstützen.“ —

„Die Arbeiterbewegung marschirt mit Riesenschritten. Noch eine kurze Spanne dieser Entwicklung und sie wird unwiderstehlich sein.“

g. Ferner äußerte sich Braßke in Zuschriften an v. Bonhorst:

„Schreibe mir nicht wieder solche famose Briefe an die Genossenschaften. — Die Leute sind auch Socialisten und Revolutionäre und haben so wenig, wie ich, Verstandniß für Deine „unter Schulze'schen“ Ideen.“ —

Ferner daselbst:

„Unserer Partei liegt die Erkenntniß zu Grunde, daß nur durch die Intervention des Staates im Großen, nöthigenfalls erzwungen durch eine Revolution, die socialistische Gesellschaft eingeführt werden könne (was nur in einem Volksstaate möglich ist). Deshalb das Streben, die staatlichen Zustände zu ändern, und, da wir wenig Hoffnung haben können, dies auf friedlichem Wege zu thun, die Vorbereitung auf die Gewalt.“

h. In der Erwiderung auf erstere Zuschrift sagt v. Bonhorst:

„Ich bin, was meine Anschauung anlangt, so gut und principiell Socialist und Revolutionär, daß ich vor keiner Consequenz zurückschreie. — Die Zeit wird wohl hoffentlich nicht mehr so arg fern sein, — wo wir aus diesem doctrinären, allein seligmachenden Revolutionarismus heraustreten in den praktischen.“

i. Das Streben des Ausschusses, revolutionäre Propaganda zu machen, wird ferner nachgewiesen durch einen von Bonhorst verfaßten und von Braßke genehmigten und mitunterscribenen Brief an Walther vom 14. März 1870, betreffend die Aufnahme eines von Walther geschriebenen Romans in das Feuilleton des „Volksstaats“, in welchem dem Verfasser empfohlen wird, in den Roman eine zu Gunsten der Republik verlaufende Proletarier-Revolution, ingleichen ein Revolutionslied der Arbeiter, mit welchem sie in den heißesten Kampf stürzen, einzusplechten. Es heißt dann ferner wörtlich:

„Ein Uebergang des Militärs zu der republikanischen Armee wäre auch ein practischer Fingerzeig.“

k. Die republikanisch-revolutionäre Tendenz der Partei war auch im Auslande bekannt. Der Ausschuß hat eine lebhafte Correspondenz geführt mit dem im Jahre 1854 zu Berlin wegen Vorbereitung des Hochverraths zu 5 Jahren Zuchthaus verurtheilten, später nach Zürich in der Schweiz ausgewanderten Dr. Ladendorff und durch dessen Vermittelung aus dem zu Anfang der fünfziger Jahre von Gottfried Kinkel unter den Emigranten Amerikas gesammelten Revolutionsfonds an Unterstützung für Parteizwecke 3000 Francs und ein Darlehen von 1000 Francs erhalten. Ladendorff erklärt in einem Briefe vom 6. September 1869 (No. 28 der Anlagen) ausdrücklich, daß nur „die politische Agitation für die deutsche Republik die Verwendung des Geldes verstatte.“

5. Verbindung mit der Internationalen.

a. In Gemäßheit des Eisenacher Programms, welches, wie oben erwähnt, sub Nr. 11. 6 die Partei für einen Zweig der Internationalen erklärt, ist der Ausschuß mit dem Generalrathe der Internationalen in London, vertreten für Deutschland durch Karl Marx, in vielfache Geschäftsverbindung getreten, obgleich auf dem Eisenacher Congresse selbst solche Verbindung als gegenwärtig durch Bebel anerkannt wurde mit dem Bemerken, daß Solches schlechterdings **nicht gesagt** werden dürfe. Verschiedene, im Besitze des Ausschusses gefundene Briefe von Karl Marx beweisen diesen Geschäftsverkehr. Ein gleicher Verkehr bestand mit dem Central-Comité der Sectionsgruppe Deutscher Sprache zu Genf (Joh. Phil. Becker), ferner mit Zürich (Fr. Wilh. Kaspe) als Vorort der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz. Der Verkehr mit den englischen Socialisten wurde ferner vermittelt durch Eccarius in London, mit den französischen durch Heß in Paris, welche auch im Solde der Partei Correspondenz-Artikel für den „Volksstaat“ schrieben. Mit den einzelnen Localvereinen in Deutschland und Oesterreich wurde gleichfalls ein lebhafter Geschäftsverkehr vom Ausschusse unterhalten.

b. Die erwähnten Correspondenzen, namentlich mit dem Londoner Generalrathe, lassen erkennen, daß von dem Ausschusse die Oberleitung des Generalrathes anerkannt wurde. Als im Juli 1870 v. Bonhorst einen fulminanten Aufruf an die deutschen und französischen Arbeiter entworfen hatte, in welchem er die französische Kriegserklärung einen Mord der werdenden französischen Republik nennt, und Arbeiter und Soldaten zum Widerstande gegen solchen Krieg auffordert, bemerkte er in einem an Bracke gerichteten Schreiben vom 14. Juli 1870:

„1. Müssen wir eine Sonde eintreiben und zufühlen, wie weit wir vorgebrungen sind.

„2. Muß unser Radicalismus von einem papiernen zu einem mit „Fleisch und Bein werden.“

Und Bracke erwiderte darauf:

„Wenn wir übermorgen Alle im Loch sitzen und die Vereine „und die Organisation aufgelöst sehen, die Bewegung auf lange Zeit „hemmen wollen — dann Ja! Unsere Oberleitung ist international, und wird schon bestimmen, wenn's Zeit ist. „Wir aber haben so lange einfach zu schweigen, gegebenen „Augenblicks aber zu gehorchen.

„Das Einzige, was geschehen könnte, wäre eine Anfrage bei „Marx, Geib und Liebknecht.“

c. Damit endlich auch jeder Einzelne sich bewußt werde, daß er der Internationalen angehöre, bezw. dem Londoner Generalrathe und dessen Befehlen untergeben sei, wurde auf dem Eisenacher Congresse die Einrichtung getroffen, daß jeder Einzelne sich als Mitglied der Internationalen aufnehmen lasse, wofür er 1 Groschen jährlich Beitrag zahle und eine Mitgliedskarte erhalte.

d. Um die republikanisch-revolutionären Ideen der Parteiführer in die Massen des Volkes hineinzutragen, wurde von Bracke auf dem Eisenacher Congresse als wirksamstes Mittel die mit voller Macht betriebene politische Agitation bezeichnet. Bracke sagte:

„Wenn große Ereignisse eintreten und Alles drunter und drüber „geht in der Welt, so ist es nöthig, daß jeder Arbeiter weiß, was „vorgeht und worauf es ankommt.“

e. Demgemäß wurden von dem Ausschusse vielfache Agitationsreisen nach allen Richtungen in's Werk gesetzt und von den Agitatoren die Ideen der Partei in veranstalteten Volksversammlungen sowie in den Versammlungen der Localvereine entwickelt, auch solche Localvereine, wo sie noch nicht bestanden, neu organisirt. Die Reisekosten der Agitatoren wurden aus der Vereinskasse vergütet. Auch die angeklagten Ausschussmitglieder haben vielfach solche Agitationsreisen gemacht. In der Stadt Braunschweig hat namentlich Bracke agitirt.

Ferner wurde zu gleichem Zwecke vom Ausschusse nicht bloß der „Volksstaat“ mit Correspondenz-Artikeln, Berichten und Manifesten versorgt, sondern auch eine große Menge von Flugschriften und Broschüren socialistisch-republikanischen und aufreizenden Inhalts, z. B. Karl Heinzen: Wer und was ist das Volk? in 2000 Exemplaren, und Andere unter die Massen des Volkes verbreitet. Es bestand dazu eine besondere sog. Colportage-Casse.

6. Baseler und Stuttgarter Congress.

Soviel die allgemeine Fortentwicklung der Arbeiterbewegung betrifft, so ist hier hervorzuheben, daß im Septbr. 1869 der IV. Congress des internationalen Arbeiterbundes zu Basel abgehalten wurde, an welchem auch Spier Theil nahm. Liebknecht war auf dem Eisenacher Congresse zum Delegirten für Basel erwählt und referirte dort über die deutsche Arbeiterbewegung. Auf diesem Congresse wurde u. A. auch die Abschaffung des Privateigenthums am Grund und Boden und dessen Umwandlung in gemeinschaftliches Eigenthum für nothwendig erklärt und die Beseitigung des Erbrechts beschlossen.

Die deutschen Social-Demokraten hielten in Folge eines zu Eisenach gefassten Beschlusses und einer Einladung des Ausschusses ihren zweiten Congress vom 4. bis 7. Juni 1870 in Stuttgart und brachte der „Volksstaat“ in Nr. 47 fg. über die dortigen Verhandlungen umständliche Berichte. Auch hier kamen wiederum die politisch-republikanischen Bestrebungen der Partei (Liebknecht sagte u. A.: Wer die Classenherrschaft beseitigen will, ist selbstverständlich Republikaner), sowie die Herbeiführung des Gesellschafts-Eigenthums am Grund und Boden zur Erörterung und erstattete der Ausschuss Bericht über seine Thätigkeit. Spier und Bonhorst theilnahmen lebhaft an den Verhandlungen dieses Congresses.

7. Aufruf vom 24. Juli 1870.

Manifest vom 5. September 1870.

a. Als nun im Juli 1870 von Frankreich an Deutschland der Krieg erklärt wurde, und mehr noch, als nach dem Tage von Sedan das französische Kaiserreich gestürzt und in Paris die Republik proclamirt war, da schien den Führern der social-demokratischen Arbeiterpartei und namentlich dem Ausschusse der Zeitpunkt nahe herangerückt zu sein, wo die Partei thatkräftig in die Politik eingreifen und die Idee des Bruderbundes der europäischen Völker, die Idee der europäischen Föderativ-Republik, zunächst wenigstens in Bezug auf Frankreich und Deutschland, zur Verwirklichung gelangen könnte.

Die erste Manifestation des Ausschusses war die Einladung vom 16. Juli 1870 zu einer Volksversammlung in der Turnhalle zu Braunschweig, welche an demselben Abende Statt fand. In der von Bracke verfaßten und u. A. von Bonhorst und Kühn mit unterschriebenen Einladung spricht sich der Standpunkt der Partei zu dem bevorstehenden Kriege in den Worten aus:

„Es gilt dem gemeinsamen Kampfe der Völker gegen jede Unterdrückung! Es gilt der Befreiung Frankreich's, Europa's von seinem schändlichsten Tyrannen!

In einer in dieser Versammlung gefaßten, von Bracke entworfenen Resolution wird zwar der Vertheidigungskampf für unvermeidlich erklärt, zugleich aber auch der Sympathie mit dem französischen Volke Ausdruck gegeben und am Schlusse gesagt:

„Und so möge es denn der französischen Nation gelingen, sich „in einer großen That des Tyrannen und seiner Helfershelfer zu „entledigen! Und möge auch für die deutsche Nation bald der Augenblick kommen, wo sie, im wahren Volksstaat freiheitlich geeinigt, den „Bruderbund mit der französischen Nation besiegeln kann.“

Wie Bracke sich in einer in dieser Versammlung gehaltenen Rede aussprach, ist schon oben (Seite 7) hervorgehoben. Auch Bonhorst gab daselbst seinen republikanisch-internationalen Anschauungen Ausdruck.

b. Am 24. Juli 1870 erließ der Ausschuß einen von Bracke verfaßten, von den übrigen Mitangeklagten genehmigten und im „Volksstaat“ abgedruckten Aufruf an die Parteigenossen. Auch in diesem Aufrufe wird zwar noch deutsches Nationalgefühl, jedoch in beschränktem Maße und nur insoweit, als es sich um die Bekämpfung des französischen Kaisers handelt, als berechtigt anerkannt, jedoch vor jedem Uebermaße von Nationalgefühl gewarnt, und die Hoffnung ausgesprochen, daß aus diesen Wirren auch in Deutschland der social-demokratische Volksstaat ins Leben treten möchte.

Weiter wird dann auf den bevorstehenden neuen Kampf aller Unterdrückten der Erde gegen „Säbelherrschaft und Geldsack“ unter der rothen Fahne der Demokratie und des Socialismus hingewiesen, und werden die Parteigenossen aufgefordert, sich kräftig zu halten für diesen höheren und glorreicheren gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten der Erde.

„Der Kampf gegen die Söldnerschaaren des französischen Kaisers darf nie unser Herz mit Haß erfüllen gegen die französischen Arbeiter, gegen die französische Nation! Mit ihnen gemeinsam haben wir dann, und, so hoffen wir, bald, wieder die Fahne des Proletariats, die rothe Fahne voranzutragen, und, jede Gemeinschaft mit anderen Parteien weit von uns weisend, erneut den Kampf aufzunehmen für die heiligen Principien der Demokratie und des Socialismus.“ — —

„Ist in Napoleon unser gefährlichster Gegner besiegt, so wird das französische Volk freier aufathmen, und dann haben auch wir die Machthaber in unserm Vaterlande daran zu erinnern, was dem Volke von Gottes und Rechts wegen gebührt und was zu fordern die unendlichen Opfer und Qualen des Krieges es doppelt und dreifach berechtigen.“

„Dann sammelt das Proletariat in allen Ländern seine Krieger wieder unter seine Fahne, und wenn dann ein lustiger Trommelschlag ertönt, so wird es der unseres Jahrhunderts würdigere Trommelschlag sein, der an ihrer Befreiung aus den Banden der Säbelherrschaft und des Geldsacks ringenden Arbeiter.“

c. Am 5. September 1870, nach Napoleon's Gefangennahme, erließ der Ausschuß ein, wiederum von Bracke verfaßtes und von den Mitangeklagten genehmigtes „Manifest an alle deutschen Arbeiter“, welches im „Volksstaat“ abgedruckt und außerdem als Flugblatt hier in der Sievers'schen Druckerei auf Bracke's Anordnung in 10,000 Exemplaren gedruckt wurde. Die Meisten dieser Flugblätter sind durch Bracke und Bonhorst an verschiedene Städte versandt.

Dieses Manifest fordert zunächst die deutschen Arbeiter auf zu Massen-Demonstrationen zu Gunsten eines für Frankreich ehrenvollen Friedens, protestirt gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen, wiederholt eine Anzahl Sätze aus einem in gleichem Sinne geschriebenen Briefe von Karl Marx*) und sagt dann:

„Daß Deutschland zunächst seine Einheit in der preussischen Caserne findet, ist eine Strafe, welche es reichlich verdient hat. Aber ein Resultat ist selbst so unmittelbar gewonnen. — — „Die Verhältnisse werden sich auf großem Maßstab entwickeln und vereinfachen. Wenn die deutsche Arbeiter-Classe dann nicht die ihr zukommende historische Rolle spielt, ist es ihre Schuld. Dieser Krieg hat den Schwerpunkt der continentalen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt. — —“

„Kameraden! Deutsche Arbeiter! Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre historische Rolle spielen wird, auch wenn uns die Freude über das verjüngte Deutschland, das nach unserm Willen indeß nicht auf lange die Einheit allein in der preussischen Caserne finden soll, ausbrechen läßt in den Ruf: Es lebe Deutschland!“

*) Bonhorst schreibt: „Wir haben eben einen langen Brief von Marx erhalten, auf dem der Aufruf basiert“.

„Die Hand auf die Brust! Und dann wollen wir uns geloben, „treu mit unsern arbeitenden Brüdern in allen civilisirten Ländern „in allen Kämpfen um die gemeinsame Sache zusammenzustehen!“

„Es lebe der internationale Kampf des Proletariats! Und wenn „wir jetzt sehen, wie wieder ein großes Volk seine Geschichte in seine „Hände genommen, wenn wir heute die Republik nicht allein mehr „sehen in der Schweiz und jenseit der Meere, sondern auch factisch „Republik in Spanien, Republik in Frankreich, so laßt uns aus- „brechen in den Ruf, der, wenn es auch heute noch nicht sein kann, „auch für Deutschland einst die Morgenröthe der Freiheit verkünden „wird, in den Jubelruf: „Es lebe die Republik.“

Angeichts dieser von Bracke niedergeschriebenen Sätze und der übrigen, im Vorstehenden angezogenen Aeußerungen Bracke's kann die von ihm und seinen Genossen in der Voruntersuchung aufgestellte Behauptung, daß sie ihren „social-demokratischen Volksstaat“ innerhalb einer Monarchie zu verwirklichen bestrebt gewesen wären, das Urtheil keines Unbefangenen, der hineingeblückt hat in das vom revolutionairen Geiste durchwehte Treiben der Partei und seiner Führer, irreleiten, welches dahin gehen muß: Gewaltfamer Umsturz der monarchischen Staatsverfassungen Deutschlands, Kampf des Proletariats gegen alle Besitzenden, Herstellung — nicht der vielgeschmähten Bourgeois-Republik, sondern der socialistischen und communistischen Republik unter der mit allen ihren Schrecken aus den Tagen der französischen Revolution von 1789 und jüngst aus den Tagen der Pariser Commune nur zu sehr bekannten „rothen Fahne“, und zwar, da an die Einführung solcher Zustände im friedlichen Wege kein vernünftiger Mensch denken kann, im Wege der rohen Gewalt, der Revolution, — das ist das Endziel, welches die social-demokratische Arbeiterpartei, und an ihrer Spitze der durch die Angeklagten repräsentierte Ausschuß derselben, angestrebt hat; — die Republik von 1870 in Frankreich, welche naturgemäß die Herrschaft der Commune zur Folge hatte und zur Folge haben mußte, schien den Führern die erste Verwirklichung ihrer volksbeglückenden Pläne auf französischem Boden, welcher nach ihren Wünschen bald eine zweite Verwirklichung in Deutschland folgen sollte.

d. Lieft man bei solcher Lage der Dinge den Nachsatz zum Manifeste vom 5. September, in welchem der Ausschuß die Massen auffordert, „in streng gesetzlicher Weise“ vorzugehen, so kann diese Redewendung nur als eine inhaltlose Floskel aufgefaßt werden, welche vom Verfasser nur deshalb gebraucht ist, um sich beim Einschreiten der Behörden möglicher Weise dahinter verstecken zu können.

Daß diese, von der Anklage vertretene Auffassung der Bestrebungen der social-demokratischen Arbeiter und ihrer Führer die richtige ist, ergibt sich auch aus Folgendem:

e. Etwa um dieselbe Zeit (Juli—September 1870) brachte die Zeitung „Der Volksstaat“ folgende, in gleichem Geiste verfaßte Manifeste:

1. Manifest des Central-Comitee's der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga d. d. Genf 15. Juli 1870,

2. zwei Manifeste des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Association d. d. London 23. Juli 1870 und vom September 1870,

3. Manifest der Französischen Arbeitergesellschaften: „An das deutsche Volk! An die Socialdemokraten Deutschlands!“

Ferner kommen in den: „Der Aussch. Bracke. Bonhorst.“ unterzeichneten Briefen vom 8. September 1870, mit welchen Exemplare des Manifestes vom 5. September versandt waren, folgende Stellen vor:

„Anbei 2000 Stück Manifeste, welche Ihr möglichst wirksam verbreiten wollt. Jetzt gilt es darzuthun, welche Macht der demokratische Gedanke der Internationalität und mit ihm unsere Partei erlangt hat, — —“

ferner:

„Jetzt muß es sich zeigen, welche Stärke unsere Partei, welche Stärke der republikanische Sinn in Deutschland gewonnen hat,“

ferner:

„Jetzt gilt es darzuthun, welche Macht der demokratische Gedanke der Internationalität und mit ihm unsere Partei gewonnen hat.“

f. Endlich bestätigen auch Aeußerungen anderer Parteiführer, daß ihre Auffassung des Manifestes vom 5. September mit der der Anklage übereinstimmt. So schreibt der Lehrer C. Hirsch in Crimmitschau, Redacteur der dort unter dem Titel „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ erscheinenden social-demokratischen Zeitung, am 8. September 1870 an Bracke:

„Ich bin mit dem Grundgedanken Eures Manifestes nicht einverstanden. Ihr steckt die rothe Fahne heraus; man wird uns todtschlagen, wie tolle Hunde, und man wird noch dazu Recht haben, wenn wir so ungeschickt vorgehen; im besten Falle steckt man uns unter dem Beifalle von ganz Deutschland, incl. Elsaß und Lothringen in's Loch bis nach dem Kriege und noch länger. Von Rechts Wegen.“

„In dem Manifeste stecken gern 5—10 Jahre Spinnen. — — —“

„Die „Schurken und Narren“ wagt entweder ganz auszusprechen, oder streicht die Anfangsbuchstaben“.

Endlich sei noch erwähnt, daß sich Liebknecht in einem Briefe an den Aussch. folgendermaßen über das Manifest ausdrückt:

„Ganz bin ich mit einigen Stellen des Manifestes nicht einverstanden (das Wort „Söldnerschaaren“ von französischen Soldaten habe ich gestrichen; diese „Söldner“ kämpfen jetzt für die Republik), aber in der Hauptsache ist der Nagel auf den Kopf getroffen. Hurrah!“

g. Endlich sei hier noch erwähnt, daß sich der Aussch. schon (vielleicht im Geheimen) mit dem Gedanken beschäftigt haben muß, was im Augenblicke des Ausbruchs einer Revolution geschehen müsse, denn unter den beim Ausschusse beschlagnahmten Papieren hat sich ein gedrucktes Flugblatt vorgefunden mit der Ueberschrift:

„Forderungen des Volkes im Augenblicke der Revolution“, welches den beabsichtigten allgemeinen Umsturz der bestehenden Ordnung vollständig charakterisirt. Es wird darin u. A. gefordert: Beseitigung aller bestehenden Regierungsgewalten, Aufhebung aller Steuern,

Confiscation des Eigenthums der Fürsten und Volksverräther, der Banken und Staatscassen, Zwangsanleihen auf alle Capitalisten, alle Staatsschulden sind aufgehoben, das alte Papiergeld werthlos, der Staat übernimmt alle Hypotheken, keine Hypothek darf gekündigt werden, alle Eisenbahnen, Dampfschiffe, alle Fabriken nimmt der Staat in Besitz, die Balläste und Schlösser der Fürsten und Reichen werden zu Schulen und andern gemeinnützigen Zwecken eingerichtet u.

8. Resumé.

Faßt man nun die im Vorstehenden mitgetheilten Thatfachen zusammen, so ergibt sich, daß die Angeklagten Bracke, v. Bonhorst und Spier nach dem Muster und als Zweigverein der „Internationalen Arbeiter-Association“ — welche von einem, unter dem Namen „Generalrath“ zu London residirenden Revolutions-Comité geleitet wird — einen über ganz Deutschland und Oesterreich verbreiteten Verein unter dem Namen: „Social-Demokratische Arbeiterpartei“ auf dem Eisenacher Congresse in's Leben gerufen, und in Gemeinschaft mit dem Angeklagten Kühn diesen Verein als dessen Vorstand geleitet haben;

daß dieser Verein nach Programm und Organisation die von den Gründern ausdrücklich anerkannte innere Nothwendigkeit in sich trägt, mit den vorhandenen gesetzlichen, staatlichen Einrichtungen allenthalben im Widerspruch zu stehen;

daß dieser Verein bezweckt, die republikanische Staatsform an die Stelle der monarchischen Staatsverfassungen Deutschlands zu setzen, bez. bei der Gründung einer europäischen Föderativ-Republik mitzuwirken; und in Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Herstellung solcher Einrichtungen auf friedlichem Wege, zur Erreichung des angestrebten Zieles die Revolution, die rohe Gewalt der Massen zu gelegener Zeit in Anwendung zu bringen;

daß den Angeklagten bewußt gewesen ist, daß diese Ideen natur- und erfahrungsmäßig nicht ohne Gewalt einzuführen seien;

daß die Angeklagten diese hochverrätherischen Grundsätze durch Wort und Schrift verbreitet, zu diesem Zwecke Lokalvereine gebildet und eine bedeutende agitatorische Thätigkeit entwickelt, die Massen des Volkes für ihre republikanisch-revolutionären Ideen empfänglich zu machen gesucht, und zum Ungehorsam gegen Gesetze, sogar zum Umsturz der deutschen, — und somit insbesondere auch des braunschweigischen — Verfassungs- (Landesgrund-) Gesetze zum Zwecke der Einführung der Republik aufgefordert, zu solchen Zwecken zwar von vereinzelttem Vorgehen abgemahnt, dagegen einen gleichzeitigen, concentrirten Massenkampf zur rechten Zeit und auf gegebenes Zeichen, weil dieser allein zum Siege führe, empfohlen und als gemeinsame Pflicht hingestellt, und so für die allgemeine Bereitschaft, mit Leib und Seele als Revolutionsheer in diesen Kampf einzutreten, gearbeitet haben;

daß die Angeklagten aufreizende Schriften gegen die Landesregierung und Landesverfassung verbreitet, aufreizende Reden gegen dieselben

gehalten, auch verschiedene Classen der Bevölkerung, Besitzlose gegen Besitzende, zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich und geschwidrig angereizt haben;

daß die Angeklagten wissentlich unwahre und entstellte Thatsachen, um Staatseinrichtungen verächtlich zu machen, verbreitet, endlich auch eine gesetzlich verbotene Verbindung gestiftet und als Vorsteher geleitet, resp. an derselben als Mitglieder Theil genommen haben.

Zwar war der Tag des beabsichtigten gewaltsamen Angriffs noch nicht festgesetzt; zwar war die Art der Ausführung desselben in ihren Einzelheiten noch nicht verzeichnet; doch waren die Angeklagten unter sich und mit den übrigen Parteiführern darüber einig, daß der gewaltsame Angriff überhaupt unternommen werden solle und müsse, daß die Zeit dann gekommen sein werde, wenn die Volksmassen durch Agitationen bearbeitet sein würden, so daß man über eine compacte und gehörig disciplinirte Kämpfermasse als ein geschlossenes Ganze werde verfügen können; sowie daß für die Art der anzuwendenden Gewalt die bei anderen, als Muster aufgestellten Staatsrevolutionen verübte Gewalt maßgebend sei.

Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß auch die österreichischen Gerichtsbehörden in dem im vorigen Jahre vor ihnen gegen die Führer der social-demokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich: Oberwinder, Schen und Genossen verhandelten Prozesse als das Ziel der Bestrebungen der Partei die gewaltsame Einführung der Republik erkannt haben, wie Solches von den Parteigenossen selber im „Volksstaate“ (Nr. 61 de 1870) berichtet wird.

In Bezug auf die behauptete Geschwidrigkeit des allgemeinen in Eisenach begründeten Vereins sowohl, als der Localvereine, ist hervorzuheben, daß, wenn die Polizeibehörden gegen dieselben, namentlich auch die hiesige herzoggl. Polizeidirection gegen den Braunschweiger Localverein vor dem Beginn dieser Untersuchung nicht eingeschritten sind; der hiesige Localverein vielmehr erst am 8. April 1871 polizeilich aufgelöst ist, solche polizeiliche Duldung dadurch erklärt wird, daß sowohl das Programm der Partei, als die Statuten der Localvereine

(letztere in den Worten: „§. 1. Der social-demokratische Arbeiterverein bezweckt die Würde und das materielle Interesse seiner Mitglieder, wie der gesammten Arbeiterklasse zu wahren und zu fördern.“)

die wahren Zwecke und Endziele des Vereins verhüllen, und daß solche erst durch die gegenwärtige Untersuchung ans Licht gefördert sind.

9. Verletzte Strafgesetze.

In Betracht nun des Umstandes, daß die in dieser Anklage als strafbar bezeichneten Handlungen in die Jahre 1869 und 1870, also in eine Zeit fallen, in welcher das Braunschweigische Criminalgesetzbuch vom 10. Juli 1840 noch Gültigkeit hatte, daß nach §. 2, Abs. 2 des Bundes-Stafgesetzbuchs und nach §. 8 und 9 des Braunschweigischen

Einführungsgesetzes vom 22. December 1870, Nr. 116, auch die Vorschriften des Bundes-Strafgesetzbuches zu berücksichtigen sind, und daß nach §. 2 des Deutschen Einführungsgesetzes vom 31. Mai 1870, sowie nach §. 3 des Braunschweigischen Einführungsgesetzes vom 22. December 1870, Nr. 116, die ältere Vereinsgesetzgebung in Kraft geblieben ist, werden die Angeklagten beschuldigt, gemeinsam und einzeln folgende Strafgesetze verletzt zu haben:

- 1) §. 83, Nr. 2 des Braunschweigischen Criminalgesetzbuches:

indem sie die Verbreitung von Grundsätzen, durch welche die Existenz des Staates gefährdet wird, mit einander verabredet, und zu hochverrätherischen Zwecken aufreizende Schriften verbreitet haben;

- 2) §. 89 des Braunschweigischen Criminalgesetzbuches und §. 3 des Braunschweigischen Gesetzes vom 11. Januar 1852:

indem sie wißentlich falsche, für den Staat nachtheilige oder die öffentliche Sicherheit beunruhigende Nachrichten, sowie aufreizende Schriften gegen die Landesregierung und Landesverfassung verbreitet und sich aufreizender Äußerungen gegen dieselbe und gegen Einrichtungen des Staates schuldig gemacht haben;

- 3) §. 110 des Bundes-Strafgesetzbuches:

indem sie öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen Gesetze aufgefordert haben.

In dieser Beziehung wird Folgendes bemerkt:

Wenn auch die Anklage nicht annimmt, daß die Angeklagten in ihren revolutionären, auf den Umsturz alles Bestehenden und auf die Einführung der Republik gerichteten Bestrebungen schon bis zur Vorbereitung einer einzelnen bestimmten, in ihrer concreten Gestaltung genau erkennbaren, gewaltsamen Handlung vorgegangen wären, und wenn selbst zugegeben würde, daß die Angeklagten zu einem eigentlichen Bewußtsein über die Art und Weise, auf welche sie bei eintretender günstiger Gelegenheit ihre Zwecke zu erreichen suchen würden, zu einem eigentlichen Bewußtsein über eine bestimmte zweckentsprechende Handlung selbst noch nicht gekommen seien, — so haben doch die Angeklagten in den verschiedensten Formen, direct und indirect, zu einer gewaltsamen, also gesetzwidrigen Beseitigung der bestehenden Gesetze, namentlich auch der Bundesverfassung und des Braunschw. Landesgrundgesetzes, mithin zu einer gesetzwidrigen Handlungsweise, zum Ungehorsam gegen die bestehenden Gesetze aufgefordert. Da es nun behuf Anwendung des cit. §. 110 in keiner Weise erforderlich ist, daß solche Aufforderung auf ganz concrete, individuell bezeichnete Handlungen oder Unterlassungen gerichtet,

oder daß das betreffende Gesetz speciell bezeichnet sei, so ergibt sich, daß die Angeklagten diesen Paragraph des Strafgesetzes verletzt haben.*)

4) §. 130 des Bundes-Strafgesetzbuches:

indem sie in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Classen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt haben;

5) §. 131 des Bundes-Strafgesetzbuches:

indem sie wissentlich unwahre oder entstellte Thatfachen öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen, oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen;

ferner

6) folgende Vereinsgesetze:

a. §. 88 des Braunschweigischen Criminalgesetzbuches und §. 32 des Braunschweigischen Gesetzes v. 4. Juli 1853 Nr. 37, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend:

indem sie an einer unerlaubten Verbindung Theil genommen, welche bezweckt, die Vollstreckung der Gesetze oder die Ausübung der Verwaltungsbefugnisse der Landesregierung zu hemmen;

b. §§. 4 und 22 desselben Gesetzes vom 4. Juli 1853:

indem sie mit anderen Vereinen der Art in Verbindung getreten sind, daß entweder der eine Verein den Beschlüssen und Organen des anderen unterworfen, oder mehrere solche Vereine unter einem gemeinsamen Organe vereinigt worden;

c. §. 8 des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 (vergl. Brschw. Verordn. v. 21. Septbr. 1854 Nr. 51) über das Vereinswesen und §. 1 und 2 des Brschw. Gesetzes vom 16. Novbr. 1854 Nr. 58, die Arbeitervereine betreffend:

indem sie einen Arbeiterverein oder Arbeiterverbrüderung gebildet, bezw. daran Theil genommen haben, welche politische, socialistische oder communistische Zwecke verfolgt,

wobei hervorzuheben ist, daß in §. 152 der Bundes-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 zwar alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehülfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen oder Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgehoben sind; hierdurch aber nur eine gewisse, ganz genau nach ihrem speciellen Zwecke begrenzte Vereinigung von Arbeitern gestattet ist, keineswegs aber sämtliche bisher gültigen Vereinsgesetze, sowohl bundes- als particularrechtliche, haben außer Wirksamkeit gesetzt werden sollen;

*) Vergl. Oppenhoff Commentar. Note 1, 6, 6a, 7 zu §. 110. Note 2 zu §. 111. Schwarze, Commentar S. 319.

d. §. 128 des Bundes-Strafgesetzbuches:

indem sie eine Verbindung gestiftet, bezw. daran Theil genommen haben, deren Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird;

e. §. 129 des Bundes-Strafgesetzbuches:

indem sie eine Verbindung gestiftet, bezw. daran Theil genommen haben, zu deren Zwecke oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzmäßige Mittel zu entkräften.

Vergl. überhaupt Bundes-Strafgesetzbuch §. 47, 73 fg.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß Bonhorst bereits zwei Male wegen Vergehens gegen §. 101 des Preussischen Strafgesetzbuches (Schmähung von Staatseinrichtungen): am 26. November 1869 zu Magdeburg zu 4 Wochen Gefängniß, und am 25. Juni 1870 zu Göttingen zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt ist, und erstere Strafe verbüßt hat, während rücksichtlich der letzteren Allerhöchste Amnestie eingetreten ist.

10. Schlussantrag.

Zum Beweise dieser Anklage,

deren Verhandlung bezüglich des zeither in Wolfenbüttel wohnhaften Mitangeklagten Spier durch Beschluß des Anklage-Senats des Herzogl. Obergerichtes zu Wolfenbüttel vom 20. October 1870 vor hiesiges Herzogl. Kreisgericht verwiesen ist,

beziehe ich mich auf die am Rande derselben aufgeführten Zeugen und sonstigen, nebst den Voruntersuchungsacten dieser Schrift angeschlossenen Beweismittel und beantrage,

den Angeklagten Abschrift der Anklage mitzutheilen, Termin zur Hauptverhandlung anzuberaumen und die Vorladung der Angeklagten und der Auskunftspersonen zu verfügen.

Braunschweig, den 10. October 1871.

Der Herzogl. Braunschweigische Staatsanwalt

C. Koch.

Nachdem die vorstehende Anklage dem Herzoglichen Kreisgerichte Braunschweig am 17. October 1871 überreicht war, wurde von demselben die Zulassung der Anklage zum Verfahren und die Vernehmung der Angeklagten in den Anklagestand verfügt und Solches nach hiesigem Gerichtsgebrauche in folgendem Beschlusse ausgesprochen:

Auf vorstehende Anklage wird die Einleitung des mündlichen Hauptverfahrens beschlossen.

Braunschweig, den 23. October 1871.

Herzogliches Kreisgericht.

v. Pawel. Wittendorff. v. Braun.

Zugleich wurde Hauptverhandlungstermin auf den 23. November anberaumt und Anklage nebst Anklage-Beschluß den Angeklagten behändig.

Bei der Hauptverhandlung wurde der Gerichtshof gebildet aus dem Kreisgerichts-Director v. Pawel, als Vorsitzenden, und den Kreisrichtern Moritz und Gerstell.

Als Secretair fungirte Assessor Engelbrecht.

Die Staatsanwaltschaft wurde vertreten durch den Staatsanwalt Koch.

Die vier Angeklagten erschienen in Person, und Bracke, v. Bonhorst und Spier mit ihren Vertheidigern, den Obergerichts-Advocaten Leiste (für Bracke) und Köpcke (für v. Bonhorst) aus Braunschweig, Baumgarten (für Spier) aus Wolfenbüttel. Kühn hatte keinen Vertheidiger.

Die Verhandlungen dauerten am 23., 24. und 25. November von Morgens 9 bis Abends etwa 7 Uhr mit kurzer Mittagspause. Wahrspruch und Erkenntniß wurde am 27. November verkündet. Der Zuhörerraum im Gerichtssaale war fortwährend überfüllt.

Nach der Verlesung der Anklage überreichte der Vertheidiger für Bracke folgenden schriftlichen Antrag:

„Angeklagter Bracke macht damit folgende strafausschließende resp. strafmildernde Umstände geltend:

1) daß für die auf dem Congresse in Eisenach vom 8/9. August 1869 begründete social-demokratische Arbeiterpartei von deren hiesigem Vorstände noch im August 1869 Eisenach als Wohnort bestimmt, daß der fragl. Verein als dort domicilirt im August 1869 bei der dortigen Polizei-Behörde angemeldet, diese Sachlage auch der hiesigen Herzogl. Polizei-Direction von dem gedachten Vorstände angezeigt, daß ferner von der dortigen Polizei-Behörde auf Anfrage der hiesigen Herzogl. Polizei-Direction mittelst Schreibens an Letztere im Laufe des Jahres 1869 der fragl. Verein resp. dessen Domicilirung in Eisenach in Rücksicht darauf als gesetzlich zulässig anerkannt ist, daß der früher das Vereinswesen beschränkende Bundesbeschuß vom 13. Juli 1854 und die zu dessen Ausführung dort im Jahre 1856 erlassene Ausführungs-Verordnung am 1. October 1868 im Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach außer Kraft gesetzt sei;

2) daß Angeklagter wegen der jetzt zur Anklage gebrachten Thatfachen bei Herzogl. Kreisgerichte hier früher wegen Hochverraths resp. Landesverraths resp. Vorbereitung dazu zur Untersuchung gezogen und in Rücksicht auf die Schwere der Anschulbigung am 7. Nov. 1870 oder einem der nächstfolgenden Tage verhaftet und seitdem bis Ende März 1871, wo der auf Antrag der Herzogl. Ober-Staatsanwaltschaft gefasste Beschluß des Anklage-Senats des Herzogl. Obergerichts zu Wolfenbüttel vom 28. März 1871, das Verfahren wegen Hoch-

verraths resp. Landesverraths gegen ihn einzustellen und ihn der Haft zu entlassen, ihm publicirt ist, in Haft gehalten ist, daß folglich die Voraussetzung der Anwendung des §. 60 des Bundes-Strafgesetzbuches vorliege;

3) daß seitdem bis zu der Erhebung der jetzt vorliegenden Anklage und jedenfalls länger als 3 Monate vor dieser Anklageerhebung keinerlei Strafverfolgung des Angeklagten wegen der jetzt zur Anklage verstellten Vergehen erfolgt ist, daß daher die Verfolgung der fragl. Strafgesetzwidrigkeiten, insofern dieselben sich nur als „Uebertretungen“ darstellen, nach §. 67 des Bundes-Strafgesetzes verjährt ist.

Zum Beweise bezieht sich Angeklagter auf die Acten und bittet, die Verweisaufnahme und demnächst den Wahrspruch auf obige Umstände zu erstrecken.“

Sodann folgte das

Verhör der Angeklagten.

Wilhelm Bracke, 29 Jahr alt, einziger Sohn wohlhabender Eltern, Mitinhaber des von seinem Vater hier gegründeten kaufmännischen Geschäfts (Mehl- und Productenhandlung), verheirathet und Vater eines Kindes.

Leonhard v. Bonhorst, 31 Jahr alt, gebürtig aus Taub am Rhein, Sohn eines pens. Officiers und nachherigen Steuerbeamten in Wiesbaden, Techniker, unverheirathet, ohne Vermögen, seit 1869 hier Secretair der Partei, nach der Haftentlassung in der hiesigen Actien-Maschinenfabrik angestellt. v. B. ist im Jahre 1869 in Magdeburg wegen einer in Groß-Oschersleben gehaltenen Rede, in welcher er, seiner Angabe nach, die Caserne die Pflanzstätte staatlichen Faulenzertthums genannt, mit 4 Wochen Gefängniß bestraft, und im Jahre 1870 in Göttingen wegen einer zu St. Andreasberg gehaltenen Rede zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, welche Strafe indessen wegen des allgemeinen Amnestie-Erlasses nicht vollzogen ist.

Samuel Spier, 33 Jahr alt, bis zur Verhaftung Lehrer in Wolfenbüttel, jetzt in Frankfurt a. M. lebend, unverheirathet. Ueber sein Vermögen schwebt jetzt in zweiter Instanz ein Proceß, der in erster Instanz vom hiesigen Handelsgerichte zu seinen Gunsten entschieden ist.

Alle Drei sind seit dem Eisenacher Congreß Mitglieder des Ausschusses.

Joh. Aug. Karl Kühn, 42 Jahr alt, Schneidergeselle, aus Leipzig gebürtig, seit August 1869 in Braunschweig, ohne Vermögen. Seit Januar 1870 Mitglied der Partei; seit Juli 1870 Mitglied des Ausschusses.

Sämmtliche Angeklagte gestehen im Wesentlichen die in der Anklage enthaltenen einfachen Thatfachen zu, verwahren sich aber aufs Entschiedenste gegen alle aus denselben zu ihrem Nachtheile gezogenen Schlussfolgerungen. Ihre eigenen republikanischen Gesinnungen nicht verläugnend, bestreiten sie die revolutionären Tendenzen ihrer Partei und daß sie zur Verwirklichung solcher Tendenzen gewirkt oder gar aufgefördert hätten, indem sie im Gegentheil stets zur Innehaltung des gesetzlichen Weges ermahnt hätten. Sie bestreiten, daß ihre Partei (welche sie übrigens als einen Verein anerkennen) ein Zweig der Inter-

nationale sei und produciren zu dem Ende eine von Karl Marx vor dem Lord Mayor in London abgegebene Erklärung, dahin gehend, daß diese Partei als Theil oder Section der Internationale nicht eingetragen sei. Die Partei habe sich den Bestrebungen der Internationale nur insoweit angeschlossen, „wie die hiesigen Gesetze solches gestatten“; das stehe ausdrücklich im Parteiprogramm. Der von der Partei angestrebte social-demokratische Volksstaat sei nicht identisch mit einer Republik, sondern auch in Monarchien sehr wohl durchführbar. Für die Haltung des Parteiorgans „Der Volksstaat“ sei der Ausschuß nicht verantwortlich, sondern nur der Redacteur, welcher den Inhalt des Blattes den Behörden gegenüber zu vertreten habe. Am wenigsten könne ihnen das zur Last gelegt werden, was in der Zeit nach ihrer Verhaftung etwa im „Volksstaat“ gestanden habe. Ebenso wenig könne von ihnen gefordert werden, die Beschlüsse der Internationalen Congresse oder der Deutschen Arbeiter-Congresse, an welchen sie nicht mitgewirkt, oder Aeußerungen anderer Parteimitglieder zu vertreten. Ihre Bestrebungen hätten kein anderes Motiv, als Mitgefühl für die leidende Menschheit, namentlich für die in Menschen-unwürdigen Verhältnissen lebenden Arbeiterclassen. Sie hätten die Letzteren niemals zu Gewaltthätigkeiten gegen die Besitzenden angereizt, noch weniger zum Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse aufgefordert. Allerdings sei es ihre Ueberzeugung, daß, wenn die jetzigen Machthaber in Staate nicht bald andere Wege einschlugen und für die Verbesserung der Lage der Arbeiter Sorge trügen, diese jetzt herrschenden Classen selber den vierten Stand zur Verzweiflung bringen und zur Revolution treiben würden, ähnlich wie durch die französische Revolution der dritte Stand seine unterdrückten Rechte sich erobert und zur Geltung gebracht habe. Sie wollten der Welt nur zeigen, was kommen würde und kommen müsse, — zu welcher Zeit, könne Niemand sagen, — wenn nicht der Staat und die jetzt herrschenden Classen bald Abhülfe schaffen. Eine Revolution (in diesem Sinne des Wortes, also gleichbedeutend mit Straßenkampf) ließe sich nicht künstlich schaffen; und wenn sie dieses wirklich gewollt hätten, so würden sie nicht so dumm gewesen sein, stets öffentlich davon zu sprechen und zu schreiben. Eine Revolution entstehe und wachse in den inneren Eingeweiden des Volkes und komme, wenn sie dort reif geworden, unversehends über Nacht zum Ausbruch. Machen und verbreiten lasse sich eine Revolution in diesem Sinne nicht. In den ihnen zur Last gelegten Stellen hätten sie übrigens den Ausdruck „Revolution“ auch nicht in diesem Sinne, sondern in dem Sinne Lassalle's gemeint. Wie man davon spreche, daß die Nugbarmachung der Dampfkraft, die Erfindung der Spinnmaschinen u. einen großen Umschwung, eine Revolution in der Industrie hervorgebracht habe, so hätten auch sie die totale Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf denen der heutige Staat beruhe, eine Revolution genannt, ohne dabei an Straßenkampf zu denken. — Es sei demnach auch in dem Aufrufe vom 24. Juli v. J. und in dem Manifeste vom 5. September v. J., beide von Bracke verfaßt und von den übrigen Angeklagten

(Spier hat jedoch von dem Aufrufe nichts gewußt) genehmigt, nichts Gesegwidriges zu finden.

Der Präsident ging mit jedem einzelnen Angeklagten die Anklage — abschnittsweise, wie solches durch Zahlen und Buchstaben in vorstehendem Abdrucke angedeutet ist, — durch. Indem wir im Folgenden das Wesentlichste aus den Erklärungen der Angeklagten mittheilen, fügen wir an dieser Stelle der Uebersichtlichkeit wegen die wichtigsten, in die Anklage nicht mit wörtlich aufgenommenen Beweisstücke, und die über solche von den Angeklagten bei der Verlesung in der Beweisaufnahme abgegebenen Erklärungen bei.

1. Verhör des Angeklagten Bracke:

Ad 1. a. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, mich markt-schreierischer Ankündigungen zc. zur Förderung von Parteizwecken bedient zu haben. Diese Schilderung meines Auftretens ist nicht objectiv.

b. c. d. Die Thatfachen sind im Wesentlichen richtig. Ich begreife nicht, weshalb uns der Vorwurf gemacht wird, daß wir die Partei nicht hätten als Verein anerkennen wollen. Das haben wir nie verläugnet. — Punkt II. b. unseres Eisenacher Programms ist nicht richtig wieder gegeben. Der Anschluß an die Internationale wurde nur beschlossen, „soweit es die Vereinsgesetze gestatten“, und wurde dem Ausschusse die Ausführung dieses Beschlusses überlassen. Wir überzeugten uns bald, daß ein Anschluß überhaupt gesetzlich unzulässig sei und deshalb hat derselbe auch nicht Statt gefunden.

Ad 2. a. Die Entstehung der Internationale ist nicht objectiv richtig geschildert, auch nicht deren Zwecke. Es mögen einige Republikaner unter den Gründern gewesen sein, aber die Einführung der Republik ist nicht ihr Zweck. Was die Internationale will, sagt Karl Marx in seiner Inaugural-Adresse. Nr. 5 der Statuten der Internationale spricht nicht von gewaltthätigen Empörungen, sondern nur von Demonstrationen. Es sollen nöthigenfalls von den verschiedenen Sectionen die Principien der Internationale als höhere Instanz verkündet werden, wenn Einzelthätigkeit nicht zum Ziele führt. Befehle hat die Internationale nie erlassen. Ueber das Manifest vom 5. September 1870 habe ich nur privatim mit Marx correspondirt. Wir haben in keiner andern Weise mit dem französischen Volke sympathisirt, als der König von Preußen selber, der, als er in den Krieg zog, sagte: er führe nicht Krieg mit dem französischen Volke, sondern mit dem Kaiser. — Die Pariser Commune in die Anklage hineinzuziehen, ist unstatthaft, theils der Zeitfolge wegen, theils aus inneren Gründen. Wenn auch die Solidarität der Interessen der Commune und der Internationale erwiesen wäre, was sie nicht ist, so kann man daraus doch keinen Schluß auf die Deutsche Arbeiterpartei machen. Die Geschichte der Commune ist noch nicht klar. Die Anklage bleibt nicht objectiv, indem sie uns fähig erscheinen läßt, ähnliche Schandthaten, wie die Commune, zu begehen.

b — e. Ich habe nicht zu vertreten, was in der Schweiz und in Nürnberg beschlossen ist.

f. Der Ausdruck freier Volksstaat ist ganz unverfänglich und nicht gleichbedeutend mit Republik, vielmehr auch in einer Monarchie denkbar. Ein freier Volksstaat ist dann vorhanden, wenn dem Volke ein überwiegender Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung gesichert ist. Das anzustreben, ist erlaubt.

Ad 3. a. Es ist unwahr, daß wir den Ausdruck: „freier Volksstaat“, gewählt haben, um die Behörden zu täuschen. Vielmehr zogen wir diesen Ausdruck vor, weil derselbe bestimmter unsere Zwecke bezeichnet, als das Wort Republik, obgleich wir republikanische Gesinnung haben, wenigstens ich. Diese Gesinnung ist auch auf dem Congresse zu Tage getreten, namentlich in den Reden von Rippold &c. Diese Reden manifestiren republikanische Gesinnung; sie sagen: wir sind Republikaner: aber nicht: wir erstreben die Republik. Man kann Republikaner und doch sehr undemokratisch sein, sowie es Monarchien giebt, in denen die Forderungen des Volks in sehr weitem Umfange bereits verwirklicht sind. „Vorschlags- und Verwerfungsrecht“ kann es auch in einer Monarchie geben. Dadurch werden nicht einmal Rechte der Krone alterirt, sondern nur das Verhältniß zwischen dem Volke und seinen Vertretern.

Präsident: Sie meinen, das Volk würde dann jedes von der Regierung vorgelegte Gesetz verwerfen können.

Bracke: Jawohl, wie jetzt der Reichstag. Ich meine, daß es weit besser wäre, wenn in wichtigen Fällen, z. B. bei größeren Anlehen, das Volk selbst gefragt würde, als der Reichstag.

Präsident: Dann würden aber die jetzigen Gewalten so ziemlich auf Null reducirt sein.

Bracke: Das keineswegs. Wenn aber die Rechte der Krone und des Reichstags zu Gunsten des Volks auf legalem Wege geschmälert werden könnten, so würde ich das mit Freuden begrüßen. — Punkt 3 des Eisenacher Programms spricht nicht von Aufhebung des Besizes, sondern der Vorrechte des Besizes, wie solche sich z. B. im Drei-Classen-Wahlsystem zeigen.

Ad 4. a. Der Schlußsatz enthält eine schiefe Folgerung. Der Ausschuß ist nicht verantwortlich für den Inhalt des „Volksstaat“. Ich wiegte mich eine Zeitlang in der Hoffnung, auf die Redaction Einfluß ausüben zu können und provocirte dieserhalb einen Beschluß in der Kriegsfrage, da ich Liebknecht's Auftreten mißbilligte. Liebknecht sagte: „Ihr könnt mich absegen; aber Ihr könnt nicht in die Redaction hineinfuschen“. Nur die äußern, die Finanz-Verhältnisse des Blattes waren uns unterstellt. Für den Inhalt war der Ausschuß nicht einmal moralisch verantwortlich, auch nicht die Partei. Der einzelne Redacteur mag hineinschauen, was er will und hat das vor den Gerichten zu verantworten. Wir, als Demokraten, müssen doch in einem demokratischen Blatte Jedem gestatten, seine Ansichten frei auszusprechen nach allen

Richtungen hin. Das Unrechte richtet sich am Besten selbst, wenn es öffentlich besprochen wird.

Präsident: Sie wollten ja aber doch die Zwecke Ihrer Partei durch das Blatt fördern, und man sollte daher meinen, der Ausschuß habe einschreiten müssen, wenn gegen diese Zwecke gehandelt würde, namentlich wenn verbrecherische Tendenzen zum Vorschein kämen.

Bracke: In einem solchen Falle hätten wir es vielleicht dann in Erwägung gezogen, ob wir einschreiten wollten. Jede Ansicht in der Partei muß sich aussprechen können. Um Details konnten wir uns nicht bekümmern, und konnten nicht wie die Polizei einschreiten, wenn einmal Jemand etwas schrieb, was uns nicht gefiel.

Die Anklage bezieht sich bei diesem Punkte auf einen Brief Bracke's an Geib (Buchhändler und Vorsitzender der Controle-Commission in Hamburg) vom 1. September 1870, während Bracke beantragt, auch seinen Brief an Geib vom 29. Juli 1870 zu verlesen. Letzteren Brief werden wir weiter unten ad Nr. 7. b. (Verhör Bracke's über den Aufruf vom 24. Juli 1870) mittheilen. Der Brief vom 1. September lautet:

Braunschweig, 1. Septbr. 1870.

Lieber Geib!

Mit der Pariser Revolution ist es allerdings Eßig, wie mit jeder größeren Initiative seitens der Partei. Leider! Es ist der schlimmste Fehler Liebknecht's, sich in den colossalen optimistischen Träumen zu wiegen, die der Bedeutung des Blattes und der Partei sehr schädlich sind. — — —

Wenn die „Kaiserposse“ losgeht, will Liebknecht nach England oder Amerika, wogegen wir ihm begreiflich gemacht haben, daß dann Jeder von uns erst recht auf dem Posten zu stehen habe. Das ist die Folge der rosenfarbenen Phantasien, deren Verschwinden dann nicht ertragen werden kann. Wie ich zu meiner Freude sehe, habt Ihr ja nun in Wandersbeck in unserem Sinne resolutionirt. Es wird jetzt aber nöthig werden, daß die Partei, also vor Allem der Ausschuß, sich gegen die Annexionswuth, gegen die Franzosenhege und gegen den nationalen Größenwindel erklärt. Der Krieg scheint auf deutscher Seite mit denselben Hintergedanken geführt zu werden, mit denen Napoleon ihn begonnen hat. Da- gegen müssen wir uns erklären.

Wenn der Ausschuß so vorgeht, der gezeigt hat, daß er für nationale Fragen keine bloße Abweisung, sondern Verständniß besitzt, so wird das ziehen. Liebknecht und Bebel haben sich leider des Einflusses begeben, der ihnen gebührt. Ein Gutes hat indessen auch ihr Auftreten, nämlich daß die Schweizerianer dem Willen ihres Meisters gegenüber „pour le roi de Prusse“ auf unserer Seite die Principientreue sehen. Denn das kann man ihnen (Bebel und Liebknecht) nicht abstreiten; nur verdammt unpraktisch sind sie vorgegangen und haben vergessen, daß die Principien der Partei die Theilnahme an den nationalen Dingen nicht ausschließen, sondern daß ihre Verwirklichung die Berichtigung derselben entschieden erheischt. Wir werden uns finden. Soviel ist aber gewiß, daß, wenn der Ausschuß die Verantwortung für die Haltung des Blattes hat, sich der Redacteur fügen muß. Sonst ist unsere Organisation Unsinn.

Der Streit mit Liebknecht über die Sache wird durch die Ereignisse bald und sicher zu unseren Gunsten entschieden sein; der Streit aber über die Stellung und Verantwortlichkeit des Ausschusses muß erledigt werden, sonst spiele ich nicht mehr mit. Wenn Liebknecht sich dem Beschlusse des Ausschusses nicht fügen will, so wird er es immer dem Ausschusse event. der Controle-Commission überlassen, es zum Bruche zu treiben, was die Partei gegen den Ausschuß empören wird. Letzterem bleibt dann weiter nichts übrig, als sich unter Liebknecht zu

beugen und vor dem Congresse auch noch die Verantwortung für Liebfnecht's Haltung zu haben. Das ist Nichts. Entweder wir haben die Verantwortung und stehen über der Redaction, dann muß sich diese fügen bei Streitigkeiten, vorausgesetzt, daß die Controle-Commission nicht zu Gunsten der Redaction entscheidet. Im letzteren Falle hat der Ausschuß abzutreten. Oder aber, Liebfnecht braucht sich nicht zu fügen, dann muß man aber unsere Verfassung ändern, in welchem letzteren Falle ich für Ausschußposten danke. Dann haben wir die Monarchie Liebfnecht und der Ausschuß besteht aus „Stroh puppen“. Wir haben es nicht zum Bruche getrieben, der Partei wegen, aber ausgetragen werden muß dieser Streit.

Nun freundlichen Gruß von

Deinem

W. Bracke.

b. Die aus dem „Volkstaat“ angezogenen Stellen interessieren mich gar nicht; sie hat der Redacteur zu vertreten. Unter Revolution verstehe ich nicht Straßenkampf, sondern gebrauche das Wort im Sinne Lassalle's. Ich nenne sie eine im Innern des Lebens sich vollziehende Umwälzung. Es ist möglich, daß sich eine Reform in gewalttätiger Weise vollzieht und dagegen eine Revolution in sehr friedlicher Weise verläuft (z. B. Einführung der Spinnmaschinen). Faßt man das Wort Revolution nicht in dem Sinne von Straßenkampf auf, sondern in dem in unserer Partei gebräuchlichen Sinne, so sind alle angeführten Stellen harmlos. Niemand kann läugnen, daß sich eine gewaltige Revolution jetzt in allen gesellschaftlichen Verhältnissen vollzieht. Davon haben wir gesprochen. Es wäre Blödsinn, wenn wir eine Massenerhebung im Sinne hätten und alle Augenblicke davon reden wollten.

c. Geib's Schlussworte auf dem Eisenacher Congresse sind unverfänglich. Uebrigens mögen Bebel und Geib selbst ihre Worte vertreten.

d. Bebel hatte ganz Recht, wenn er vorsichtig zu sein mahnte, denn man weiß ja, was in Deutschland Alles von Polizei wegen möglich ist.

e. und f. Ist richtig und noch heute meine Meinung, welche ich jederzeit vertrete. Die Revolution sitzt bereits in den Eingeweiden der Gesellschaft und wird sich auf die eine oder andere Weise vollziehen. Ich wünsche, daß dies auf friedliche Weise geschehen möge, aber eine gewisse Verblendung in den Regierungskreisen wird es nicht dazu kommen lassen. So geschah es auch 1789. Es ist nicht unsere Schuld, wenn wir solche Voraussicht für möglich halten müssen. Gewalttätige Revolutionen lassen sich nicht vorbereiten, sondern kommen über Nacht. Auch das haben wir 1789 gesehen. Wir haben mit Putzchen nichts zu thun; wir stehen auf felsenfestem Grunde. Wenn sich eine Revolution in großartigem Maßstabe vollzieht, so sind wir nicht Schuld daran; wir haben oft genug davor gewarnt.

(Bravo im Publikum. Mahnung des Präsidenten zur Ruhe.)

Ich bin allerdings der Meinung, daß die endliche Entwicklung der Dinge die rothe Republik sein wird, d. h. die Republik der Liebe, ein idealer Zustand, der nicht anders bezeichnet werden kann, ein Zustand, wo es keinen Kampf der Völker gegen einander und der

Bürger unter einander mehr geben wird. Diesen Zustand streben wir an, indem wir die Lage der Arbeiterklassen verbessern wollen, und wir werden ihn endlich erreichen; wann? weiß ich freilich nicht. Daß wir durch die von uns erstrebten Gesellschaftseinrichtungen uns diesem Ziele nähern, ist meine gewissenhafte Ueberzeugung. Niemand, der mit der Literatur unserer Partei vertraut ist, kann das Wort rothe Republik in einem anderen Sinne auffassen. Aber trotz dieses Ideals, das mir vorschwebt, stehe ich mit meinen praktischen Handlungen stets auf gesetzlichem Boden.

Präsident: Der Ausdruck, „die Revolution mit wild wehen dem Lockenhaar“ scheint hiermit nicht recht vereinbar.

Bracke: Wenn es uns nicht gelingt, die öffentliche Meinung aufzuklären; wenn bei den heutigen Verhältnissen wieder dieselbe Blindheit in den Regierungskreisen herrscht wie früher, so werden gewaltsame Zuckungen kommen. Ich concentrirte meine ganze Kraft darauf, die jetzt das Leben des Volks durchziehende innere Revolution rechtlich anerkannt zu sehen. Aber leider mit wenig Aussicht auf Erfolg. Das beweist die Geschichte.

Präsident: Wohin würden Sie sich stellen, wenn ein solcher gewaltsamer Ausbruch käme?

Bracke: Es würde in einem solchen Falle von den Verhältnissen abhängen, wo ich dann als Parteimann Stellung nehmen würde.

Kreisrichter Moritz: Ist es dem Angeklagten bekannt, daß im gewöhnlichen, allgemein verständlichen Sinne man unter dem Worte „Reform“ eine legale Fortentwicklung, unter „Revolution“ einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verhältnisse, unter „rother Republik“ die Republik des Bluts versteht?

Bracke: Das ist mir nicht bekannt; es sind diese Begriffe falsch und werden nur von Denen so aufgefaßt, welche unseren Kreisen fern stehen. Von unserer Partei werden sie nicht in diesem Sinne gebraucht. Das beweisen Lassalle's Schriften.

g. Die erste Stelle ist nach dem Obigen klar. Die zweite Stelle bedeutet: Wir wollen auf friedlichem Wege die jetzigen Verhältnisse ändern; aber wir müssen uns gefaßt machen, uns vorbereiten auf gewaltsame Ereignisse, die von Außen kommen können, da wir wenig Aussicht haben auf eine friedliche Entwicklung. Uebrigens ist dies nur eine flüchtig hingeschriebene Ansicht.

h. Was Bonhorst gemeint hat, ist seine Sache.

i. Den Brief an Walster wegen des Romans habe ich ungelesen, ganz geschäftsmäßig unterschrieben. Bonhorst hatte in dem letzten Bande dieses Feuilleton-Romans sonderbare Dinge gefunden, welche er geändert haben wollte. Der dritte Band würde vielleicht erst nach Jahren zum Abdruck gekommen sein. Was kann auf solchen Roman ankommen?

Die Gelder aus dem Revolutionsfonds haben wir von Dr. Ladendorff erhalten.

Der Staatsanwalt läßt aus den Briefen Ladendorf's folgende Stellen verlesen:

Briefe des Dr. Ladendorf in Zürich.

1. Brief d. d. Zürich, 6. Septbr. 1869. Ladendorf schreibt in Bezug auf 2 Geldsehdungen von 500 Frsch. und 1000 Frsch., aus dem Revolutionsfonds entnommen, u. A.

Bemerken muß ich Ihnen, daß statutenmäßig nur die politische Agitation für die Deutsche Republik die Verwendung des Geldes gestattet, die sociale Frage nicht berührt ist. Wir halten uns für berechtigt und verpflichtet, für die seit dem Nürnberger Arbeitertage in Gang gekommene Arbeiter-Bewegung das Geld des betreffenden Fonds vorzugsweise zu verwenden, da die sociale Frage mit der Erstrebung der Republik zusammenfällt, — —.

Was ich Ihnen um der Sache und unserer Fondsstatuten willen recht dringend ans Herz legen muß, ist die nachdrückliche Betonung und Hervorhebung der politischen Seite, ohne die ja die Arbeit in der socialen Frage eitel Pflüscherei und eine reine Silphus-Arbeit bleibt. Hauptsache ist, daß der Arbeiter die Zusammengehörigkeit dieser beiden Fragen, das Zueinanderfallen derselben bis ins Kleinste erkennen. Sehen Sie doch nur unsere ganze Gesellschaft an, ob nicht alle socialen Verhältnisse von den politischen durch und durch bedingt und durchdrungen sind. Beseitigen Sie Klüften, Zünfte, Pfaffen und was drum und dran hängt, und Sie haben für Bildungsmittel und corporative Genossenschaften die ersten großen Hebel, wodurch allein die Arbeiter in den Stand gesetzt werden können, das große Kapital zu bezwingen und allmählich durch radikale Gesetzgebung vollkommen als Macht und knechtende Gewalt zu abhobiren und zum Mittel der Arbeit d. i. des Arbeiters herabzusetzen. Ohne radikale Umgestaltung der politischen Verhältnisse kommen Sie nicht vom Flecke.

2. Brief d. d. Zürich, 4. October 1869.

Der „Volksstaat“ erklärt ja bereits das Eisenacher Programm für „provisorisch“. Da werden wir wohl aus den Provisorien nicht herauskommen, zur Revolution aber niemals! Doch sollte ich Ihnen das nicht sagen —

3. Brief d. d. Zürich, 9. November 1869.

Auch ich will und wollte stets eine Arbeiter-Republik, aber — in des Wortes vollster und verwegenster Bedeutung.

4. Brief d. d. Zürich, 28. December 1869.

Ich sehe überhaupt zu viel theoretisirende, phrasenhafte Pointirung und fürchte mehr und mehr Abstumpfung, wenn nicht bald und mehr ein politisch-socialer Widderkopf zur Action angefeuert wird. Die nationale Initiative ist schlechterdings nöthig, ohne sie keine Charakterbildung möglich, ohne Charakter keine Handlung. Darum schlage ich die Wiener Bewegung so hoch an und werde Alles anbieten, daß sie im Gange und Fortschreiten erhalten bleibt. —

In Wien wird man mehr gebrauchen, als zu erwarten stand, da wir nicht zugeben dürfen, daß die Lumpenkerle von Ministern ihr niederträchtiges Mithchen fühlen. Die tüchtigsten Advocaten sind gewonnen und außerdem wird Alles aufgegeben, den treulos brutalen Schlag zu pariren und die Leute zur weiteren rechtzeitigen Action frisch zu erhalten. —

Im „Felleisen“ finden Sie die Erzählung der Verhaftungen, und zwar absichtlich sehr ausführlich. Dergleichen Niederträchtigkeiten müssen dem Volke in Herz und Nieren getrieben werden, daß es Korn fasse und zum Handeln sich bereitet. Mit herzlich social-republikanischem Gruß Ihr A. Ladendorf.

5. Brief d. d. Zürich, 17. Februar 1870.

Durch den ganzen Himmel sehtend und hinten und vorn ausschlagend umherreitend, ohne ein erstes Reactionsbollwerk mit Sturm zu nehmen und der Partei endlich einmal auch den Genuß und das Selbstgefühl eines Sieges zu geben, ist höchstens für einige Zeit belustigend und erheitend, aber für die Dauer gefährlich. Nur handelnd werden Individuen, wie Völker, erzogen, handelnd aber

fängt man aus sich an, erwartet nicht den Rippenstoß oder gar Beistand von Außen. —

Herr Bismarck, der dem Banferott entgegen ging, wird wieder nächsten in Nationalität machen, und ich fürchte, es gelingt ihm wiederum ein Schlag, wenn die social-republikanische Partei nicht Position faßt und die nationale Mähererschaft ihm nicht aus den Händen nimmt. —

Es muß zum wirklichen Conflict gebracht werden, wo es heißt: Entweder — oder. Der muß politisch socialer Natur sein, und obwohl von äußerster Tragweite, doch so gemäßig, scharf und bestimmt und zugleich im nationalen Gewande, so daß Herrn Bismarck — Hohz. das Heft aus den Händen genommen und Nord und Süd — Berlin und Wien Hand in Hand geht. Fr. Spier hatte ja mit Ebf. (Kiehnrecht) den strategischen Plan für Berlin fertig; ich habe aber noch nichts von einem Feldzug gesehen. —

Der revolutionaire Proceß (in Frankreich) zieht sich zwischen diesem Hängen und Würgen wahrscheinlich noch in die Länge und — Hohenzollern wird das ausnützen und muß es noch aus anderen Gründen.

6. Brief d. d. Zürich, 10. März 1870.

Zunächst handelt es sich darum, daß ich selbst wieder in Berlin den alten Boden gewinne und neuen dazu. Davon aber nächsten und wie ich dann meine, daß fest und sicher auf das eine Ziel losgegangen werden muß. Die Wiener halten sich trotz der Niederträchtigkeiten sehr brav. Es treten sofort neue Kräfte in die Lücken. Zunächst haben sie in der öffentlichen Meinung durch ihre maßvolle Festigkeit entschieden Boden gewonnen. Nur erst ein Sieg! Berlin muß nachgeholt werden, daß die Arbeit Hand in Hand (natürlich nach den Verhältnissen modificirt) geht, bis wir — endlich wenigstens den entscheidenden Schlag als gewiß vor uns sehen, um ihn bei guter Gelegenheit ausführen zu können.

7. Brief d. d. Zürich, 6. Februar 1870. adr. An die Centralstelle für Production, Konsumtion und Vermittelung in Braunschweig.

Säße der Ausschuß in Berlin oder Wien, dürfte er großartiger vorgehen; aber Braunschweig ist zu klein und eng und die politischen Chifanen zu groß, als daß etwas Größeres sofort gelingen sollte. —

— Es sind ganz andere Mittel dazu erst klüßig zu machen; es ist dazu ein Umschwung in den Anschauungen und Machtverhältnissen nothwendig, wie es nur eine revolutionaire Action hervorzubringen im Stande ist. Das projectirte Unternehmen führt mit innerer Nothwendigkeit von dieser Action ab. —

— So eben lese ich im Volksstaat, daß B. (Bonhorst) wieder verhaftet ist. Ich sende daher das Geschriebene an Sie, geehrter Freund (Bracke). Es wird in der That Zeit, alle Kräfte dahin zu lenken, daß dieser nichtswürdigen Wirthschaft ein Ende gemacht wird. Wie lange wollen Sie sich denn mit solchem fürstlichen Gesindel noch herumquälen. Millionentreubonnerwetter müßten drein schlagen, wenn — wir nur olympische Wäße hätten. Also ruhig, sicher, umsichtig, fest, aber nur erst auf das eine, erste Ziel. —

Bracke erklärt: Die von Dr. Ladendorf gestellte Bedingung, das Geld zur Agitation für die Deutsche Republik zu verwenden, ist nicht so genau zu nehmen. Nachdem ich an Dr. Ladendorf geschrieben hatte, daß wir nur für unser Programm agitiren könnten, war derselbe damit zufrieden. Es ist also diese Bedingung nicht aufrecht erhalten. Das Geld ist zu Agitationsreisen verwendet, welche York und Andere gemacht haben, so wie für den „Volksstaat“.

Bracke überreicht einen an ihn gerichteten Brief des Dr. Ladendorf vom 18. November 1871, in welchem Letzterer sich dagegen vernahrt, daß seine früheren Briefe von der Anklage zur Belastung der Ange-

klagen benutzt werden könnten, da er bei Ueberweisung der fraglichen Gelder durchaus nicht an eine gewaltsame Einführung der Deutschen Republik gedacht habe. Es heißt in dem Briefe:

„Es ist ausdrücklicher Beschluß Derer, die über die Verwendung der bezeichneten Gelder mitzusprechen haben, daß dieselben ihrem ursprünglichen Zwecke und den geistlich weiter entwickelten Verhältnissen gemäß zur Unterstützung derjenigen Bestrebungen dienen sollten, welche zur Erweckung und Verbreitung deutsch-republikanischer Gesinnung in Rede und Schrift beizutragen im Stande sind“.

Bracke erklärt ferner:

Ad 5. a. Der in unserem Programm erwähnte Anschluß an die Internationale ist vom Ausschusse niemals ausgeführt und konnte nicht ausgeführt werden, weil es die Vereinsgesetze nicht gestatteten. Ich bin persönlich mit Joh. Ph. Becker und Karl Marx bekannt gewesen, und ist dieser persönliche Verkehr, nachdem ich in den Ausschuß gewählt war, fortgesetzt. Das wird man doch nicht strafbar finden; aber selbst ein offizieller Verkehr mit dem Ausschusse wäre ganz erlaubt gewesen. Es mag sich wohl ein von Bonhorst geschriebener Entwurf eines Berichts an Karl Marx vorgefunden haben; aber solche Entwürfe sind vor der Absendung häufig geändert.

Auf Vorhalt des Staatsanwalts, daß Briefe von Karl Marx und Becker officiell an den „Ausschuss“ gerichtet und adressirt seien, erwiderte Bracke:

Das kann den Herren in London und in der Schweiz nicht übel genommen werden; die Herren haben keinen Begriff davon, daß die von ihnen gemachte unrichtige Adresse in solcher Weise gemißdeutet werden könnte.

Bracke producirt eine von Karl Marx vor dem Lord Mayor von London abgegebene Erklärung, welche lautet:

„I Karl Marx of 1- Maitland park Road Haverstock Hill in the County of Middlesex, Secretary for Germany of the General Council of the International Working Mens Association, do solemnly and sincerely declare as follow

1) That the German Social Democratic Working Men's Party whose Committee in the beginning of September One thousand eight hundred and seventy was still seated at Brunswick has never demanded to be enrolled as part and parcel or as a Section of the International Working Men's Association.

2) That for this reason such an enrolment has never taken place.

3) That many members of the aforesaid German Social Democratic Working Men's Party have on their demand been individually admitted as Members of the International Working Men's Association.

4) That this Declaration is made at the request of Wilhelm Bracke a Merchant at Brunswick and himself a Member of the International Working Men's Association

And I make this solemn Declaration conscientiously believing the same to be true and by virtue of the provisions of an Act made and passed in the Session of Parliament of the fifth and sixth years of the reign of His late Majesty King William the Fourth, intituled „An Act to Repeal an Act of the present Session of Parliament intituled An Act for the more effectual abolition of Oaths and Affirmations taken and made in various departments of the State, and to substitute Declarations in

lieu thereof, and for the more entire suppression of voluntary and extra judicial Oaths and Affidavits and to make other provisions for the abolition of unnecessary Oaths.“

Subscribed and Declared at the Mansions House in the City of London this seventeenth day of November 1871.

Karl Marx.

Before me Sills John Gibbons, Lord Mayor.

Der Staatsanwalt constatirt nach der Verlesung und Uebersetzung dieser Erklärung, daß der Urkunde ein Amtssiegel fehle und die Unterschrift des Lord Mayor's nicht vom deutschen Consul beglaubigt sei. Doch wolle er trotzdem die Richtigkeit der Urkunde nicht bestreiten, da der Inhalt derselben vollkommen gleichgültig sei. Es komme nicht darauf an, ob die social-demokratische Arbeiter-Partei als Zweig der Internationale in London sich formell erklärt habe und als Section eingetragen sei, sondern ob in Wirklichkeit beide Theile die social-demokratische Arbeiter-Partei als Zweig der Internationale betrachtet und danach gehandelt hätten.

Auf Antrag des Staatsanwalts wird der von Bonhorst geschriebene Entwurf eines Berichts des Ausschusses an den Generalrath verlesen, aus welchem wir folgendes mittheilen:

Bericht des Ausschusses der social-demokratischen Arbeiter-Partei für den Generalrath der Internationalen Arbeiter-Association.

Als sich unsere Partei auf Grund der Plattform der Internationalen Arbeiter-Association im August v. J. von der Organisation der Schweizerischen Secte einerseits und der Organisation des Verbandes der deutschen Arbeiter-Vereine andererseits löstrennend, selbstständig in Eilenach constituirte, waren es vor Allem folgende Orte, welche diesen Act durch die Kraft ihres Willens trugen. (Folgen die Namen von 58 Ortschaften.)

Später reiheten sich hieran in Folge von mehrfachen Agitationen, die sowohl von Seiten des Ausschusses, als auch von Seiten der Mitglieder selbstständig unternommen wurden, noch folgende Orte. (Folgen die Namen von 62 Ortschaften.) — —

Bis jetzt haben wir folgende Herren mit Agitationen von hier aus betraut: Fr. Vork in Harburg, G. Windsheimer (ehemals in Pechhausen bei Augsburg, jetzt verschollen), W. Schmidt in Ipehoe, Aug. Rildt (eben im Zuchthaus zu Lubertusburg), F. S. Huber in Regensburg, F. Obermann in Eschweiler bei Aachen, W. Köllsch ebendasselbst, C. Henning in Munsdorf, C. Demmler in Geher im Erzgebirge, C. F. Hüpper in Lunzenau, A. Welte in Frankenhäusen in Thüringen, Polling in Dessau, Hippolt in Gotha, (Selle, Augsburg?), Kühn und Ehlers, Raters in Halberstadt und unseren Parteisecretair Bonhorst.

Von diesen officiellen Agitatoren wurden gerichtlich bestraft (wegen Anmerkungen in ihren Reden): Rildt mit 8 Monat und 2 Monat Voruntersuchung (in Wittweida verhaftet, abgeurtheilt und nach Lubertusburg transportirt; Fr. Obermann jr. in Eschweiler mit 4 Wochen in Aachen (dabei 4 Wochen Voruntersuchungshaft); Bonhorst ebenso bestraft vom Criminalgericht in Magdeburg. Den Andern wird täglich härter auf die Finger gesehen.

Die von unseren officiellen Agitatoren hauptsächlich berührten Gegenden waren: Westfalen, Rheinland, Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig und Pölstein.

Von den ohne unsere Mitwirkung und Beauftragung vollzogenen Agitationen heben wir vor Allem die des Herrn A. Bebel durch Schwaben hervor. Im Ganzen zählt unsere Partei jetzt 110 Orte in Deutschland, in denen sie vertreten ist. —

Die conservativen Elemente (Bunker, Pfaffen und Bourgeois) lassen uns im richtigen Classeninstincte die ganze Schwere ihrer usurpirten Gewalten fühlen. Auf Schritt und Tritt stoßen wir im Ganzen, wie jeder Einzelne an diesen und jenen Gesetzesparagraphen ihrer Hütcherreglements, wozu unzählige Male das freie Vertragsverhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine moralische und physische Folter verwandelt wird.

Eigentliche Staatsbeamte zählen wir deshalb nur verschwindend wenige in unseren Reihen, ebenso wie wir die im Dienste des Capitals stehenden Männer der Wissenschaft und Kunst auch noch überwiegend unter unseren Gegnern sehen. Am gefährlichsten von allen deutschen Regierungseliquen ist uns die preussische, weil dieselbe auf homöopathische Weise gegen uns operirt zc.

Ferner werden folgende Stellen aus Briefen von Karl Marx in London und von Joh. Phil. Becker in Genf verlesen:

Briefe von Karl Marx.

1. Brief d. d. London 24. März 1870.

(Das dazu verwandte Papier ist oben bedruckt: General Council of the International Working Men's Association. 256. High Holborn, London. W. C.)

Lieber Freund! Ich habe Ihnen gestern 3000 cards of membership unter Adresse von Bonhorst zugesandt

Ich habe Ihnen über die inneren Vorgänge der „Internationalen“ nicht uninteressante Mittheilungen zu machen. Sie werden Ihnen auf indirectem Wege zukommen. Statutenmäßig haben alle nationalen Comité's, welche in Verbindung mit dem Generalrath stehen, ihm dreimonatliche Berichte über den Stand der Bewegung zu schicken. Indem ich Ihnen dieses ins Gedächtniß rufe, bitte ich, bei solchem Bericht zu erwägen, daß er nicht für das Publikum geschrieben ist und daher die Thatfachen ohne Schminke, ganz sachgetreu darzulegen hat.

Von Hochheim und aus dem letzten Briefe von Bonhorst weiß ich, daß die Finanzen der „Eisenacher“ schlecht stehen. Zum Trost die Mittheilung, daß die Finanzen des Generalraths unter dem Nullpunkt, beständig wachsende negative Größen.

2. Brief d. d. London, 27. Juni 1870, geschäftliche Mittheilungen enthaltend, ist adressirt: „An den Ausschuß der social-demokratischen Arbeiterpartei.“
3. Brief d. d. 2. August 1870, mit gleicher Adresse:

Fremde! Zunächst meinen Dank für den ausführlichen Bericht über die Arbeiterpartei in Deutschland! Ich habe ihn dem Generalrath sofort mitgetheilt.

Die verlangte Arbeit über die grundeigenthümlichen Verhältnisse in Deutschland mußte wegen absolutem Zeitmangel einstweilen unterbleiben, —

Den auf dem Braunschweiger Meeting erlassenen Aufruf (v. 24. Juli 1870) habe ich — wie Ihr aus dem von mir vorige Woche zugesandten Manifest des Generalraths sehen haben werdet, — stellenweise diesem Manifeste einverleibt —

Der Generalrath kann nach §. 3 der Statuten den Congreßtermin nicht aufschieben. Er würde jedoch unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen die Verantwortlichkeit eines solchen Schrittes auf sich nehmen, wenn er dazu die nöthige Unterstützung Seitens der Sectionen fände. Es wäre daher wünschenswerth, daß uns in diesem Sinne ein motivirter Antrag officiell von Deutschland zugehe.

(Am Rande steht von Bracke geschrieben: „Sofort zu thun.“)

Briefe von Joh. Phil. Becker.

Stempel: Internationale Arbeiter-Genossenschaft. Abtheilung Genf.

Zwei Briefe vom 11. Juni und 1. Juli 1870 enthaltend: einen Antrag an den Stuttgarter Congreß und Besprechung desselben.

In dem ersteren wird u. A. hervorgehoben, daß die stehenden Heere die Hauptstützpfiler allen politischen und socialen Despotismus seien, dieselben vor-

nämlich durch die ländliche Bevölkerung rekrutiert würden, und daß eben zur Unterwühlung dieses Stützpfilers social-demokratische Propaganda unter den landwirtschaftlichen Arbeitern und Kleinbesitzern, den Geist des blinden Gehorsams mit dem Bewußtsein der Menschenwürde vernichtend, systematisch zu betreiben sei.

Brief d. d. Genf, 29. Mai 1867:

Bei Allem, was wir thun, organisiren und gründen, dürfen wir um und nimmer aus den Augen verlieren, daß ohne Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse, was mit Herstellung völliger Freiheit und Aufhebung aller Klassenunterschiede gleichbedeutend ist, an keine wesentliche Veränderung unserer Zustände, geschweige an eine Lösung der Frage gedacht werden kann. —

Weil die Organisation der Genossenschaften ihrer Natur gemäß eine republikanische sein muß, bietet sie zugleich auch eine praktische republikanische Erziehungsanstalt und befähigt zur Gründung des allein ersiehenden Volksstaats. Ohne gedachten Vorbehalt kann der Arbeiterklasse nach unausbleiblicher Enttäuschung kein Hoffnungsstern mehr leuchten, müssen Verzweiflung und Demoralisation eintreten. — Vor Allem ist der Arbeiterklasse das Bewußtsein unüberwindlichen Kraftbesitzes, Alles überwältigender Machtstellung beizubringen. Dies kann aber nicht durch lokale und provinciale, sondern nur durch internationale Wirksamkeit geschehen.

Brief d. d. Genf, 18. Juni 1867, bespricht u. A. am Schluß das einzuschlagende Verfahren, um einen Anschluß an die Internationale zu Stande zu bringen.

Ferner wird verlesen ein

Brief von Fr. Wilh. Raspe,

mit dem Stempel: Vorort deutscher Arbeitervereine. Schweiz. d. d. Zürich, 6. September 1870; unterzeichnet: Fr. Wilh. Raspe, Centralpräsident.

Es wird ferner vorgelegt eine bei Spier gefundene Abschrift einer „Confidentiellen Mittheilung über den Russen Bakunin“, d. d. London, 28. März 1870. Die Angeklagten wollen zufällig in den Besitz dieses Schriftstücks gekommen sein. Es findet sich darin folgende Stelle:

Question Liebknecht-Schweitzer.

„L'Egalité“ dit: „Ces deux Groupes sont de l'Internationale. C'est faux. Le groupe d'Eisenach (que le Progrès et Egalité veulent bien transformer en groupe du Citoyen Liebknecht) appartient à l'Internationale. Le groupe de Schweitzer n'y appartient pas.“

In Nr. 5b. der Anklage wird ein von Bonhorst verfaßter Entwurf eines Aufrufs erwähnt, welcher indessen nicht vom Ausschusse angenommen und veröffentlicht ist. Dieser Entwurf lautet:

An die deutschen und französischen Arbeiter in Stadt und Land!

Das französische Volk will die social-demokratische Republik, — das deutsche will den vollen und wahren Volksstaat. Beide Völker sind sich einig, daß die Macht: Gesetz und Recht zu bestimmen, — die Macht: über die Streitkräfte der Nation zu verfügen, aus der Hand Weniger in die Hände Aller, in die Hände des Volks selber gebracht werden muß. Die beiderseitigen Völker von diesem Streben abzubringen, wollen jene Wenigen im Augenblicke einen Völkerkrieg anzetteln. Und was muß als Ursache dieses Complots gegen unser freiheitliches Ringen dienen? Nichts mehr und nichts weniger, als: der Mord einer werdenden Republik!!

Völker von Deutschland und Frankreich! Können wir da ruhig mit zusehen, — wie die junge Saat der Freiheit in Spanien zertreten, unser freiheitliches

ringen in dem Blute unserer Söhne und Brüder, — in millionenfachem Elende des Krieges erstikt werden soll?

Kein Krieg, kein Brudermord mehr um persönliche Interessen, — lange genug haben sich die Geschlechter dafür hingeopfert. Müssen wir uns opfern, dann kann es nur noch im Dienste der Freiheit, zum Zerbrechen politischer und socialer Bedrückung geschehen.

Auf! Auf! Ihr zwei großen Völker! Reicht Euch die Hände! Ihr rüstigen Gewerbeleute, laßt Eure Werkzeuge ruhen! Du biederer Bauersmann, lehne Deine Sense an den Baum! Du braver Bruder im Soldatenrocke, mache „Gewehr bei Fuß“ mit Chassepot und Zündnadel, und hilf uns jenen Wenigen in die Ehren gellen:

Kein Krieg mehr, wenn nicht den letzten für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Braunschweig-Wolfenbüttel, Juli 1870.

Der Ausschuß der social-demokratischen Arbeiter-Partei Deutschlands:

Bracke erklärt in Bezug auf diesen Entwurf Bonhorst's, auf Bonhorst's Brief vom 14. Juli 1870 und seine eigene Antwort: „Unsere Oberleitung ist international und wird schon bestimmen, wann's Zeit ist. Wir aber haben so lange einfach zu schweigen, gegebenen Augenblicks aber zu gehorchen“ (Anlage Nr. 5. b.):

Als Bonhorst mir diesen Aufruf zuschickte, erkannte ich sofort, daß es ein Mißgriff sei. Da ich aber Abends nicht in die Ausschussungung gehen konnte und doch verhindern wollte, daß solcher Aufruf genehmigt würde, so schrieb ich jene Zeilen. Es war zwar eine Unwahrheit, unsere Oberleitung als international zu bezeichnen; aber ich hoffte dadurch eine Pression auf Bonhorst auszuüben, und ihn von der Publication dieses Aufrufs abzubringen. Ich habe diese Oberleitung in guter Absicht fingirt, und habe Unwahres geschrieben. Es war Blödsinn, das sage ich selbst; aber ich suchte nach plausibeln Gründen, um Bonhorst zurückzuhalten, und verwies ihn deshalb auch auf eine Anfrage bei Marx, Geib und Liebknecht.

Staatsanwalt: Wie konnte Angeklagter Bracke glauben, durch eine „Unwahrheit“, durch die Fiction einer Oberleitung, Bonhorst von seinem Vorhaben abzubringen, da doch Bonhorst die Verhältnisse sehr genau kannte und Bracke nicht annehmen konnte, daß Bonhorst sich durch eine so grobe Unwahrheit täuschen lassen würde?

Bracke: Das ist erklärlich durch Bonhorst's excentrischen Charakter, und hoffte ich deshalb, ihn zurück zu halten. Etwas Wahres liegt ja auch der Sache zum Grunde, da es wirklich einen internationalen Generalrath giebt und ich meinte, daß dieser hierbei in Frage kommen könnte, obgleich wir kein Theil der Internationalen sind. Ich habe überhaupt diese Worte in der Hast hingeschrieben.

c. Ich bin persönlich Mitglied der Internationalen; ebenso sind oder waren es Spier und Bonhorst.

Präsident: Woher haben Sie erfahren, daß man für 1 Großen eine Mitgliedskarte der Internationalen bekommen könne?

Bracke: Liebknecht theilte es in Eisenach öffentlich mit.

Der Staatsanwalt legt eine solche Karte den Richtern vor.
Auf der Vorderseite dieser Karten steht:

INTERNATIONAL Working Men's Association.

CARD OF MEMBERSHIP.

*This is to Certify that..... was admitted
a Member of the above Association 18 ..
and paid as his Annual Subscription 1 Sgr.*

R. Shaw, Corresponding Secretary for America.

<i>Bernard, Cor. Sec. for Belgium.</i>	<i>Jules Johannard, C. S. f. Italy.</i>
<i>Eugen Dupont, „ France.</i>	<i>Anthony Zubich, „ Poland.</i>
<i>Karl Marx, „ Germany.</i>	<i>H. Jung, Switzerland.</i>
<i>Cowell Stepney, „ Treasurer.</i>	<i>J. George Eccarius, } Sec. to Gen. Comm. LONDON.</i>

Auf der Rückseite steht in französischer, englischer und deutscher Sprache:

Die Emancipation der Arbeiterklasse muss durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden: der Kampf für die Emancipation der Arbeiterklasse ist kein Kampf für neue Classenvorrechte, sondern für die Vernichtung aller Classenherrschaft. Die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Quellen des Lebens, liegt der Knechtschaft in allen ihren Formen zu Grunde, dem socialen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit. Die ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse ist daher das grosse Ziel, dem jede politische Bewegung als Mittel dienen muss. Alle nach diesem Ziel strebenden Versuche sind bisher gescheitert aus Mangel an Einigung unter den verschiedenen Arbeitszweigen jeden Landes und unter den Arbeiterclassen der verschiedenen Länder. Die Emancipation der Arbeiter ist weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie umfasst alle Länder, worin die moderne Gesellschaft besteht, sie kann nur gelöst werden durch das planmässige Zusammenwirken dieser Länder.

Bracke erklärt weiter:

d. Die Agitationen sind in dem Sinne aufzufassen, wie ich bereits genügend auseinandergesetzt habe.

Staatsanwalt: Das Eisenacher Programm stellt die bekannten 10 Punkte als die nächsten Forderungen der Partei auf.

Wo von nächsten Forderungen die Rede ist, denkt man unwillkürlich auch an weitere Forderungen. Welche waren diese?

Bracke: Weder die Partei, noch der Ausschuss haben weiter gehende Forderungen beschlossen, selbst nicht einmal ins Auge gefasst. Ich kann darüber weiter keine Erklärung abgeben.

Ad 6. Ich war weder auf dem Baseler, noch auf dem Stuttgarter Congresse, folglich gehen mich dieselben nichts an. Liebknecht's angezogene Aeußerung bezieht sich auf republikanische Gesinnung, nicht auf republikanisches Streben.

Ad 7. a. Die Thatfachen sind richtig, nicht die daraus gezogenen Schlüsse. Es ist nicht wahr, daß wir den Augenblick für gekommen hielten, um eine Republik in's Leben zu rufen. Wir waren, wie jeder Andere, ingrimmig darüber, daß Napoleon den Frieden störte zwischen zwei großen Völkern, welche dazu bestimmt sind, mit und neben einander in friedlicher Entwicklung zu leben. Die Art und Weise, wie wir unsere Gefühle ausdrückten und welche vielleicht Anstoß erregen könnte, mag durch die Aufregung des Augenblicks entschuldigt werden. Ich habe allerdings erwartet, daß in so großen Krisen außerordentliche Veränderungen im Staatsleben entstehen müßten. Das ist ja bekanntlich auch geschehen; freilich nicht in dem gehofften volkfreundlichen Sinne. Meine patriotische Gesinnung habe ich in allen meinen Aeußerungen vom 16. Juli 1870 ausgesprochen.

b. Ebenso in dem Aufrufe vom 24. Juli 1870, welchen ich verfaßt habe. Ich habe meine Anschauung in einem, in den Acten befindlichen Briefe an Geib vom 29. Juli 1870 näher entwickelt, welcher zum Verständnisse des Aufrufs dient und welchen ich zu verlesen bitte.

Der fr. Brief wird verlesen und lautet:

Braunschweig, 29. Juli 1870.

Lieber Geib!

Soeben im Besitz Deines Schreibens vom 27. d. Mts., beileide ich mich, auch meinerseits entschieden Deiner Disposition — die Reise nach Leipzig hübsch, um Zeit und Geld zu schonen, zu unterlassen — beizustimmen. Hättest Du dieselbe für nöthig gehalten, so würde ich Dir abweichend telegraphirt haben.

Liebknecht mag jetzt noch das Bedürfnis des Aussprechens fühlen; von uns wird Niemand noch das Bedürfnis empfinden. Auch könnte die Liebknechtsche Meinung, uns sei es um Vertrauensvoten zu thun, — die er doch sogar Dir mitzutheilen für nothwendig erachtete — leicht eine böse Dissonanz erzeugen. Uns hier war es nie um unsere Personen oder deren Ansehen, sondern einzig und allein um unsere Sache zu thun.

Die Art aber, wie Liebknecht die Situation auffaßt, und auch die Art, wie Ihr sie ansieht, halten wir nicht allein für principiell falsch, sondern auch für einen colossalen taktischen Fehler. Principiell halten wir sie für falsch, da wir uns nicht vorstellen können, wie es möglich ist, daß Jemand seines berechtigten internationalen Standpunkts halber den nationalen verläugnen will. Ist das Uebermaß von Nationalgefühl, wie das Uebermaß von engerer Vaterlandsliebe (Particularismus) zu tadeln, so ist's ein Gleiches mit dem Uebermaße von Kosmopolitismus. Alle drei Dinge sind berechtigt und es muß eben die nöthige Harmonie zwischen ihnen hergestellt werden. Der internationale Gedanke kann doch nur verwirklicht werden zwischen den einzelnen Nationen.

Hier ist auch noch zu bemerken, daß, da das Streben aller Nationen nach nationaler Einigung (Italien, Garibaldi) berechtigt ist, das Streben sich so lange störend in den eigentlichen Kampf und Gegensatz zwischen Proletariat auf der einen, Bourgeoisie und Reaction auf der andern Seite drängt, bis dasselbe sein Ziel erreicht hat.

Dies führt mich sofort auf die factische Seite der Frage. Das Verhalten Liebknecht's u. c. kommt mir so vor: Der Principal X wiegelt seine Arbeiter auf

oder zwingt sie, in die Fabrik des Principals N. zu fallen. Die Arbeiter der letzteren fassen nun folgende Resolution: „Die Arbeiter haben den Arbeitgebern gegenüber gleiche Interessen, eine Privilegierei unter ihnen ist der größte Scandal. Nur von der Abschaffung der Lohnarbeit ist Besserung zu erwarten.“ Mittlerweile schlägt K. mit seinen Leuten ihre Fabrik oder richtiger ihres Principals Fabrik in Trümmern und —

Ich möchte, wenn unsere Partei Einfluß behalten und gewinnen will, hätte sie sich niemals in den Schmollwinkel zurückziehen, sondern stets jede Tagesfrage in ihrem Sinne zu behandeln und in die Hand zu nehmen. Kein Augenblick war günstiger als der jetzige. Mit unserer ganzen Eigenthümlichkeit die nationale Seite des Krieges aufgegriffen, hätte uns die Herzen erobert, die Herzen des Volks. Bebel und Liebknecht haben sie uns entfremdet. Führt Liebknecht in dieser Weise fort, so haben wir am Ende des Krieges noch ein Duzend eingefesselter Socialrepublikaner und eine Anzahl Sachsen, die ihres Particularismus wegen die internationale, fernliegende Idee weit lieber haben, als die naheliegende, ihnen aber von 1861 her ihres schwarz-weißen Gewandes wegen widerlich gewordene nationale.

Wahrlich, Geiß, es sieht schlimm aus mit der Partei. Alles, was wir in diesen Wirren hätten erobern können, fällt Anderen zu. Es fehlt nur noch, daß man es betr. Orts versteht, die Arbeiter mit socialistischen Concessionen zu händeln, — die Noth des Augenblicks macht Vieles möglich, — um unsere Existenz geradezu zu vernichten.

Statt Vertrauensvoten in unserem Hirne zu tragen, haben wir uns bemüht, den Fehler wieder gut zu machen. Daher unser in der Sonnabends-Nummer erschienener Aufruf (vom 21. Juli 1870). Er geht gerade durch. Liebknecht aber haben wir geschrieben, daß, falls er nicht in unserem Sinne das künftige Blatt redigirt, auch die Controle-Commission ihn nicht dazu zwingt, wir — wenigstens Spier und ich — unsere Aemter niederlegen, da wir an dem Untergange der Partei nicht mit Schuld sein wollen. Daher die Energie, welche wir Liebknecht gegenüber zur Schau getragen und die ihn zu so dummen Besürchtungen veranlaßte. Der Aufseufz wird ihn curirt haben.

Es ist doch auch endlich an der Zeit, Stellung zu nehmen zu der nationalen Sache und damit uns Einfluß zu gewinnen. Die reine Negation ist in so wichtigen Dingen der Tod!

Freundlichen Gruß!

Dein

Bracke.

Bracke fährt fort: Wenn ich sage, daß wir die Machthaber in unserem Vaterlande „erinnern“ wollten, was dem Volke gebührt, so geht daraus hervor, in welcher Weise wir eine Verbesserung der Zustände erwarteten. Wir glaubten mit Recht, daß alle Verhältnisse erschüttert und geändert werden müßten. Letzteres haben ja auch die Regierungen gethan, — freilich in einer Weise, wie es unsern Erwartungen wenig entspricht. Wenn das Volk sich mehr gerührt hätte, so würde es wohl weit besser geworden sein.

Präsident: Sie sprechen in dem Aufrufe von der rothen Fahne, von Trommelschlag, von Befreiung aus den Banden der Säbelherrschaft und des Geldsacks; das deutet nicht auf friedliche Demonstrationen hin.

Bracke: Die rothe Fahne ist die Fahne der Arbeiterbewegung, Trommelschlag ist bildlich zu nehmen und aus der Aufregung in jener kriegerischen Zeit zu erklären. Alle unsere heutigen Einrichtungen haben einen Druck auszuhalten von dem Militairwesen und der Herrschaft des Capitals. Der Kampf unserer Partei gegen diese Unterdrücker

war durch den Krieg unterbrochen und sollte nach dem Kriege in bisheriger Weise wieder aufgenommen werden. Das war unsere Meinung; doch mag allerdings aus dem Aufrufe mehr herausgelesen werden können. Wir wollen keinen Straßenaufruhr; wir kämpfen einen weit edleren Kampf.

Präsident: Dazu gehört aber doch kein Trommelschlag.

Bracke: Das ist, wie gesagt, nur bildlich zu nehmen.

Präsident: Verstanden Sie unter Geldsack das Capital, d. h. das Gewicht, welches ein großes Vermögen ausübt?

Bracke: Ich meinte überhaupt die heutigen socialen Zustände; ich meinte damit nicht Personen, nicht den Druck, welchen Personen ausüben, sondern, welchen die Verhältnisse ausüben. Durch die Ausdrücke: Säbelherrschaft und Geldsack wollte ich überhaupt nur die heutigen Einrichtungen kurz charakterisiren.

Präsident: Dann hätten Sie sich doch deutlicher ausdrücken sollen, um gefährliche Mißverständnisse zu vermeiden, welche bei den Lesern des Aufrufs leicht entstehen konnten.

Bracke: Es lag mir fern, einen Zeitartikel zu schreiben. Unter Säbelherrschaft verstehen die Leute unsere heutigen militairischen Zustände; den dadurch herbeigeführten Druck wollte ich mit einem einzigen Ausdruck bezeichnen.

R.-R. Morig: Ist dem Angeklagten bekannt, daß man mit den Ausdrücken Säbelherrschaft und Geldsack im gewöhnlichen, wie im wissenschaftlichen Leben ganz bestimmte Begriffe verbindet, welche etwas Herabwürdigendes in sich schließen?

Bracke: Das ist mir unbekannt. Diese Worte werden in unserer Zeitung, der „Volksstaat“, täglich gebraucht, und sie versteht jeder Arbeiter.

Präsident: Der Ausdruck Säbelherrschaft erinnert unwillkürlich an die alte Prätorianer-Wirthschaft.

Bracke: Davon wissen unsere Arbeiter nichts; sie sind sich ganz klar und verstehen das Wort in dem von mir angegebenen Sinne.

c. Der in der Auflage enthaltene Auszug aus dem Manifeste vom 5. September 1870 ist richtig; doch sind die daraus gezogenen Schlüsse wiederum falsch. Allerdings streben wir, die jetzigen Verhältnisse zu ändern, aber nicht in gewaltthamer Weise. Der Ruf: „Es lebe die Republik!“ soll nur unsere republikanische Gesinnung kundgeben. Ich bin der Ueberzeugung: Einst wird die Republik auch in Deutschland eingeführt werden. Aber sie jetzt einzuführen, daran konnten wir vernünftiger Weise nicht denken. Wir wußten sehr wohl, daß unsere Partei eine ganz verschwindend kleine Rolle spielte in der großen politischen Bewegung und konnten auf keine praktischen Erfolge hoffen; doch wollten wir wenigstens eine Kundgebung von uns geben, da wir augenblicklich so sehr in der Minderheit waren. Ich bin von Gesinnung Republikaner, aber ich habe bis jetzt noch nichts gethan, um die Republik in's Leben einzuführen, am Wenigsten auf ungesetzliche Weise.

Präsident: Sie gebrauchen zwei Mal den Ausdruck: „Einheit in der preussischen Kaserne“.

Bracke: Damals waren die Einrichtungen im Militärwesen in Deutschland gemeinsam, und war auch eine weitere Einigung damals nicht zu erwarten. Am 5. September machten wir uns keine Illusionen mehr. Wir hatten die Einheit in dem Militärwesen, kurz gesagt: in der preussischen Kaserne, und hofften nichts weiter. Wir haben diese Einheit nicht einmal bekämpft, sondern vorläufig als unvermeidlich anerkannt. Die einzelnen Ausdrücke des Manifestes könnten allerdings besser gewählt sein, doch mag das die Aufregung der damaligen Zeit entschuldigen.

d. Ich begreife nicht, weshalb die Aufforderung zum geseglichen Handeln in der Nachschrift des Manifestes nicht ernstlich gemeint sein sollte, da wir doch bisher stets legal gewesen sind; sie war sehr ernst gemeint. Ich halte die Annexion von Elsaß und Lothringen allerdings für ein Unglück, und es war Zweck des Manifestes, diese Annexion zu verhindern. Mit unsern wenigen Leuten aber einen Putz zu machen, wäre Blödsinn gewesen. Wir betonten die Nothwendigkeit des Friedens, und ich glaube noch jetzt, daß ein Frieden zu Sedan besser gewesen wäre. Diese unsere Auffassung widerspricht auch durchaus nicht der anfänglichen Strömung in den herrschenden Kreisen. Das wollten wir bezwecken; wir waren aber allerdings in der Minderheit.

e. Den Abdruck der Genfer, Londoner und französischen Manifeste im „Volkstaat“ habe ich nicht zu verantworten.

Die von uns bei der Versendung unseres Manifestes geschriebenen Briefe sind harmlos; wir wollten nur sehen, wie weit der republikanische Sinn ausgebildet sei.

f. Die Auffassung von C. Hirsch in Crimmitschau ist sehr erklärlich. Kurze Zeit vorher hatte in Wien die Verurtheilung von Obermayer und Genossen Statt gefunden. Sie waren zu schwerem Kerker verurtheilt, bloß, weil sie der social-demokratischen Arbeiterpartei angehörten. Hirsch wollte sich den Rücken decken; es war Angstmichelei, und wird er auch wohl jetzt seine Dummheit eingesehen haben. Uebrigens ist auch Hirsch keine Autorität.

Staatsanwalt: Auch Hirsch erwähnt die rothe Fahne, offenbar in dem allbekannten Sinne: Fahne des Bluts, wie sie in den französischen Revolutionen geweht hat.

Bracke: Eine große Menge von Leuten versteht unter rother Fahne etwas Anderes.

g. Von dem Flugblatt: „Forderungen des Volks im Augenblicke der Revolution“ wissen weder ich, noch meine Freunde etwas. Es ist uns nie vorgelegt. Wir möchten wissen, bei wem es gefunden sein soll.

Staatsanwalt: Ich habe die Hausdurchsuchungen nicht selbst geleitet, sondern Beamte der Herzoglichen Polizeidirection hieselbst. Dieses Blatt hat sich unter den von Herzoglicher Polizeidirection mir als beschlagnahmt überlieferten Papieren gefunden. Da die Loyalität des Verfahrens der Herzoglichen Polizeidirection nicht zu bezweifeln ist, so

muß es sich bei einem Mitgliede des Ausschusses gefunden haben; es fehlt aber allerdings die Angabe, bei Wem.

Bracke: Ich muß daran erinnern, daß diese Papiere, bevor sie in die Hände der Herzoglichen Staatsanwaltschaft gelangt sind, einen Umweg über Hannover und Berlin gemacht haben.

Vertheidiger Baumgarten: Ich erkläre, daß hiernach das fr. Blatt kein strafprocessuarisches Material für uns ist.

Staatsanwalt: Ich lege auf das Blatt kein Gewicht, und werde es nicht wieder erwähnen.

2. Verhör des Angeklagten v. Bonhorst.

v. Bonhorst erklärt sich mit den principiellen Aeußerungen Bracke's einverstanden; gesteht die Thatfachen der Anklage zu und bestreitet die Schlussfolgerungen.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird nur Einzelnes mitzutheilen sein. v. Bonhorst erklärte:

Auf dem Eisenacher Congresse theilte ich mich wenig an den Debatten, weil ich zur Mandats-Prüfungs-Commission gehörte. Ich war auch auf dem Stuttgarter Congresse, und hatte im vorigen Jahre auch eine Karte der Internationale. Aus Geschäftsgewohnheit habe ich viele Briefe „Namens des Ausschusses“ unterschrieben, obgleich dieselben nur von mir ausgingen und die anderen Ausschuss-Mitglieder nichts davon wußten. Nur mindestens 3 Ausschuss-Mitglieder konnten einen gültigen Beschluß fassen. Der Bericht an den Generalrath in London ging ganz allein von mir aus und ist in ganz anderer Weise abgesandt, als er ursprünglich abgefaßt war. — Es war unsere Meinung, daß, wenn nach Erledigung der Eisenacher 10 Punkte die Partei noch weitere Forderungen zu stellen habe, hierüber ein späterer Congreß beschließen müsse. Für die Haltung des „Volksstaat“ ist nur der Redacteur, nicht der Ausschuss verantwortlich; nur ein Congreß konnte dagegen einschreiten; ein Einschreiten des Ausschusses würde nur einen Competenz-Conflict hervorgerufen haben.

Staatsanwalt: Die Angeklagten sprechen bei diesem Punkte fortwährend von der Verantwortlichkeit des Blatts den Staatsbehörden und den Pressgesetzen gegenüber, also gewisser Maßen von Verantwortlichkeit nach Außen. Darauf kommt es aber hier gar nicht an. Die Anklage redet von der Verantwortlichkeit nach Innen, der Haltung des Blatts der Partei gegenüber, und folgert daraus, daß Dasjenige, was unter ausdrücklicher oder stillschweigender Billigung des Ausschusses im „Volksstaat“ abgedruckt sei, auch als den Tendenzen des Ausschusses und der Partei entsprechend zu betrachten sei.

v. Bonhorst erklärt ferner:

Ad 4. h. Es mag wohl sein, daß ich die Worte: „Ich bin, was meine Anschauung anlangt, so gut und principiell Socialist und Revolutionair, daß ich vor keiner Consequenz zurückschreke u.“, geschrieben habe. Ich hielt es an der Zeit, daß wir möglichst an der Gesetzgebung

mitzuwirken und so aus dem doctrinären in den praktischen Revolutionarismus herauzutreten hätten; daß wir also die Revolution, welche sich in der neuesten Periode der Industrie vollzogen hat, thätig unterstützen und nicht bloß in Worten Propaganda machen, sondern Leute unserer Anschauung in die gesetzgebenden Körper bringen müßten. „Vorbereitung auf die Gewalt“ soll heißen: wir wollten uns vorbereiten, daß die öffentliche Meinung eine solche Gewalt bekomme, daß uns Niemand mehr widerstehen könne. Eine bestimmte beabsichtigte Handlung liegt nicht in den Worten. Es war ein rein persönlicher, vertraulicher Gedankenaustausch zwischen Bracke und mir.

i. Aus Walfier's Romane wollte ich nur logische Unrichtigkeiten ausmerzen; das kann mir doch kein Mensch verbieten.

Ad 5. a. Mit den Londonern und Pariseren haben wir nur insofern in Verbindung gestanden, als sie uns Beiträge für den „Volksstaat“ lieferten. Daß Eccarius zugleich beim Generalrathe theilhaftig ist, ändert daran nichts.

b. In meinem Briefe vom 14. Juli 1870 mag der Ausdruck Radicalismus unrichtig gewählt sein. Die Kriegsfrage schwebte damals in der Luft; ich fühlte mich veranlaßt, alle meine Kräfte aufzubieten, um den Krieg abzuwenden. Der Ausdruck: „Wir müssen eine Sonde eintreiben“, soll heißen: Wir müssen sehen, wie weit der Wille des Volks erstarkt ist, um zu bewirken, daß solche Schrecklichkeit, wie der Krieg, aufhört. Das empörte Gefühl trieb mich dahin; ich wollte sagen: wir müssen sehen, ob wir nicht den Krieg verhindern können. Wenn Bracke mir antwortete: „Wenn wir morgen Alle im Loch sitzen etc.“, so war das für mich ein Grund, von der Veröffentlichung meines Entwurfs abzusehen. Das Uebrige, was Bracke schrieb, war mir unverständlich. Seine Aeußerung: „Unsere Oberleitung ist international“, habe ich mir so ausgelegt: Unsere Oberleitung ist der internationale Gedanke, der uns beseelt; sie soll bestehen in einem Sympathisiren mit der Idee der Völker-Association. Wir haben stets gegen Völkerkriege agitirt; wenn ich nun sage: „unser Radicalismus soll einer von Fleisch und Blut werden“, so soll das heißen: wir wollen Alles, was in unseren Kräften steht, aufbieten, den Ausbruch dieses Krieges zu verhindern. Ich habe mich damals in Illusionen gewiegt; aber das waren meine Gedanken.

Präsident: Wenn man Ihren Aufruf und Brief und Bracke's Antwort unbefangen liest, so denkt man, es sei Ihre Meinung gewesen, daß das bisher Besprochene nur ausgeführt werden solle.

v. Bonhorst: Sie vindiciren uns, daß wir uns verabredet hätten, an einem bestimmten Tage mit den Waffen loszuschlagen. Dies ist nicht indicirt. Es wäre Unsinn gewesen, mit unseren platten Fäusten gegen die geordneten Heere loszugehen, zumal in solchem Momente.

Präsident: Ich sage nicht, daß ich diese Auffassung habe; ich sage nur: man könnte zu dieser Ansicht kommen.

v. Bonhorst: Das ist eine individuelle Auffassung. Wenn man unsere Ausdrücke in ein anderes Jahr verlegte, so könnte man wohl zu solcher Auffassung kommen.

Präsident: Was verstehen Sie unter Radicalismus?

v. Bonhorst: Ich wollte damit ausdrücken, was ich eben auseinandergelegt habe. Wir wollten die Partei der Völkerverbrüderung sein. Das verstand ich damals darunter.

Kreisrichter Morig: Ist Ihnen bekannt, daß das Wort Radicalismus im gewöhnlichen Sprachgebrauche einen ganz andern Sinn hat?

v. Bonhorst: Man versteht im gewöhnlichen Leben wohl darunter, wenn Jemand der strengsten Opposition huldigt, welche sich in den gesetzgebenden Körpern ausdrückt, z. B. die äußerste Linke. — Es ist in bewegten Zeiten keiner Partei so schwierig, als der unfrigen, das richtige Gleis inne zu halten, weil wir am wenigsten in der Presse vertreten sind. In den anderen Parteien wird, da ihnen viele Zeitungen zu Gebote stehen, jedem Einzelnen durch die Zeitungen seine Richtschnur vorgeschrieben. In damaligen Zeiten sahen wir uns nach sympathischen Gemüthern um. Bracke meinte deshalb, es sei gut, bei Marx anzufragen; er meinte dessen sympathische, ideelle Oberleitung. Wir wollten hören, was uns ein guter Freund riethe. Da ich von einer factischen Oberleitung nichts wusste, so wunderte ich mich damals allerdings über diesen Ausdruck, und schrieb ihn auf Rechnung von Bracke's damaliger fränklichen und gereizten Stimmung. —

d. Ich habe Agitationsreisen gemacht.

Ad 6. Ich war auf dem Stuttgarter Congresse und erstattete Bericht über die Thätigkeit des Ausschusses. Sonst betheiligte ich mich wenig an der Debatte.

Ad 7 a. Wenn die Anklage sagt, ich hätte in der Turnhalle meinen republikanisch-internationalen Anschauungen Ausdruck verliehen, so ist dem nicht so. Ich erwähnte nur der Demagogen-Miecherei nach den Freiheitskriegen in den Jahren 1815—1826, welche uns statt der versprochenen Freiheiten zu Theil wurde. Ich sagte, das deutsche Volk solle darauf halten, daß die freieitlichen Versprechungen dieses Mal auch erfüllt würden, und verlas zum Schluß ein Manifest der französischen an die deutschen Arbeiter.

b. Mit dem Aufrufe vom 24. Juli 1870 war ich einverstanden. Spier ist dabei nicht betheiligt. Die Ausdrücke Säbelherrschaft und Geldsack sind prägnante Bezeichnungen, jeder Arbeiter weiß, was darunter zu verstehen ist. Säbelherrschaft bedeutet das Ueberwuchern einer Einrichtung, die eigentlich nur dazu geschaffen ist, die Grenzfreiheit aufrecht zu erhalten, die aber jetzt schon der Menschheit zum Schaden gereicht, indem sie dahin geführt hat, daß neun Elftel des ganzen Staatseinkommens für das Militair verwendet werden. Geldsack bedeutet die Macht, welche in den in früheren Zeiten aufgehäuften Capitalien liegt. Ich glaube nicht, daß etwas Verächtliches darin zu finden ist.

c. Mit dem Manifeste vom 5. September 1870 war ich einverstanden.

d. Die Mahnung zur Gefezlichkeit betreffend bemerke ich, daß, wenn ich Freunde auffordere, etwas zu thun, so geschieht es, damit sie es thun, nicht, damit sie es nicht thun.

e. Es ist nicht verboten, republikanisch gesinnt zu sein. Wie ich früher den Ausbruch des Krieges verhindern wollte, so wollte ich jetzt durch die Gewalt der öffentlichen Meinung die von mir als unheilvoll betrachtete Annexion von Elsaß und Lothringen verhindern.

f. Von Hirsch wundert mich nur, daß er nicht noch mehr, als 10 Jahre Spinnen in dem Manifeste gefunden hat.

3. Verhör des Angeklagten Spier.

Spier erklärt:

Mit den Auslassungen Bracke's und v. Bonhorst's bin ich zum Theil und meistens einverstanden. Der Ausschuß hatte keinen Einfluß auf die Haltung unseres Blattes; seine Befugnisse in Bezug auf das Blatt sind in Nr. XVIII. der Organisation bestimmt vorgezeichnet und beziehen sich nur auf äußere Dinge: Bestimmung des Gehalts zc. Dies ist allerdings ein Mangel unserer Organisation, welchem man jüngst auf dem Dresdener Congresse durch Einsetzung einer Redactions-Commission abzuhelpen gesucht hat.

Ueber den Begriff: „freier Volksstaat“ habe ich Folgendes zu sagen: Die Berichte über den Eisenacher Congreß sind sehr kurz abgefaßt. Für mich ist der Begriff: demokratisch, viel weiter gehend, als der Begriff: republikanisch. So z. B. gelten in der Republik Hamburg weit reactionairere Bestimmungen, als z. B. in Baden. Es giebt Monarchien, z. B. England, mit unbeschränktem Vereins- und Versammlungsrecht. Auch die Militairgesetzgebung ist freier in England, als in Hamburg. Nach meiner Anschauung werden sich die Rechte des Volks immer mehr im constitutionellen Königthum entwickeln, und lassen sich alle 10 Punkte des Eisenacher Programms in Monarchien einführen. So hat schon z. B. in Norwegen der Monarch kein absolutes Veto mehr, sondern nur ein suspensives. Das Vorschlagsrecht durch das Volk ist nur eine Erweiterung des bestehenden Petitionsrechts. Das Verwerfungsrecht ist bereits vom Kaiser Napoleon in den Plebisiten eingeführt gewesen. Unter freiem Volksstaat verstehe ich die Regierung des Volks durch das Volk, nicht durch einzelne Classen, wie solches z. B. bei dem Drei-Classen-Wahlssystem geschieht. Wenn die gesetzgebenden Körper aus freiem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen sind und die angedeuteten freien Institutionen daneben bestehen, so ist für mich schon der freie Volksstaat vorhanden. Ich lege auf demokratische Einrichtungen weit mehr Gewicht, als auf eine formale Republik, wie solche in Hamburg besteht. Doch glaube ich, daß in einer Anzahl von Jahrzehenden oder vielleicht in einem Jahrhundert aus dem Kampfe der gesetzgebenden Gewalten Preußens eine Republik sich entwickeln wird.

In der Turnhalle war ich am 16. Juli 1870 nicht und habe auch an dem Aufrufe vom 24. Juli 1870 keinen Theil, weil die Eisen-

bahnverbindung zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel wegen der Militairzüge gestört war. Bracke's Artikel in Nr. 5 des „Volksstaats“ de 1870 (Nr. 4. f. der Ankl.) geht mich nichts an. Die Begriffe Reform, Revolution und rothe Republik hat Bracke richtig in Lafalle's Sinne erläutert und so versteht es auch die Partei, die mit Lafalle's Schriften vertraut ist. (Spier verliest Stellen aus zwei Schriften Lafalle's: „Die Wissenschaft und die Arbeiter“ und „Arbeiterprogramm“, Definitionen dieser Ausdrücke enthaltend, und constatirt der Staatsanwalt, daß die eine Stelle aus einer Vertheidigungsrede Lafalle's gegen eine Anklage genommen ist.) Den Krieg hielt ich nach Napoleon's Verhalten für nothwendig; nicht so Bracke. Dann kam Trigsche hierher und trat meiner Ansicht bei. Dadurch wurde auch Bracke umgestimmt. Deshalb verdamnten wir den von Bonhorst entworfenen Aufruf. Unter Bracke's Aeußerung: „internationale Oberleitung“ kann, wenn überhaupt ein Sinn darin liegen soll, nichts Anderes verstanden werden, als daß unsere ganze geistige Autorität international ist. Diese Stelle ist schwer erklärlich und hat auf mich den Eindruck des Unsinn's gemacht. Der Unsinn liegt darin, daß von einer Ordre gesprochen wird; der Ausschuß würde doch nicht verpflichtet gewesen sein, einer Ordre zu gehorchen. — Das Manifest vom 5. Septbr. 1870 sah ich erst, als es schon in der Druckerei war. — Ich warnte Bracke, ich hielt das Manifest nicht für zweckmäßig, weil ohne Aussicht auf Erfolg und wegen des bestehenden Belagerungszustandes. Als ich nun das Manifest wirklich las, fand ich es ziemlich harmlos, und war ja auch nicht im Stande, gegen die drei zustimmenden Ausschußmitglieder die Publication zu hindern. — Ich war auf den Congressen in Basel und Stuttgart, aber nur kurze Zeit.

4. Verhör des Angeklagten Kühn.

Kühn bezieht sich auf die Erklärungen der übrigen Angeklagten, und sagt:

Ich war auf dem Congresse in Eisenach, aber noch in der Schweizer'schen Partei. Am 8. Januar 1870 trat ich in die social-demokratische Arbeiter-Partei und wurde im Juli 1870 in den Ausschuß gewählt; war also nur zwei Monate darin. Im Ausschusse habe ich nichts weiter gethan, als den Vorsitz geführt; im Secretariats- und Kassengeschäfte hatte ich mich nicht zu bekümmern. Den Aufruf vom 24. Juli und das Manifest vom 5. Septbr. 1870 habe ich genehmigt. In der Turnhalle war ich als Zuhörer. Ich bin nicht Mitglied der Internationalen; auch sind mit meinem Wissen keine Beschlüsse über Verkehr mit der Internationalen gefaßt. Ich habe Agitationsreisen nach Schöningen, Helmstedt und Andreasberg gemacht, theils wegen der Reichstagswahlen, theils wegen anderer Parteizwecke.

Schluß der Verhandlungen am 23. November.

Am folgenden Tage begann die

Beweisaufnahme.

Der Staatsanwalt läßt nur einen Anklagezeugen vernehmen, den hiesigen Polizei-Assessor W. Pockels, und wünscht von demselben einen historischen Ueberblick über die Arbeiterbewegung in Braunschweig zu hören. Zeuge wiederholt, was in dieser Beziehung die Anklage enthält und sagt ferner:

Die Arbeiterbewegung seit dem Jahre 1865 personificirt sich hier in Bracke, der anfänglich fast ausschließlich Vortrührer in den Arbeiter-Versammlungen war und für allgemeines Wahlrecht plaidirte. Die Sache hatte aber wenig Zug; es wurden daher äußere Anziehungsmittel gebraucht, „große“ Volksversammlungen ausgeschrieben, Umzüge veranstaltet zc. Die Volksversammlungen wurden wohl von einigen Hundert Personen, darunter manchen Neugierigen besucht, blieben aber ohne Wirkung; von den 6—8000 Fabrikarbeitern und Gewerkegehülsen hiesiger Stadt gehörten etwa 150 zum Vereine. Als einmal in einer Volksversammlung Bracke über Mangel an Bethheiligung klagte, und ihm entgegnet wurde, daß käme daher, weil es im Allgemeinen den hiesigen Arbeitern, welche fleißig wären, recht gut ginge, suchte Bracke den Leuten begreiflich zu machen, daß es ihnen eigentlich recht schlecht gehe, und daß ihnen die Behörden und die besitzenden Classen feindlich gegenüber ständen. Wenn einmal ein Arbeiter durch die Verfügung einer Behörde getroffen war, so stellte Bracke es so dar, als ob diese Verfügung nur deshalb erlassen sei, weil der Betreffende ein Arbeiter sei. Im Jahre 1867 veröffentlichte Bracke eine vollständig verdrehte Darstellung des Verfahrens der hiesigen Herzogl. Polizei-Direction gegen bettelnde Handwerksgejellen, und beschuldigte die Polizei der Willkür, so daß in Folge dieser Aufreizung die Herzogl. Polizei-Direction sich veranlaßt sah, die Meinung des Publikums in einem veröffentlichten Erlasse zu berichtigen, auch an Herzogl. Staats-Ministerium Bericht zu erstatten. — Als im Reichstage bei der Berathung des Gesetzes über die Aufhebung der Beschlagnahme der Arbeitslöhne kein Mitglied in die betr. Commission gewählt war, wurde auf Bracke's Veranlassung in einer Volksversammlung eine Resolution gefaßt, in welcher Mißachtung des Reichstages ausgesprochen wurde. Seit dem Eisenacher Congresse nahmen Bracke's Aeußerungen zu in ihrer Unverträglichkeit und in dem Bestreben, die Arbeiter mit ihrer Lage unzufrieden zu machen und gegen die Behörden und andere Gesellschaftsclassen aufzureizen. Dazu wurden Thatfachen entstellt und geradezu Mißachtung gepredigt. — Bei Gelegenheit des Verkaufs der Braunschweiger Eisenbahnen wurde eine Volksversammlung veranstaltet und eine von einer Deputation zu überreichende Petition an den Herzog beschlossen, in welcher dieser gebeten wurde, das Ministerium zu entlassen und die Landstände aufzulösen, weil dieselben nicht mehr das Vertrauen des Volks besäßen. Bracke beantragte, die ganze Versammlung möge der Deputation nach dem

Schlosse folgen. Ich erklärte darauf Bracke, das sei ein Massenaufzug, und werde die dazu erforderliche polizeiliche Genehmigung versagt. Bracke theilte diese meine Eröffnung der Versammlung mit und fügte hinzu, er müsse es nun den Versammelten überlassen, ob Jeder als Einzener sich der Deputation anschließen wolle. Darauf schrien Mehrere: „Alle mitgehen!“ Doch trat ein verständiger Arbeiter auf und machte auf die Gefährlichkeit solchen Beginns aufmerksam, so daß denn auch nur Wenige sich der Deputation anschlossen. — Als der Kaiser die Station Börßum passirte und dort von Braunschweiger Bürgern begrüßt wurde, soll sich Bracke nach einer mir von dem betr. Polizeibeamten gemachten Meldung in einer Versammlung sehr verächtlich über diese Bürger ausgesprochen haben. Ich habe öfters bemerkt, daß Bracke in seinen Reden mehrdeutige Ausdrücke gebraucht hat, welche dann von seinen Zuhörern jubelnd begrüßt wurden.

Von den übrigen Angeklagten weiß Zeuge nichts Erhebliches. Kühn hat nur seinen Namen hergegeben und ist in Bezug auf Parteibestrebungen eine Null. Ueber die Abführung der Angeklagten nach Löben hat der „Volksstaat“ die größten Unwahrheiten berichtet und sich nicht geschaut, die größten Beleidigungen gegen obere und untere Polizeibeamte auszusprechen. Wer diese Berichte verfaßt hat, weiß ich nicht.

Die Angeklagten gerathen über diese Zeugenaussage in sehr große Aufregung, und die Verteidiger protestiren dagegen, daß die hier befundeten Thatsachen, welche gar nicht in der Anklage ständen, in das jetzige Verfahren hineingezogen würden. Wolle das Gericht diese Aussagen berücksichtigen, so beantragten sie, das Verfahren auf mindestens 4 Wochen hinauszuschieben, um Gegenbeweis-Zeugen herbeischaffen zu können. Sie bäten um einen Beschluß des Gerichts über diesen Zwischenfall.

Der Staatsanwalt erklärt, daß er selbstverständlich damit einverstanden sei, daß von denjenigen durch den Zeugen Pockels befundeten Thatsachen, welche nicht in der Anklage ständen, Nichts in den Wahrspruch aufgenommen werde.

Der Gerichtshof beschließt, daß die Aussagen des Zeugen über Thatsachen, welche nicht in der Anklage ständen, nicht mit in den Wahrspruch aufgenommen werden sollten.

Sodann werden die von Bracke vorgeschlagenen Entlastungszeugen vernommen und sagen aus:

1) Professor W. Assmann. Bracke war mein Schüler auf dem Collegium Carolinum hieselbst; er war ein guter Schüler, hielt gern Vorträge und machte gern schriftliche Aufträge. Später habe ich ihn auf einem Turnfeste reden hören, wobei nichts Politisches vorkam. In der gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen gehaltenen Volksversammlung habe auch ich geredet und Bracke opponirt. Ich bin fest überzeugt, daß Bracke bei seinen Bestrebungen keine eigennützige oder selbstsüchtige Zwecke verfolgt; ich bin von seinem guten Herzen überzeugt; er meint es wohl mit den Arbeitern. Er hat sich durch vieles Lesen von Lassalle'schen Schriften ganz in diese Ideen hineingelebt, so daß er

es als seinen Lebensberuf ansieht, Alles für die Arbeiter zu thun. Ich traue ihm zu, daß er Nichts scheuen würde, wenn es auf Verwirklichung seiner Ideen ankäme. Ich zähle ihn somit zu den Schwärmern.

2) Kunst-drechsler Assmus, jetzt Colporteur des „Braunschweiger Volksfreund“, war Mitglied des aufgelösten social-demokratischen Localvereins hieselbst. Er sagte: Bracke wies in den Versammlungen stets darauf hin, auf dem Wege des Gesetzes vorzugehen.

3) Metall-dreher Müller war Präsident des aufgelösten social-demokratischen Localvereins hier, handelt jetzt mit social-demokratischen Schriften. Er sagte: Bracke wollte den Arbeitern helfen, aus ihrer Noth zu kommen und sie über ihre Lage aufklären. Er sagte nie: Ihr müßt Gewalt gebrauchen, sondern: wir können die äußersten Grenzen des Gesetzes betreten, aber dürfen nie darüber hinausgehen. Spier kenne ich mehrere Jahre, da ich bis vor 2 Jahren in Wolfenbüttel wohnte. Wir gründeten dort vor etwa 6 Jahren einen Arbeiter-Bildungsverein. Auch von Spier hörte ich nie etwas Gesegwidriges.

4) Kaufmann Nicks hieselbst, der den social-demokratischen Bestrebungen ganz fern steht, sagte: Ich kenne Bracke seit dem Jahre 1861 und ist er mir seitdem ein lieber Freund geworden. Wir waren Beide im Männer-Turnverein, auch 5 Jahre lang Führer in der Turner-Feuerwehr, später mußte er seiner Gesundheit wegen austreten. Jede Sache, welche Bracke einmal ergreift, betreibt er mit großem Eifer und Energie; so hat er auch in der Feuerwehr glänzend gewirkt. Ebenso eifrig hat er sich an anderen menschenfreundlichen Bestrebungen, an der Pflege der Verwundeten u. dergl. betheiligt. Es liegt ein idealer Zug in seinem ganzen Wesen. Eigennutz ist ihm fremd.

Der Rest des zweiten Verhandlungstages wurde mit Verlesung von Beweisdocumenten ausgefüllt, aus denen wir das Wichtigste bereits in den Bericht über das Verhör der Angeklagten eingeschaltet haben.

Am 25. November währte die Sitzung wiederum von Morgens 9 Uhr bis Abends 7 Uhr mit kurzer Mittagspause, und wurde diese ganze Zeit von den

Plaidoyers

in Anspruch genommen. Zuerst sprach der Staatsanwalt zur Begründung der Anklage (1 $\frac{3}{4}$ Stunden), dann die drei Verteidiger (jeder etwa dieselbe Zeit), und endlich wurde den Angeklagten selbst das Wort ertheilt. Wir theilen den wesentlichen Inhalt dieser Reden im Folgenden mit.

Rede des Staatsanwalts.

Meine Herren!

Es ist Ihnen gestern und vorgestern eine solche Menge von Material zur Beurtheilung vorgelegt, daß ich einige Zeit zweifelhaft gewesen bin, nach welchem Systeme ich dasselbe bei der Begründung meiner An-

klage am zweckmäßigsten benutzen könnte. Ich könnte Sie bitten, mir nochmals zu folgen in die Details der Anklage, um Ihnen an den einzelnen Thatfachen die behaupteten Gesetzesverletzungen nachzuweisen; oder ich könnte mich darauf beschränken, die Eindrücke, welche die Ihnen vorgeführten Einzelheiten auf Sie gemacht haben werden, nochmals in großen Zügen zusammenzufassen und Ihnen so ein Bild zu zeigen von dem republikanisch-revolutionären Treiben der Angeklagten und ihrer Partei. Auf dem ersteren längeren Wege muß ich fürchten, Sie, meine Herren, durch nochmalige Wiederholung bekannter Dinge zu ermüden; auf dem zweiten, kürzeren Wege bin ich dem Vorwurfe von Seiten der Verttheidigung ausgesetzt, daß ich es mir bequem gemacht und die Sache oberflächlich behandelt hätte. Aus Achtung vor dem verehrten Gerichtshofe habe ich mich für den zweiten Weg entschieden.

Werfen wir nun zunächst einen Rückblick auf die Bestrebungen der social-demokratischen Arbeiter-Partei, soweit dieselben in den letzten Jahren in die Erscheinung getreten sind, so erkennen wir deutlich zwei Epochen derselben, — nicht, was das innere Wesen dieser Bestrebungen betrifft, sondern die äußere Erscheinung derselben. Diese beiden Epochen scheiden sich von einander am 1. Januar dieses Jahres.

In der ersten Epoche kämpfte diese Partei für ihre Ideen hinter geschlossenem Visir; sie fürchteten noch die Strafbestimmungen der in den verschiedenen deutschen Ländern geltenden Criminalgesetzbücher über Hochverrath und Landesverrath; sie wagten noch nicht, das, was sie wollten, offen beim rechten Namen zu nennen, und versteckten ihre Pläne hinter unschuldig klingenden, nur den Eingeweihten verständlichen Redewendungen. Nur zuweilen geschah es, — und das sind eben die in der Anklage hervorgehobenen Momente — daß das Visir ein wenig gelüftet wurde, und somit ein Einblick gestattet war in das verborgene, innere Leben und Treiben der Partei. Es war dies die Epoche der geheimen Wählereien, geheim — trotzdem daß sie in Druckschriften und Volksversammlungen betrieben wurden, — deshalb, weil man nicht offen die Sache mit dem richtigen Namen zu nennen wagte und sich hinter euphemistischen Redewendungen verstecken zu müssen glaubte.

Die zweite Epoche begann mit der Gültigwerdung des Bundes Strafgesetzbuchs, indem die Partei nunmehr glaubte, daß ihr gesetzlich soviel Rede- und Pressfreiheit gestattet sei, daß sie straflos ihre Umsturz-Pläne vor aller Welt enthüllen und offen dafür wirken könnte. Von diesem Zeitpunkte an begann der Kampf der Partei mit offenem Visir!

Diese Wandelung der Sprachweise der Social-Demokraten finden Sie, meine Herren, seit dem Anfange dieses Jahres in jedem öffentlichen Auftreten der Parteiführer; die Tagesblätter, die Reichstagsverhandlungen zeigen dieses deutlich. Da nun nicht anzunehmen steht, daß der Geist, welcher diese Partei beseelt, in der letzten Neujahrsnacht ein anderer geworden sei, so folgt mit Nothwendigkeit, daß das, was die Partei im vorigen Jahre versteckt betrieben, und was sie in diesem Jahre offen ausgesprochen hat, Eins und dasselbe ist; daß durch das

offene Treiben dieses Jahres das geheime Treiben des verflossenen Jahres in das rechte Licht gestellt ist. Was aber die Partei in diesem Jahre gethan hat, brauche ich Ihnen nicht zu sagen; das haben Sie täglich in den Zeitungen gelesen.

Ein zweiter heller Lichtschein wird auf das vorigjährige Parteitreiben geworfen durch die Ergebnisse der Hausdurchsuchungen, welche im September v. J. bei den Parteiführern gehalten wurden. Es sind dadurch die geheimen Correspondenzen der Parteiführer bekannt geworden; ein kleiner Theil derselben ist Ihnen gestern vorgeführt, und Sie werden mir zugestehen müssen, daß durch diese Correspondenzen ein recht heller Lichtstrahl auf das Treiben der Partei geworfen ist. Hierdurch erklärt sich auch die, vielleicht Manchem auffallende Thatsache, daß vor dem Bekanntwerden dieser Enthüllungen die Polizei- und Gerichtsbehörden an vielen Orten die Partei in ihrer Tagespresse und ihren Versammlungen frei sich bewegen ließen, und daß erst jetzt ein Theil von dem, was damals ungehindert geschehen ist, mit in die Anklage hineingezogen ist. Wir sehen dies eben erst jetzt in dem richtigen, wahren Lichte.

Die nächste Veranlassung zu der gegenwärtigen Untersuchung und Anklage gab das vielbesprochene Manifest vom 5. September v. J. Um dieses Manifest richtig zu verstehen, muß ich Sie bitten, mit mir einige Jahre in der Geschichte zurückzugehen.

Im Jahre 1864 wurde zu London die internationale Arbeiter-Association gegründet mit dem ausgesprochenen Zwecke, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Schon bei der Gründung wurde als unumgänglich notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes die Eroberung politischer Macht hingestellt. Dieser Gedanke wurde im Generalrathe und auf den verschiedenen internationalen Congressen immer weiter entwickelt, und man gelangte dahin, es ferner als nothwendig hinzustellen: die ganze heutige Gesellschaft umzugestalten resp. umzustürzen, da mit unseren jetzigen Begriffen von Besitz, Eigenthum, Erbrecht und dergleichen die erstrebte Beglückung der Arbeiter nicht zu erreichen sei; ferner nothwendig, die republikanische Staatsform einzuführen, nicht etwa die Formen der Hamburger Republik, welche Angeklagter Spier hier angezogen hat, sondern die rothe Arbeiter-Republik, die europäische Föderativ-Republik. Daß dieses Alles nur im Wege der Revolution, der rohen Gewalt möglich ist, das ist sowohl Karl Marx, einem tüchtigen, wissenschaftlich gebildeten Manne, wie den übrigen Führern sehr klar und unzweifelhaft. Mit diesen wenigen Worten ist, glaube ich, die Internationale charakterisirt; ich darf voraussetzen, daß Ihnen Näheres über die Internationale aus der neuesten Literatur bekannt ist, und wenn auch die Blätter der Geschichte über diese Verbindung noch nicht geschlossen sind, so dürfen doch obige Thatsachen als feststehend betrachtet werden. Ich erinnere Sie, meine Herren, hier an die Erklärung, welche die spanischen Cortes am 10. November d. J. nach 4wöchigen Discussionen mit 192 gegen 38 Stimmen laut der Zeitungsberichte abgegeben haben, und welche also lautet:

„Die Internationale ist eine Gefahr für die Gesellschaft, weil sie die individuelle Freiheit bedroht, Gott, die Familie, das Eigenthum und den Staat angreift. Die Minister werden aufgefordert, sich diesem neuen Einbruch der Barbarei mit allen gesetzlichen Mitteln zu widersetzen.“

Die Anklage behauptet nun einen Zusammenhang der Internationalen mit der Pariser Commune. Es sei fern von mir, alle Schandthaten der Commune auf Rechnung des Londoner Generalraths zu setzen. Aber — ich zweifle nicht, daß auch Sie, meine Herren, mir das zugestehen — ein Zusammenhang ist da. Namhafte Führer der Commune, — ich erinnere an Blanqui, Delescluze, Felix Pyat, bekannt schon durch ihre Thaten unter der rothen Fahne von 1848 — waren Mitglieder der Internationalen. Die Angeklagten haben sehr frappirt darüber gethan, daß die Commune in der Anklage genannt ist. Dazu hatte die Anklage ein Recht. Ich erinnere an Nr. 46 des Parteiorgans: „Der Volksstaat“ von 1871, wo es heißt: „Leset unsere Parteiorgane, Ihr Herren Bourgeois! Wir sind und erklären uns solidarisch mit der Commune!“ — Das ist nicht mißzuverstehen!

Im August 1869 wurde nun auf dem Eisenacher Congresse die social-demokratische Arbeiterpartei gegründet. Dieser Verein erklärt sich sofort in seinen Statuten geradezu „als Zweig der internationalen Arbeiter-Association, sich deren Bestrebungen angeschlossen“, allerdings, wie die Angeklagten richtig sagen, mit dem Zusatz: „so weit es die Gesetze gestatten“. Nun sagen die Angeklagten weiter: Da die hiesigen Gesetze den Anschluß des einen Vereins an den anderen nicht gestattet hätten, so habe derselbe auch nicht stattgefunden; ihre Partei sei beim Generalrathe in London nicht als Section der Internationale angemeldet und einregistrirt. Aber, meine Herren, auf diesen formellen, äußeren Anschluß der beiden Vereine an einander legt die Anklage wenig Gewicht, obgleich auch diese vorhanden war; denn es bestand ja nachgewiesener Maßen ein reger Geschäftsverkehr zwischen den Vorständen beider Vereine. Die Hauptsache ist: die social-demokratische Arbeiter-Partei setzt in ihren Statuten fest: sich den Bestrebungen der internationalen Arbeiter-Association anschließen zu wollen, d. h. also, wiederum vollständig klar: Eure Ziele sind unsere Ziele! Mit anderen Worten: **Die Bestrebungen, die Tendenzen der social-demokratischen Arbeiter-Partei sind identisch mit denen der Internationalen!** Diese Ueberzeugung, meine Herren, werden Sie gestern gewonnen haben.

Diesem Programme gemäß gingen nun beide Vereine neben einander Schritt vor Schritt weiter. Die Deutschen resolvirten in ihren Versammlungen und auf ihren Congressen im Sinne der Internationalen. Ich erinnere an die Stuttgarter Beschlüsse über Abschaffung des Erbrechts und des Sonder-Eigenthums am Grund und Boden. Beide Vereine erstrebten die Beseitigung der Monarchien, die Einführung der Arbeiter-Republik, die Beseitigung der Landesgrundgesetze, in denen (wie bei uns

in den §§. 2. 3. 5. 32.) die monarchisch erbliche Regierungsform festgestellt und jedem Einwohner Sicherheit der Person, des Eigenthums und seiner übrigen Rechte gewährleistet ist. Diese statutenmäßig feststehende Identität ihrer Bestrebungen mit der Internationalen ist auch hernach von der social-demokratischen Arbeiter-Partei und den Angeklagten selber, wie Sie gehört haben, vielfach bethätigt. Der Ausschuß im Ganzen und in seinen einzelnen Mitgliedern hat einen lebhaften Geschäftsverkehr unterhalten mit den Führern der Internationale, mit Karl Marx in London, mit Joh. Phil. Becker in Genf, sowie mit dem bekannten Republikaner Dr. Ladendorf, der viele und lange Briefe schreibt, um die Partei zur Action zu treiben und sogar 4000 Frs. für die deutsche Republik aus dem Revolutionsfonds schickt. Wenn nun jetzt Bracke einen Brief Ladendorf's producirt, den dieser auf seine Veranlassung vor einigen Tagen geschrieben hat, so werden Sie mit mir finden müssen, daß dieser letzte Brief mit den früheren Briefen nicht in Uebereinstimmung zu bringen ist. Ladendorf hat offenbar nicht mehr gewußt, was er vor Jahren geschrieben, und hat seine hiesigen Freunde in möglichst günstigem Lichte darzustellen versucht.

Die Angeklagten selbst haben die Oberleitung des Generalraths anerkannt.

Ich erinnere an die deutliche Erklärung Bracke's im Juli 1870: „Unsere Oberleitung ist international und wird schon bestimmen, wann's Zeit ist. Wir aber haben so lange einfach zu schweigen, gegebenen Augenblicks aber zu gehorchen“. Meine Herren, soll ich noch etwas sagen über die Anstrengungen der Angeklagten, diese Stelle weg zu interpretiren? Der Verfasser selbst erklärt seine eigenen Worte für Unwahrheit und Unsinn; seine Freunde wollen darin die Oberleitung des internationalen Gedankens finden. Ich glaube, Ihnen gegenüber ist jedes weitere Wort über diese erfolglosen Interpretations-Versuche überflüssig.

Die Angeklagten waren ferner auch durchaus nicht zweifelhaft darüber, daß die praktische Durchführung ihrer Ideen auf keinem andern Wege möglich sei, als auf dem Wege der Revolution, d. h. mittelst der rohen Gewalt der ausgewählten Proletarietmassen, und daß der Anstoß zu solcher Revolution, wie 1848, von Paris kommen müsse. Der Westwind, sagt Bracke im Juli 1870, wird auch nach Deutschland den Blitz und Donner tragen, wenn in Paris ein kräftiges Gewitter die Luft reinigt. Ist die Partei einig, so haben wir heute schon die 100,000 Mann, welche Lassalle für nothwendig hielt, und vielleicht mit majestätisch ruhigem Ernste, oder mit wild wehendem Lockenhaar wird dann die Revolution vollzogen werden, deren Ziel die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, und die Einführung des social-demokratischen Volksstaats sein wird, der rothen Republik! Ich erinnere ferner an Bracke's Aeußerung, daß, weil keine Aussicht zur friedlichen Erreichung ihrer Ziele vorhanden, die Vorbereitung auf die Gewalt nothwendig sei. Ich erinnere endlich an ähnliche Aeußerungen Bonhorst's und an Geib's Märchen von

der Schlange und dem Baume mit goldenen Früchten, der gefällt werden muß. — Ich will nicht alle einzelnen, in der Auflage aufgeführten Stellen noch einmal ausdrücklich erwähnen; ich verwahre mich jedoch gegen die mögliche Schlussfolgerung, daß, weil ich verschiedene Stellen der Anlage hier nicht angezogen, ich dieselben als unwichtig fallen lassen wolle.

Ferner bitte ich Sie, meine Herren, in Ihr Gedächtniß zurückzurufen, daß kurz vor dem Ausbruche des deutsch-französischen Krieges in Paris, in der Vorstadt Pantin, eine Arbeiter-Revolution unter der rothen Fahne ausbrach, welche mit Waffengewalt unterdrückt werden mußte. Dies Ereigniß ist nicht unwichtig zum Verständniß des Folgenden.

Befolgen wir uns nun zurück in die Tage des Juli vorigen Jahres! Napoleon's frivole Kriegserklärung war erfolgt. Wir verlebten einige Tage in banger Erwartung. Die Südstaaten erklärten und bekräftigten ihre Bundestreue. Rasch sammelte sich das gewaltige, einige deutsche Heer; die Truppen rückten ein in Frankreich; rasch folgte Sieg auf Sieg unter dem Bundes-Oberfeldherrn, in welchem wir Alle schon damals die Verkörperung deutscher Einheit, den deutschen Kaiser zu erblicken glaubten. Da kam der Tag von Sedan. Der französische Kaiser war geschlagen und gefangen. Ich erinnere Sie, meine Herren, an die allgemeine Begeisterung, an den lauten Jubel durch alle Gauen Deutschlands. Ein Jeder schätzte sich glücklich, diesen glorreichen Tag erlebt zu haben. Nur die Internationalen, die „Vaterlandslosen“, wie sie sich selber nennen, theilten diesen Enthusiasmus nicht. Auch sie waren in Unruhe und Aufregung; aber aus ganz anderen Gründen. Auch sie erwarteten, daß sich große Dinge in der Weltgeschichte vollziehen würden; aber sie erwarteten nicht ein siegreiches, einiges deutsches Kaiserreich, sondern Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer eigenen, revolutionär-republikanischen Ideen; sie lagen auf der Lauer, wartend auf den günstigen Moment, ihre Beute zu erfassen und zu vernichten. Diese Beute war: die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung.

Hiernach betrachten wir nun die Kundgebungen des Ausschusses während des Krieges. Die erste war die Einladung zur Volksversammlung am 16. Juli. Schon in dieser Einladung wird nicht etwa gesagt: es gilt, einen frechen Angriff auf die Unabhängigkeit, Ehre und Integrität unseres Vaterlandes zurückzuweisen; — sondern Bracke sagt: „es gilt dem gemeinsamen Kampfe der Völker gegen jede Unterdrückung!“ Die hierin ausgesprochene Tendenz des Kampfes ist wohl zu beachten. In dieser Volksversammlung wird eine Resolution gefaßt, welche die Hoffnung ausspricht, daß, nachdem sich die französische Nation ihres Tyrannen entledigt, auch die deutsche Nation sich bald im wahren Volksstaate freiheitlich einigen möge. In dem Aufrufe vom 24. Juli wird schon die Hoffnung auf den social-demokratischen Volksstaat ausgesprochen. Hier tritt das eigentliche Trachten der Partei schon deutlicher hervor. (Vergl. S. 31). Es wird in diese Kundgebungen eben noch so viel Nationalgefühl hineingemischt, als zur Bekämpfung des französischen Kaisers nöthig ist; doch wird vor dem Uebermaße von Nationalgefühl

gewarnt; es wird schon die rothe Fahne entfaltet und von dem lustigen Trommelschlag zu neuem Kampfe zur Befreiung der Arbeiter aus den Banden der Säbelherrschaft und des Geldsacks gesprochen. Sobald in Napoleon der gefährlichste Gegner besiegt ist, **dann** sollen diese neuen Kämpfe der Besitzlosen gegen die Besitzenden kommen!

Weiter entwickelten sich die Geschehnisse. Es kam der Tag von Sedan. Der Kaiser war gestürzt; die Republik war in Paris erklärt; unsere Vaterlandslosen durften hoffen, daß diese Republik die rothe werden würde, denn von London aus war Alles vorbereitet, waren die Arbeitermassen aufgewühlt. Jetzt schien ihnen der Tag nahe herangerückt zu sein, an welchem die rothe Republik, nachdem sie in Frankreich einigermaßen festen Fuß gefaßt, auch in Deutschland verkündet werden könne. Der Augenblick schien günstig. Unsere deutschen Heere standen in Frankreich und hatten, wie wir wissen, noch schwere Kämpfe zu bestehen. Dazu diese enorme Masse von französischen Gefangenen in Deutschland, welche einer sozialistischen Revolution leicht eine tüchtige Stütze werden konnten. Da erließ der Ausschuß sein Manifest und sagt darin: (Redner verliest die S. 31 abgedruckte Stelle). Betrachtet man diese Situation, wie sie am 5. September war, so kann nicht bezweifelt werden, daß der Ausschuß den Zeitpunkt für gekommen oder nahe herangerückt hielt, um, nach Befestigung der rothen Republik in Frankreich, auch in Deutschland in gleicher Weise vorzugehen. Das Manifest sollte die Brandfackel der Revolution sein und in 10,000 Exemplaren hineingeschleudert werden in die Massen des Proletariats! Kein Putsch, kein Straßenkrawall war beabsichtigt; davor wird ernstlich gewarnt; sondern ein massenhaftes Vorgehen aller Orten und zu gleicher Zeit, das war die Absicht. In diesem Sinne haben auch andere Führer der Partei das Manifest verstanden. Hirsch in Grimnitzchau hat das sehr deutlich ausgesprochen.

Die Angeklagten sagen nun, es wäre Wahnsinn gewesen, damals, zur Zeit der höchsten militairischen Machtentfaltung eine Revolution anzuzetteln. Sie haben darin Recht und mögen dies auch wohl jetzt einsehen, aber damals — und wenn sie wirklich mit Inbrunst an die Wahrheit ihrer Ideen glauben, wie sie sagen — war es sehr wohl möglich, daß sie in ihrer Schwärmerei hofften, etwas Praktisches zu erreichen. Uebrigens vermindert diese Aussichtslosigkeit nicht die Strafbarkeit ihres Beginns.

Ich habe zunächst jetzt noch einige Bemerkungen einzuschalten, bevor ich mich zur rechtlichen Beurtheilung der Sache wende. Wenn die Angeklagten Gewicht darauf legen wollen, daß ihr Verein in Eisenach domicilirt gewesen sei, so ist mir diese Komödie vollständig gleichgültig; in Eisenach ist nach dem Congresse meines Wissens nichts geschehen; aber was die Vereinsmitglieder einzeln und im Ausschusse hier gethan haben, dafür sind sie dem hiesigen Strafgesetze verantwortlich. — Es wird mir zum Vorwurf gemacht, daß ich Seite 20 der Anklage die Nr. II. 6 des Programms unrichtig citirt und die Worte: „soweit es die Gesetze gestatten“ weggelassen hätte. Ich habe bereits nachgewiesen, daß hierauf Nichts ankommt; wesentlich ist der stattgehabte Verkehr

und die Identität der Tendenz beider Vereine. — Auch Nr. XVIII. der Organisation (Seite 22) soll ich nicht beachtet und ungenau citirt haben. Ich glaube bereits nachgewiesen zu haben, daß der Ausschuß allerdings die über der Redaction des „Volksstaat“ stehende Instanz und für die Haltung des Blattes responssabel ist. — Die Angeklagten erklären die Worte: Revolution, Gewalt, Oberleitung, rothe Fahne, Säbelherrschaft, Geldsack zc. auf eine ganz eigenthümliche Weise und beziehen sich theilweise auf das, was Lassalle dieserhalb, jedoch in einer Vertheidigungsrede, gesagt hat. Wenn auch das Unglaubliche wahr sein sollte, daß die Angeklagten diese Worte in dem von ihnen angegebenen Sinne verstanden hätten, so ist doch hier maßgebend, daß die Angeklagten wissen mußten und den Umständen nach nicht anders annehmen konnten, als daß ihre Zuhörer und Leser diese Worte in dem gewöhnlichen, vulgären Sinne auffassen, und demnach eine Aufforderung und Anreizung zu ungesetlichen Handlungen darin finden würden. — Daß die rothe Fahne, wie wir sie aus den französischen Revolutionen als die Fahne des Bluts kennen, jetzt die Fahne der Liebe geworden sein soll, das glaube, wer mag! —

Der Staatsanwalt zieht sodann aus allen vorliegenden Thatfachen die Schlussfolgerungen, wie solches in dem Resumé der Anklage geschehen ist, hebt u. A. hervor, daß die Schmähung von Staatseinrichtungen in den Ausdrücken: Säbelherrschaft, Einheit in der preussischen Kaserne, eine Strafe zc. zu finden sei, und beantragt, demgemäß den Wahrspruch abzugeben, in denselben aber sämtliche Thatfachen der Anklage speciell aufzunehmen.

Sodann wendet sich der Staatsanwalt zu der rechtlichen Beurtheilung der Sache und zur Subsumtion der einzelnen erwiesenen Thatfachen unter die allegirten Strafgesetze. Es wird ein specieller Bericht über diese Erörterungen hier übergangen werden können. Nur Folgendes sei bemerkt: Die herangezogenen Strathaten sind im vorigen Jahre unter der Herrschaft des Braunschw. Criminal-Gesetzbuchs gegangen, und werden in diesem Jahre unter der Herrschaft des Bundes-Straf-Gesetzbuchs abgeurtheilt. Hierdurch entstehen besondere Schwierigkeiten. Die Strathaten müssen solche sein, welche sowohl das ältere, als das neue Gesetz mit Strafe bedroht. Das mildere Gesetz ist alsdann anzuwenden. Der Staatsanwalt erörtert dann die früheren und die jetzigen Strafvorschriften über Hochverrath und Vorbereitung des Hochverraths, ferner über Aufreizung, Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze, Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten, Schmähung von Staatseinrichtungen zc., sowie die in der Anklage angezogenen Vereinsgesetze; entwickelt auch den Unterschied der Begriffe: Anstiftung, Aufforderung und Anreizung, mit besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses der §§. 110 und 111 des Bundes-Straf-Gesetzbuchs zu einander. (Vergl. Oppenhoff's Commentar zu allen diesen Gesetzesstellen.) Von besonderer Wichtigkeit in diesem Falle ist die Frage der Anwendbarkeit des §. 110 und dessen Verhältniß zu den §§. 81—86 des Bundes-Straf-Gesetzbuchs. Die Stellung der An-

klage zu dieser Frage ist folgende: Zur Erfüllung des Thatbestandes der §§. 81—86 gehört eine bestimmte, in ihrer concreten Gestaltung genau erkennbare, gewaltthame Handlung; es genügt nicht der Nachweis, daß das ganze Streben der Angeklagten auf gewaltthame Einführung der Republik, auf den Umsturz alles Bestehenden gerichtet gewesen ist, sondern es hätten die Angeklagten bereits zur Vorbereitung einer bestimmten zweckentsprechenden Handlung, durch welche jene Pläne unmittelbar ausgeführt werden sollten, gelangt sein müssen, um gegen sie wegen Vorbereitung des Hochverraths procediren zu können. Es müßte also z. B. vorbereitet sein, die Staats-Domänen oder die Landescasse gewalttham in Besitz zu nehmen, oder ähnliche concrete Handlungen. Dies ist die für uns maßgebende Ansicht des Ober-Staatsanwalts und des Anklage-Senats des Herzogl. Obergerichts zu Wolfenbüttel. (Beiläufig bemerkt haben die königl. Sächsischen Gerichtsbehörden das Bundes-Straf-Gesetzbuch anders interpretirt. Diese haben erkannt, daß durch das auf gewaltthame Einführung der Republik gerichtete Treiben Bebel's und Liebknecht's, welches ungefähr mit der Handlungsweise unserer Angeklagten auf einer Linie steht, das Verbrechen der Vorbereitung des Hochverraths indicirt sei.) Folgt man nun der Ansicht der hiesigen Oberbehörden, so kann man doch unmöglich annehmen, daß das Bundes-Straf-Gesetzbuch alle revolutionairen Antriebe, welche der Vorbereitung einer ganz speciellen Umsturz-Handlung nothwendig vorhergehen, das Aufwühlen und Organisiren der Massen, die Aufforderungen, sich aus den jetzigen drückenden Zuständen zu befreien, die Tyrannei des Militair-Despotismus und der Classenherrschaft gewalttham abzuschütteln u. s. habe straflos lassen wollen. Das ist aber auch nicht geschehen, sondern es bildet der §. 110 die nothwendige Ergänzung des §. 86, indem derselbe die allgemeine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze (z. B. Landesgrundgesetze; — der höchste Grad von Ungehorsam gegen diese Gesetze ist der gewaltthame Umsturz derselben) mit Strafe bedroht. Sind die vorbereitenden revolutionairen Handlungen noch im Stadium der Allgemeinheit geblieben, so sind sie ein Vergehen (§. 110), nehmen sie eine concrete Gestalt an (§. 86), so werden sie Verbrechen. Aus dieser allgemeinen Aufforderung des §. 110 hebt dann wieder §. 111 einen speciellen Fall heraus, die Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung, d. h. einer concreten (individuellen und als solche erkennbaren), den Thatbestand einer Straftat erfüllenden Handlung. Diefemnach erscheint §. 110 auf den vorliegenden Fall anwendbar.

Der Staatsanwalt erwähnt dann noch der anzuwendenden Grundsätze über Concurrenz von Vergehen und Mitthäterschaft und bemerkt, daß, obgleich Spier an dem Aufzuge vom 24. Juli 1870 nicht theilhaftig sei, doch Bracke, Bonhorst und Spier gleich strafbar erschienen, während Kühn nur 2 Monate im Ausflusse gewesen und geringere Thätigkeit gezeigt habe, also minder strafbar sei. Der bereits ausgesprochene Antrag der Vertheidigung, die Untersuchungshaft der Angeklagten für eine unverschuldete zu erklären, sei nicht begründet, weil die Angeklagten da-

maß militairisch internirt gewesen und die Verhütung von Collusionen, sowie die große Zahl der angezeigten Verletzungen der Strafgesetze die Haft während der Dauer der Voruntersuchung nothwendig gemacht habe; die ferner angeregte dreimonatige Strafverjährung könne sich nur auf §. 4 und 22 des Braunschw. Gesetzes vom 4. Juli 1853 beziehen, welcher für die Verbindung mehrerer Vereine unter einander 8—14 Tage Gefängniß, also jezt Haft androhe. Die Verjährung sei nicht abgelaufen, doch werde auf diesen unbedeutenden Punkt kein Gewicht gelegt.

Der Staatsanwalt beantragt: Gegen Bracke, v. Bonhorst und Spier eine Gefängnißstrafe von je einem Jahr sechs Monaten, gegen Kühn eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten zu erkennen, die Angeklagten zur Bezahlung der Untersuchungskosten zu verurtheilen und die Confiscation und Vernichtung der noch vorhandenen Exemplare des Manifestes vom 5. Septbr. 1870 auszusprechen.

Vertheidigungsrede des Obergerichts-Advocaten Leiste für Bracke. *)

Redner beginnt damit, daß er die außergewöhnlichen Schwierigkeiten darlegt, welche in dem vorliegenden Falle sich der Vertheidigung entgegenstellen. Diese Schwierigkeiten liegen zunächst in dem massenhaft angehäuften Stoff. Eine weitere Schwierigkeit entsteht dadurch, daß die Form die Bewältigung des Stoffes erschwert. Während sonst bei jeder Anklage bestimmte Handlungen der Angeklagten hervortreten, als Das, worin die Strafwürdigkeit enthalten sein soll, werden hier etliche Handlungen der Angeklagten mit etlichen Handlungen dritter Personen combinirt, und bei diesen wie jenen Handlungen ist vielfach unklar, wiewern dieselben bloß der Erläuterung wegen als historische Thatfachen referirt, wiewern in ihnen in irgend welcher Beziehung ein Verschulden der Angeklagten gefunden wird — und, sofern dies Letztere indicirt ist, bleibt wieder zweifelhaft, wiewern darin direct eine strafwürdige Schuld vorliegen soll, oder nur ein Anzeichen für eine schlimme Gesinnung, aus der dann weiter auf criminelle Schuld geschlossen werden könne. Und ebenso zweifelhaft ist gelassen, gegen welches Strafgesetz diese oder jene Handlung verstoße, oder vielmehr, ob die vielen angezogenen Strafgesetze auf alle die Thatfachen bezogen sind. Aber die Undurchsichtigkeit der Form ist es nicht allein, was die Bewältigung erschwert. Eine weitere sehr erhebliche Schwierigkeit entsteht dadurch, daß die angeblich strafgesetzwidrigen Handlungen in das Jahr 1870 fallen, wo das Braunschweigische Criminal-Gesetzbuch galt, die Beurtheilung aber im Jahre 1871 erfolgt, wo das Norddeutsche Bundes-Straf-Gesetzbuch gilt, und daß nach Maßgabe dieses letzteren die Bestimmungen des Braunschweigischen Gesetzbuches nur insoweit anzuwenden sind, als sie in das neue Strafgesetz übergegangen sind, und die des neuen Strafgesetzes wieder insoweit, als

*) Die folgenden Reden sind der social-demokratischen Zeitung „Braunschweiger Volksfreund“ entnommen.

sie bereits in dem Braunschweigischen Criminal-Gesetzbuche enthalten waren, daß demnach die hier fraglichen Strafgesetzwidrigkeiten zu bemessen sind nach einer aus zwei verschiedenen, sich keineswegs einfach deckenden Strafgesetzgebungen erst zu construierenden strafgesetzlichen Nichtsahnur. Bei solcher Sachlage muß der Vertheidiger allerdings zweifeln, ob er beim besten Willen seiner Aufgabe gerecht werden kann. Der Vertheidiger ist mit seinem Clienten Bracke nicht gleichen Sinnes. Er hat die Vertheidigung desselben nur übernommen, weil er von früherher mit ihm gut bekannt ist. Bei der eigenthümlich gestalteten Sachlage wird es aber auch dem Vertheidiger erlaubt sein, mehr wie je an die Möglichkeit eines Irrthums des Gerichts zu denken und auf den Schutz der Angeklagten gegen solchen Irrthum Bedacht zu nehmen. Die Wege dazu sind ja freilich ein- für allemal durch die Strafprocessordnung gewiesen. Aber gerade, weil diese nur das eine Mittel der Nichtigkeitsbeschwerde kennt, weil ferner mit dieser der Wahrspruch nicht anzufechten, in Bezug auf diesen vielmehr der erste Richter gleichsam souverän ist, doch aber die Grenze Dessen, was in den Wahrspruch, und Dessen, was in das Urtheil gehört, wie überhaupt so besonders in dem hier vorliegenden Falle etwas Schwanfendes haben dürfte, wird die Bitte gestattet sein, im vorliegenden Falle diese Grenzlinie zwischen Wahrspruch und Urtheil mit äußerster Vorsicht zu ziehen, im Zweifel aber den Grenzstreit zu Gunsten des Rechtspruchs, zu Ungunsten des Wahrspruchs zu entscheiden, auch überall da, wo der Inhalt des Wahrspruchs auf Schlußfolgerungen beruht, dies deutlich erkennbar auszudrücken. Hauptgrundlage der Anklage ist der gegen die Angeklagten gerichtete Vorwurf republikanisch revolutionärrer Tendenz. Dieser Vorwurf der Tendenz überwuchert die ganze Anklage. Selbst das Résumé läßt deutlich ersehen, welch' schweres Gewicht die Anklage darauf legt.

Die Art, wie der Nachweis der Anklage geführt wird, ist als unstatthaft zurückzuweisen. Zunächst ist der Vorwurf in dem Sinne, in welchem ihn die Anklage erhebt, nicht erwiesen; wäre er es aber auch, würde er für sich allein doch keinerlei Vergehen constatiren. Die den Angeklagten beigezeichneten äußeren Handlungen, sofern dieselben an sich nicht als strafgesetzwidrig gelten können, dürfen nicht dadurch zu Vergehen gestempelt werden, daß der zu ihrer Strafgesetzwidrigkeit erforderliche dolus, um der anderweit gegen die Angeklagten nachgewiesenen republikanisch revolutionären Tendenz willen, gleichsam von Außen in die äußere Handlung hinein interpretirt wird. An gewaltsamen Umsturz ist nicht gedacht worden. Die geschwungenen Heugabeln, von denen Laffalle sagt, daß sie in seinem Falle der Staatsanwalt gesehen habe, sind Kinder spiel im Vergleich Dessen, was im vorliegenden Falle der Staatsanwalt erblickt hat. Mehrmals hat er das Bild der Commune gesehen, und ihm zufolge ist es auf Blutvergießen und allerhand Gräueltaten seitens der Angeklagten abgesehen gewesen. Eine solche Tendenz muß der Vertheidiger entschieden ablehnen. Zwar will er seinen Clienten nicht als das Muster der Ruhe und Ordnung hinstellen, da manches in moralischer Beziehung wohl hätte unterbleiben können; allein sein

Client hat nichts gethan, was im juristischen Sinne strafbar wäre. Die Tendenz Bracke's ist lediglich gegangen auf die Herstellung des freien Volksstaats in Deutschland und auf Förderung der Arbeiterinteressen durch Erstrebung einer internationalen Arbeiter-Association. Als letztes Ideal ist wohl auch die Republik, und zwar die rothe Republik, im Gegensatz zu der den Arbeiter-Interessen nicht gerecht werdenden blauen, im Hintergrunde gewesen, und hat dafür mit gesetzlichen Mitteln agitirt werden sollen. Die Vorstellung des Angeklagten hat durchgeschimmert, daß Aenderungen eintreten werden in Folge einer von Außen kommenden Gewalt. So beschaffen ist des Vertheidigers Auffassung von der Wahrheit. Das Weitergehende, wie der Staatsanwalt, kann er nicht finden. Die Handlungen, die Bracke beigemessen werden, will der Vertheidiger jetzt durchgehen.

Erstens liegt der Brief vor, worin von dem Westwinde die Rede ist und worin es heißt, daß Napoleon ein Knie auf die Brust gesetzt werden müsse. In dieser Aeußerung liegt die Hoffnung auf freiheitliche Entwicklung in Deutschland als Rückwirkung von dem Sturze des Kaisers in Frankreich. Eine solche Bewegung ist bereits 1830 und 1848 auch ohne Gewalt gekommen. Bracke drückt dies in seinem schwunghaften Styl als Blitz und Donner aus, die der Westwind herüber nach Deutschland tragen werde. Zweitens hat Bracke in einem in Nr. 5 des „Volksstaat“ des Jahres 1870 abgedruckten Artikel gesagt: „Ist die Einheit der Partei hergestellt, so haben wir heute schon die 100,000 Mann, die Lassalle für nothwendig hielt, und vielleicht mit majestätisch-ruhigem Ernste im gesetzgebenden Körper, oder mit wildwehendem Lockenhaar wird dann die Revolution vollzogen werden, deren Ziel die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Einführung des social-demokratischen Volksstaats sein wird, der rothen Republik“. Hier ist als das Wichtige der Stelle die Einigung der Partei zu betonen, woraus die Wirksamkeit der Partei folgen soll. Das Endziel ist allerdings die Republik und zwar die rothe Republik, d. h. die Berücksichtigung der Arbeiter-Interessen nach socialistischen Grundsätzen. Revolution ist deutlich im Lassalle'schen Sinne gemeint, als Durchführung eines Princips oder wesentliche Aenderung des Bestehenden. Die Einrede der Angeklagten ist nicht schlechthin abzuweisen. Wenn der Staatsanwalt gesagt hat, daß Lassalle diese Erklärung ebenfalls in einer gerichtlichen Vertheidigungsrede angeführt habe, so ist zu bedenken, daß er als wissenschaftlicher Mann sprach und zugleich den Philosophen Schelling für sich citirte. Für Bracke's Aufrichtigkeit in dieser Beziehung sprechen manche ganz gewichtige Gründe. So ist er durch das Studium der Lassalle'schen Schriften zu dieser Auffassung der Revolution gekommen, zumal, da er, wie ein Zeuge (Nieds) hier aussagte, tief in die Nächte hinein über diesen Büchern gegessen hat. An blutige Revolution hat Bracke nicht gedacht. Das sicherste Zeichen ist, daß er ausdrücklich von den gesetzgebenden Körpern spricht. Den Ausdruck „Lockenhaar“ hat er Lassalle entlehnt und dadurch wiederum gezeigt, daß er die Revolution im Lassalle'schen Sinne gemeint hat. Diese Deutung ist die richtige und

wird auch von seinen Zuhörern verstanden. Er sagt also: „wenn Das und Das geschehen ist, habe ich Hoffnung auf die Zukunft in meinem Sinne“. Roth als Symbol der Liebe aufzufassen, ist etwas ganz Gewöhnliches. Roth ist schon im alten Deutschland die Farbe der Liebe gewesen. Bracke hat also die ideale Republik der Liebe gemeint. Er spricht vom Endziel, vom Ideal. Diese Deutung entspricht Bracke's Natur. Jedenfalls hat er nicht von unmittelbarer Gewaltthat gesprochen. Die Erklärung, welche Bracke bezüglich der Stelle: „Vorbereitung auf Gewalt“ gegeben, harmonirt mit dieser seiner Auffassung. Drittens. Die im Briefe an Bonhorst vorkommende Stelle: „Vorbereitung auf Gewalt“ (Anlage 4 g.) meint nicht die Vorbereitung zur Gewalt, nicht das Wollen der Gewalt, sondern ist nur eine Betonung der Möglichkeit, daß eine von dem Angeklagten nicht herbeigeführte Gewalt eintritt. Sodann muß erwogen werden, daß die fragliche Aeußerung nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war und keine Aufforderung an Andere enthielt, sondern nur durch die polizeiliche Hausdurchsuchung an die Oeffentlichkeit kam. Der vierte Vorwurf wird gegen Bracke wegen seines Briefes an Walster gerichtet. Hier handelt es sich aber bloß um einen Roman, und zwar um einen unfertigen Roman; der Brief war nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt und der Roman wurde nicht vollendet. Der fünfte Punkt betrifft die Communication mit Ladendorf.

Freilich hat Ladendorf verlangt, daß das dem Ausschusse geschickte Geld für die Einführung der deutschen Republik verwandt werde; allein Bracke hat versichert, daß er an Ladendorf zurückgeschrieben hat, dies könne nicht stattfinden, worauf sich Ladendorf hierbei beruhigte. Die schlimmere Deutung ist also geschwunden. Wie aus den Briefen Ladendorf's zu schließen, scheint dieser den Mund recht voll zu nehmen und bei Weitem mehr ein Schwäger zu sein, als ein wirklicher Revolutionair. Uebrigens ist Ladendorf allem Anscheine nach ein Gegner der rothen Republik. Jedenfalls findet er die Bestrebungen von Marx, des Secretairs des Londoner Generalraths der Internationale, verkehrt und unwirksam, wie aus den Briefen erhellt. Der sechste Punkt, welcher zum Vorwurf gemacht wird, ist, daß Bracke auf dem Eisenacher Congresse die politische Agitation empfohlen hat. Diese Empfehlung ist nicht in dem angezogenen Umfange für die Tendenz zu verwerthen. Bracke hat bloß betont, daß die Partei in ihrem Interesse wissen müsse, daß die Arbeiter ihr Interesse beurtheilen können, wenn große, vielleicht revolutionaire Ereignisse eintreten; davon, daß Revolution herbeigeführt werden soll, ist Nichts gesagt. Die siebente Handlung, welche die Anlage vorbringt, bildet die Einladung zur Volksversammlung vom 16. Juli 1870, worin die Stelle enthalten ist: „Es gilt dem gemeinsamen Kampfe der Völker gegen jede Unterdrückung; es gilt der Befreiung Frankreichs, Europa's von seinem schändlichsten Tyrannen.“ Diese Stelle besagt offenbar nur: an der Befreiung Frankreichs von dem Tyrannen Napoleon ist ganz Europa, sind sämtliche Völker interessirt.

Der achte Punkt der Anklage gegen meinen Clienten wird in der Resolution vom 16. Juli gefunden. Die betreffende Stelle lautet: „Und

so möge es denn der französischen Nation gelingen, sich in einer großen That des Tyrannen und seiner Helfershelfer zu entledigen! Und möge auch für die deutsche Nation bald der Augenblick kommen, wo sie, im wahren Volksstaate freiheitlich geeintigt, den Bruderbund mit der französischen Nation besiegeln kann“.

Durch diese Stelle wird wiederum die freiheitliche Entwicklung des Volks ausgedrückt. Daß unter wahren Volksstaate eine Republik zu verstehen sei, ist rein willkürliche Annahme. Von gewaltsamen Mitteln ist Nichts gesagt. Bei Bracke ist der nationale Gedanke in Liebe vereinigt mit dem internationalen Gedanken, mit dem der Brüderlichkeit. Bracke hat gerade gegen Liebknecht diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertreten. Dieser Standpunkt findet sich überall, in der Einladung zur Volksversammlung wie im Manifest, gewahrt. Bracke betont bald die eine, bald die andere Seite, je nachdem man ihm in der einen oder andern Richtung zu weit zu gehen scheint. Indem Bracke eine ideelle Natur ist, dient er in dieser Bewegung als mäßigendes Element.

Der neunte Punkt ist der Aufruf vom 24. Juli 1870. In demselben ist die Hoffnung auf das Durchbringen der Demokratie und des Socialismus ausgedrückt, wenn Napoleon beseitigt ist. Der letzte Satz giebt in schwunghafter Redeweise dasselbe wieder. Wenn es heißt, daß die Proletarier aller Länder sich sammeln, die rothe Fahne vorgetragen, die Trommel gerührt werden solle, so ist das nicht eigentlich, sondern bildlich zu nehmen und so zu verstehen, daß nach Erledigung der ersten Kämpfe die innere Entwicklung im Sinne der Demokratie und des Socialismus wieder vor sich gehen wird und daß eine kräftige Regsamkeit der Arbeiter bezüglich Wahrnehmung ihrer Interessen gehofft und erwartet wird. Die rothe Fahne ist das Zeichen der socialistischen Richtung. Die Anlage geht fehl; denn die nationale Idee kommt noch am Schlusse vor. Daß Geldsack und Säbelherrschaft bloß die Ueberwucherung bedeuten, scheint mir nicht unmöglich. Wenn von Trommelgewirbel gesprochen wird, so ist nicht an die wirkliche Trommel gedacht, sondern nur ein Bild der Zeit gebraucht. Der Aufruf mußte ja einen gewissen Schwung haben. Zudem ist wohl zu berücksichtigen, daß in der betreffenden Stelle ja immer noch Machthaber vorausgesetzt werden. Draftische Ausdrücke sind bei socialistischen Leuten häufig.

Der zehnte Punkt, das Manifest vom 5. September 1870, betont immer die nationale Seite, indem es darin heißt: Es lebe Deutschland! Aber die Freude über das verjüngte Deutschland soll die Arbeiter nicht an der Wahrnehmung ihrer Interessen und an der internationalen Gemeinsamkeit hindern. Das Vorhandensein republikanischer Form in Spanien und Frankreich legt die Hoffnung nahe, daß das Ideal, die Republik, wenn dasselbe auch jetzt noch nicht zu erreichen ist, dennoch schließlich erreicht werden können. Nichts wird gesagt von gewaltsamem Streben nach Republik, Nichts von gewaltsamen Mitteln, vollends Nichts von Mord, Brand und Schreckensregiment. Nirgends ist gesagt, daß die monarchische Einrichtung fortgeschafft werden soll. Bei der

Deutung muß man das Ganze zusammenfassen. Thut man das, so gelangt man zu immer milderen Gründen der Beurtheilung.

Vor Allem darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß Bracke immer offen aufgetreten ist. Ein Revolutionair dagegen ist verschlossen und schwagt nicht vorher aus, was er ausführen will. Auch ist, wenn den Angeklagten die Absicht einer gewaltsamen Erhebung schuld gegeben wird, wohl zu beherzigen, daß diese Unterstellung schon desshalb ganz unwahrscheinlich ist, weil die Mittel zur Inswerksetzung einer gewaltsamen Revolution keineswegs vorhanden waren. Die Monarchie stand damals in Deutschland auf dem Höhepunkte ihrer Macht. Wird jedoch, um die Wahrscheinlichkeit zu begründen, eingewendet, daß damals die sämtlichen deutschen Heere in Frankreich standen und eine Menge französischer Kriegsgefangenen in Deutschland waren, so ist zu erwidern, daß der Nachschub oder die Ersatzbataillone noch in zahlreicher Menge bei uns im Lande standen, daß Vogel von Falckenstein über eine ganz bedeutende Macht verfügte und daß dagegen die Zahl der französischen Gefangenen in der Zeit, um welche es sich hier handelte, noch sehr gering war. Jedenfalls stand in Deutschland damals eine so gewaltige Heermasse, daß Niemand an ihre Bewältigung denken konnte. Und wie sah es damals mit der Partei selbst aus! Dieselbe war, wie aus zahlreichen Briefen hervorgeht, damals, sozusagen, recht auf den Hund gekommen. Es fehlte ihr an Geld und wiederum an Geld. Somit konnte von der Absicht einer gewaltsamen Erhebung gar nicht die Rede sein. Die Sache hätte einigermaßen immer noch Sinn, wenn Bracke damals zur nationalen Bewegung eine schnurstracks oppositionelle Stellung eingenommen hätte. Aber Bracke sympathisirte bis zu einem gewissen Grade mit der nationalen Bewegung. Der Zeuge Professor Affmann hat hier an dieser Stelle ausgesagt, er habe Bracke sagen hören, daß dieser sich mit der Herstellung des Kaiserreichs befreunden könne. Bezüglich der Colportagekassette hat Bonhorst anerkannt, daß er sie allein führte. Karl Heinzen, dessen Schrift angezogen worden ist, ist Gegner der Partei.

Es wird das Programm der social-demokratischen Partei hervorgehoben; allein in diesem Programm ist nichts Ungegesetzliches enthalten. Was Liebknecht geäußert, war dessen persönliche Ansicht. Rittinghausen hat sehr richtig gesagt, daß das Wort demokratisch correcter die freisinnige Haltung der Partei bezeichne, als republikanisch, da es auch sehr undemokratische Republiken geben könne. Der Antrag Löwenstein's, statt Volksstaat Republik zu setzen, wurde in Eisenach ohne Debatte abgelehnt. Was das anstößige Referendum ans Volk anbelangt, so hat schon Spier dargelegt, daß dasselbe mit dem Fortbestande der Monarchie recht gut denkbar sei. Was sonst von den parlamentarischen Körpern beschlossen wurde, soll beim Referendum endgültig durch das Volk selbst entschieden werden. Mir scheint, sagt der Bertheidiger, indem er seine persönliche Ansicht hierüber kundgibt, daß darin, insofern es in kleinen Staaten eingeführt werden soll, ein vernünftiger Gedanke liegt. Allerdings haben es die Social-Demokraten allgemein einführen wollen; aber

in den Köpfen dieser Leute leuchtet die Welt überhaupt anders. Eine demokratische Monarchie enthält doch Nichts von Gewalt und Schreckensherrschaft! Der Polizei wurde das Parteiprogramm vorgelegt und sie hat Nichts dagegen zu erinnern gefunden.

Im Programm der Internationale ist gleichfalls nichts Ungelegliches enthalten. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Internationale seiner Zeit wohlthätig gewirkt, indem sie die Verwickelung Englands in den amerikanischen Krieg verhinderte. Auf das Entschiedenste ist von der Internationale der gesetzliche Standpunkt betont worden. Von hochverrätherischer Tendenz ist in ihrem Programm Nichts enthalten. Uebrigens hat damit Bracke Nichts zu thun. Ebenso ist von Bebel, Geib und „Volkstaat“ auf Bracke kein Schluß zu machen. Die Haltung des „Volkstaat“ ist immer schwankend gewesen; die in der Anklage angeführten Punkte stehen zerstreut in vielen Nummern und sind durch viele Zeitungen hindurch gegangen. Es ist nicht erwiesen, daß die Angeklagten vorher Kenntniß von den Stellen des „Volkstaat“ gehabt haben. Es ist auch nicht bewiesen, daß sie auf die Redaction des „Volkstaat“ haben einwirken können. Sie haben zwar einmal einwirken wollen; allein ihr Versuch ist schließlich gescheitert.

Die Anklage sucht ihre Hauptbegründung in der inneren Natur der Sache. Sie urtheilt: ein verständiger Mensch, wie Bracke, könne unmöglich erwarten, daß die Sachen sich mit gesetzlichen Mitteln durchführen lassen, und er müsse sich sagen, daß, wenn die Massen, die er in seiner Hand hält, losbrechen und ihm nicht mehr gehorchen, dann ganz heillose Zustände kommen werden. Dieses Raisonnement wird noch verstärkt durch Bracke's Bekenntniß, daß er sich auch den Eintritt von Gewalt denken könnte und daß er thatsächlich Mitglied der Internationale war, worin manche revolutionaire Elemente steckten. So ungefähr ist die Deduction der Anklage. Indes ist hierbei übersehen, daß eine solche Berechnung von Schwierigkeiten nur stattgefunden haben könnte, wäre ein gesunder Egoismus zur Stelle gewesen. Allein bei den Angeklagten findet, wo der Socialismus in's Spiel kommt, keine Berechnung der Schwierigkeiten statt, wie bei uns Alltagsmenschen. Man sehe doch unsere Soldaten an! Diese dürfen ebenfalls keine verständige Berechnung haben; bei ihnen verhindert die Idee der Pflicht jede Berechnung. In Bracke waltet die Idealität der allgemeinen Menschenliebe vor, behuf Bekämpfung der gewaltigen Noth der Masse, und zwar nicht allein behuf Bekämpfung der Noth in ihren einzelnen Erscheinungen, sondern auch zur Bekämpfung des Grundes der Noth. Uebrigens haben sich in neuerer Zeit viele hervorragende Männer mit der socialen Frage beschäftigt. Professor Huber und Professor Schaeffle, der neuliche österreichische Minister, haben sich gegen Schulze-Delitzsch für Lassalle ausgesprochen. Der Mainzer Bischof Ketteler und die Lords in England haben sich gleichfalls der Hebung des Nothstandes zugewandt. Auch die Bismarck'sche Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat der Arbeiterbewegung häufig ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Zeichen der Anerkennung seitens der gebildeten Welt bezüglich der socialen Frage sind äußerst häufig. Die Regierungen

haben die Kinderarbeit verboten, sie haben den Schulzwang eingeführt u. dergl.

Die allgemeine Menschenliebe wendet häufig Leute diesen Bestrebungen zu. Männer von bedeutendem Vermögen haben sich ernstlich mit der Nothlage des vierten Standes beschäftigt. So Lassalle und so Marx, der Schwager des preussischen Ministers v. Westphalen. Im Alterthum ist bei den Griechen Solon in dieser Hinsicht zu nennen. Vom Heiland der Christen ist der Ausspruch bekannt, daß ein Kameel eher durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in das Reich Gottes komme. Beim Angeklagten ist's gewiß, daß er, frei von jedem Egoismus, von dieser allgemeinen Menschenliebe durchdrungen ist. Nach der Zeugenaussage des Professors Asmann ist er wohlhabend, fleißig, energisch und handelt nach innerster Ueberzeugung. Solche Leute, wie er, dürfen und können keine Schwierigkeiten sehen, sie müssen von der Möglichkeit geselliger Durchführung sein und daran glauben. Ist ja doch gar schon Manches, wie z. B. das Coalitionsrecht, erreicht worden. Von Spier ist bekannt, daß er ursprünglich Schulzeaner gewesen ist und nur in Folge neu erlangter Ueberzeugung sich dem Lassalleanismus zugewandt hat. Solche Leute erblicken in der Masse den leidenden Bruder, der sich auch nur von der Idee erfüllen lassen wird.

Die in der Anklage enthaltene Behauptung der Solidarität fällt zusammen. Unter den verschiedenen Fractionen und Personen der Social-Demokratie herrschten Feindseligkeiten. Man darf daher nicht dem Einen zur Last legen wollen, was Andere gethan haben. Ein weitgehendes System muß darum, weil es weit geht, noch nicht die Geselligkeit ausschließen. Auch im Christenthume der ersten Zeit finden wir schon den Communismus. Aus der Apostelgeschichte ist bekannt, daß Ananias und sein Weib mit dem Tode bestraft wurden, weil sie hinterlistig Eigenthum behalten hatten. Man darf Leute, die aus Liebe handeln, nicht zusammenwerfen mit Personen, die nur vom Ehrgeiz getrieben sind. Aber von Bracke liegen auch positive Beweise vor. Er hat Bonhorst von unbedachten Schritten abgemahnt, er hat das Kaiserreich begrüßt. Ehlers, Sievers und Andere, die früher mit in die Festungshaft nach Löben abgeführt und mit in die Untersuchung gezogen waren, sitzen jetzt nicht mit auf der Anklagebank. Von den ursprünglich Verfolgten findet sich hier nur noch ein kleines Häufchen, die Crème der Gesellschaft. Und sehen etwa die Angeklagten wie Hochverräther aus? Man sehe sich doch einen nach dem andern an! Kühn mag ein sehr guter Schneider sein; allein zum Hochverräther paßt er nicht. Bonhorst ist bald so, bald so; jetzt wallt er auf und dann hat er wieder „unter-Schulze'sche“ Ideen. Spier ist ursprünglich national-liberal gewesen. Bracke wird beherrscht von glühender Menschenliebe. Alles zusammengefaßt muß man sagen, daß die Anklage nicht stichhaltig ist. In der That ist der Radicalismus der Angeklagten papiere und unpraktisch gewesen.

An sich ist aber auch die Tendenz nicht zu bestrafen. Es ist doch

sicher eine Scheidung einzuhalten zwischen Recht und Moral. Gedanken müssen zollfrei sein.

Der hochverrätherischen Tendenz fehlt der Leib, der Körper, es fehlt ihr der Hochverrath nach Entscheidung des Obergerichts. Dolus und äußere That sind so organisch mit einander verbunden, daß sie gar nicht ohne einander existiren können. In der Anklage ist die Objectivität verletzt, es wird grell der Petroleur und das Bild des Schreckens herausgekehrt, während von dem allbestimmenden Untergrunde der Liebe Abstand genommen wird. Aber die bösertige Tendenz ist nicht erwiesen.

Der Vertheidiger geht nun auf die zwiefache Gesetzgebung, auf die verschiedenen Gesetzes-Paragraphen und andere juristische Einzelheiten ein. Hierauf zieht er die Schlussfolgerung, daß seinem Clienten Nichts nachgewiesen ist. Mindestens hofft er auf mildernde Gründe und auf Berücksichtigung der langen Haft.

Vertheidigungsrede des Obergerichts-Advocaten Köpcke für v. Vohhorst.

Es sei ihm öfter vorgekommen, daß er, wenn er sich längere Zeit ausschließlich oder hauptsächlich mit einer verwickelten Sache beschäftigt habe und dabei bestrebt gewesen sei, zu einem bestimmten, ihm vorge-
steckten Ziele zu gelangen, je mehr er darüber nachgedacht, um so un-
klärer geworden und schließlich zu einer unrichtigen Anschauung gelangt sei. Möglich, daß ihm Solches auch im vorliegenden Falle, welcher mehrere Tage hindurch seine volle Aufmerksamkeit und geistige Thätig-
keit in Anspruch genommen, passirt sei und er deshalb in seinem jetzigen Vortrage den einen oder andern Bod schießen könne.

Er halte aber auch dafür, daß dem Herrn Staatsanwälte bei seiner mühseligen und langwierigen Arbeit in dieser Angelegenheit, welche darauf gerichtet gewesen sei, aus der Handlungsweise der Angeklagten etwas Strafbares herauszufinden, ungeachtet seines sonst sehr klaren Verstandes, etwas Gleiches arrivirt sei. Es sei aber dies jedoch nur seine unmaßgebliche Meinung.

Zur Sache selbst müsse er bestreiten, daß aus dem Verhalten der Socialdemokraten seit dem Anfange dieses Jahres und ihren Aeußerungen über die Handlungen der Pariser Commune Rückschlüsse auf ihre Grund-
anschauungen und früheren Pläne, wie der Staatsanwalt es gethan, gemacht werden könnten. Sie hätten erst nach und nach und immer mehr die Erfahrung gemacht, daß es ihnen unmöglich gemacht werde, ihre Ziele im gesetzlichen Wege, insbesondere durch Vertretung in dem gesetzgebenden Körper, zu erreichen. Obwohl ihnen das Recht, Ver-
treter in solche zu wählen, gesetzlich gewährt worden, so seien sie doch thatsächlich verhindert, in erheblichem Maße solches zur Wirksamkeit zu bringen. Anstatt ihnen Gelegenheit zu geben, doch nun mit ihren Ge-
setzesvorschlägen hervorzutreten, damit das Volk darüber aufgeklärt werde, was sie denn eigentlich wollten, und zu berücksichtigen, daß dergleichen

Vorschläge denn doch immer noch keine Gesetze seien, hätten die anderen Parteien sich nach Kräften bemüht, die Wahl von Vertretern der socialdemokratischen Partei zu verhindern, indem sie, häufig in Selbstunkennniß der wahren Ziele derselben, eine große Masse des Volks durch Andeutungen, es komme der Partei auf den Umsturz alles Bestehenden an, dieselbe wolle „theilen“, sie wolle sich im Müßiggange aus dem Staatsfädel ernähren u., beeinflusst haben. Es sei daher kein Wunder, wenn die Partei sich mit dem Gedanken an eine dereinstige Revolution vertraut gemacht habe, woraus übrigens noch keineswegs folge, daß sie beschlossen habe, eine solche zu machen.

Was die Pariser Commune betreffe, so sei noch nicht aufgeklärt, wem die Scheußlichkeiten, welche im Verlaufe ihres Handelns vorgekommen seien, insbesondere aber, daß solche den Socialdemokraten zur Last zu legen seien. Im Grunde und wesentlichen Ziele sei das Auftreten der Commune ein berechtigtes gewesen, wie ja selbst Bismarck gewissermaßen anerkannt habe. Die Nationalversammlung zu Versailles, welche doch nur gewählt sei, um über Fortsetzung des Krieges oder Frieden zu entscheiden, habe sich eine constituirende Gewalt angemacht und der Stadt Paris sogar verweigert, sich in ihrer städtischen Verwaltung selbst einzurichten. Die erste Zerstörung, die der Vendômesäule, habe die öffentlich erklärte Bedeutung gehabt, daß die französische Nation nicht ferner von ihrer Sucht nach Gloire, welche das Unglück über sie gebracht habe, sich leiten lasse, sondern Frieden halten möge mit allen Völkern.

Im Jahre 1831 hätten die Braunschweiger das herzogliche Residenzschloß angesteckt: dürfe man denn daraus folgen, sie seien eine Mordbrennerbande?

Er wolle nun sein politisches Glaubensbekenntniß mittheilen, nicht, weil er glaube, daß dasselbe an und für sich für irgend Jemand von Interesse sein könne, sondern um damit dem Gerichte eine Handhabe zu geben, nach welcher auch das Verfahren des Angeklagten beurtheilt werden könne.

Er sei Demokrat, weil er annehme, der Staat, das Volk, sei nicht da, um den persönlichen Interessen seiner Regierung zu dienen, sondern diese sei nur im Interesse des Volks nothwendig, um demselben Sicherheit und Wohlfahrt zu verschaffen. Er sei aber dem Principe nach nicht Republikaner, sondern Anhänger der constitutionellen Monarchie. Zu dem wirklichen Vorhandensein einer solchen setze er aber voraus, daß der Monarch sich in seinen Regierungshandlungen von der Rücksicht leiten lasse, daß er nur um des Volkes willen da sei, also nicht darauf ausgehe, Rechte gegen das Volk zu erlangen oder zurückzuerobern; ferner, daß das Ministerium desselben nicht bloß dem Volke gerichtlich verantwortlich, sondern auch ehrenhaft genug sei, aus eigenem Antriebe zurückzutreten, wenn es das Vertrauen des Volkes nicht besitze; endlich eine Vertretung des Volks, welche in allen ihren Handlungen sich bewußt sei, daß sie nur dessen Interessen wahrzunehmen habe und nicht statt dessen nach Oben hin liebäugle und gefällig sei oder für ihre

persönlichen Interessen arbeite. Würde er die Erfahrung machen, daß es an einem dieser Factoren fehle, und zu der Ueberzeugung kommen, daß Aussicht auf Besserung nicht vorhanden sei, so könne es sich wohl ereignen, daß er über Nacht Republikaner werde. Mit diesem Augenblicke würde die Rechtsfrage an ihn herantreten.

Es gäbe dreierlei Recht: das Vernunftrecht, das positive Recht und das historische Recht, worunter er das verstehe, was durch geschichtliche Macht- und Gewaltacte zu Recht geworden sei. Seine vernunftrechtliche Ansicht, welche er bereits als Student im Jahre 1831 gehabt und in einer unter Censur gedruckten Broschüre zu begründen versucht und verbreitet habe, gehe dahin, daß das Volk jederzeit befugt sei, seine Gesetze selbst in die Hand zu nehmen, insbesondere sich eine andere Staatsverfassung zu geben. Das positive Recht, das ist dasjenige, welches durch die Gesetzgebung im Staate u. geschaffen worden, komme für die vorliegende Frage nicht in Betracht. Was das historische Staatsrecht betreffe, so habe, um bei der neueren Zeit stehen zu bleiben, Napoleon durch Meineid und Mord sich zum Kaiser gemacht, und fast sämtliche Fürsten hätten ihn als Vetter und Bruder unter sich angenommen und fast 20 Jahre als den rechtmäßigen Herrscher Frankreichs anerkannt. Nachdem die Nation ihn des Thrones für verlustig erklärt, sei die von demselben gewählte Vertretung als der berechtigte Inhaber der Staatsgewalt betrachtet. Bismarck habe als die einzige Politik zur Einigung Deutschlands die des Blutes und Eisens, also der Gewalt, proclamirt und dieselbe sei ausgeführt durch die Vertreibung mehrerer deutscher Fürsten und Einziehung der von denselben regierten Länder, obwohl die für ewige Zeiten abgeschlossene, also einen einseitigen Austritt aus dem Bunde ausschließende Deutsche Bundesacte bestimmt habe, daß kein Bundesfürst gegen den anderen Krieg führen dürfe, vielmehr alle entstehenden Differenzen durch eine Austrägal-Instanz erledigt werden sollten. Er, Vertheidiger, habe, wie er bereits bei einer kürzlich stattgehabten Verhandlung vor diesem Gerichte ausgesprochen habe, den dadurch herbeigeführten Zustand als zu Recht bestehend anerkannt, obwohl er einen Rechtsbruch enthalte, weil nun einmal nach der Geschichte der Entwicklung des Menschengeschlechts und der Staaten durchgreifende, den jezeitigen allgemeinen Ideen entsprechende Umgestaltungen der Verhältnisse regelmäßig ohne gewaltthamen Umsturz des Bestehenden nicht herbeizuführen seien.

Frage er sich aber hiernach, welche Aussicht auf Grund des historischen Rechts für die Zukunft vorhanden sei, so könne er sich folgender Betrachtung nicht verschließen. Im Mittelalter seien vermöge des Grundbesitzes, als des damaligen hauptsächlichsten Producenten, und beziehungsweise durch geistige Ueberlegenheit, der Adel und die Geistlichkeit die vorrechteten Stände im Staate gewesen. Sodann hätten sich Handel und Industrie immer mehr und mehr gehoben und habe sich dadurch die Macht des Capitals gebildet. Demzufolge sei die thatsächliche Geltung der übrigen Stände eine andere geworden, sei aber auch das Gefühl und das Bewußtsein in denselben entstanden, daß ihre rechtliche Stellung

zum Staate eine andere sein müsse; man habe zunächst in Frankreich das Bedürfnis empfunden gelernt, diese erringen zu müssen; es habe der volle Stoff, welcher nöthigenfalls zu einer gewaltsamen Umwälzung erforderlich sei, in den Gemüthern sich angesammelt und es habe nur noch des Zunders bedurft, um jenen Stoff zur Explosion zu bringen. Diesen Zunder habe Sieyès in seiner Schrift geliefert: „Was ist der dritte Stand? Nichts. Was sollte er sein? Alles“. Die französische Revolution sei ausgebrochen und der dritte Stand sei zur rechtlichen Anerkennung und Geltung als eines mitberechtigten Factors in der staatlichen Gesetzgebung gelangt. Unter dem dritten Stande habe man und habe Sieyès allerdings das ganze Volk außer dem Adel und der Geistlichkeit verstanden; es sei solches auch dem besser situirten Theile so lange ganz recht gewesen, bis der neue Zustand errungen worden, denn dazu sei ja die thätige Hülfe der ganzen großen Masse nöthig gewesen. Als aber das Ziel erreicht sei, habe er, um die Früchte für sich nutzbar zu machen, es für angezeigt gefunden, unter dem dritten Stande nur sich zu verstehen, die Theilnahme an der Gesetzgebung nur sich zu verschaffen und zu sichern und somit einen besonderen, einen vierten Stand in's Leben zu rufen, der im Verhältnisse zu ihm eine gleiche Stellung habe, wie er selbst früher im Verhältnisse zu Adel und Geistlichkeit gehabt.

Einen ähnlichen Verlauf hätten die Dinge auch in Deutschland genommen, nachdem auch hier der revolutionaire Gedanke Eingang gefunden habe und durch Erhebungen des Volks zum Ausdruck gebracht sei. Um nun eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Classe, deren Nothwendigkeit von Sachkennern aller Parteien erkannt und wozu Mittel der verschiedensten Art in Vorschlag gebracht worden, herbeizuführen, habe nun auch Lassalle, dessen Anhänger die Angeklagten seien, dergleichen Mittel empfohlen, nicht aber etwa aufgefodert, solche unmittelbar und nöthigenfalls mit Gewalt zur Anwendung zu bringen, sondern darauf verwiesen, daß selbige im Wege der Gesetzgebung einzuführen seien und sie zu diesem Zwecke, und zwar auch nur auf gesetzlichem Wege, mit allen Kräften bestrebt sein müßten, das allgemeine directe und geheime Wahlrecht zu erlangen. Letzteres sei nun erreicht; er habe aber schon vorhin bemerkt gemacht, wie dessen Ausübung und Wirksamkeit ihnen von den übrigen Parteien verkümmert werde.

So zeige sich denn in der That, wenn nicht noch im gesetzlichen und friedlichen Wege eine Ausgleichung beschafft werde, der arbeitenden Classe keine andere Hoffnung auf eine durchgreifende Abhülfe, als die Aussicht auf eine vereinstügige Revolution. An keiner Stelle hätten aber die Angeklagten zu erkennen gegeben, daß ihre Partei diese Revolution machen wolle und solle, sondern stets nur im Allgemeinen, insbesondere ohne auch nur das Wie? berathen zu haben, sich dahin geäußert, daß sie bei dieser Revolution, wenn sie eingetreten sein werde, sich zu theiligen haben werde, um ihre berechtigten Ansprüche zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Nun sei auch er, dem doch gewiß der Sinn für Gesetz und Recht mit Grund abzuspochen Niemand im Stande sein werde, der Ueberzeugung, daß, wenn die allgemeinen Verhältnisse nicht

noch eine andere Richtung als diejenige, in welche sie gerathen seien, annehmen würden, eine gewaltige Revolution nach geschichtlicher Consequenz eintreten müsse, und würde er, wenn er noch im Lebensalter der Angeklagten stände, darauf bedacht sein, wie er sich zu derselben zu stellen haben werde. Er wünsche und hoffe aber, dieselbe nicht zu erleben. Durch die immer mehr zugenommene und voraussichtlich zunehmende Großproduction sei und werde der Handwerkerstand dem Verschwinden überliefert und der großartige Schwindel in der Begründung von Actienunternehmungen allerlei Art entziehe nicht allein dem allgemeinen kleinen Verkehre die erforderlichen Geldmittel, sondern locke auch einer Menge von Leuten ihr durch Solidität erworbenes Geld aus der Tasche, um sich in den Händen Weniger zu sammeln. Eine große Masse von Personen, welche zur dritten Classe gezählt, würden in die vierte, ja in das Proletariat getrieben und dieses ganze erwachsende Proletariat, nicht die Arbeiterklasse im bisherigen Sinne und Umfange, werde es sein, aus dessen Magenfrage sich der Umsturz des Bestehenden entwickele und nach einem eingeschlagenen Funken zur That gestalten werde.

Wende er sich nun nach diesen, für die Beurtheilung der Gesinnung und der Thätigkeit der Angeklagten nicht unwichtigen Bemerkungen zu der Beleuchtung der Frage, ob dieselben durch Das, was sie bisher gethan, dem Strafgesetze verfallen seien, so müsse er seine Ueberzeugung dahin aussprechen:

Nach Anleitung des §. 2 der einleitenden Bestimmungen zu dem Strafgesetzbuche für den Norddeutschen Bund sei im vorliegenden Falle, wo die zur Anklage verstellten Handlungen der Angeklagten in die Zeit vor dem 1. Januar dieses Jahres fielen, dieses Gesetzbuch oder unser früheres Criminalgesetzbuch einschließlich der ergänzenden Gesetze in Anwendung zu bringen, je nachdem das eine milder sei als das andere. Man müsse daher zunächst prüfen, ob die eine oder andere Handlung der Angeklagten unter irgend eine Bestimmung des Nordd. Str.-Gesetzb. falle; sei solches der Fall, so habe man in unserem Criminalgesetzbuche nachzusehen, ob sich in diesem eine entsprechende Bestimmung finde; treffe dieses zu, so sei diejenige von beiden Bestimmungen anzuwenden, welche die mildeste Strafe androhe; fehle es aber an jener Uebereinstimmung, befinde sich also in dem N.-Str.-G. ein Verbrechen, welches in dem C.-G. nicht enthalten sei oder umgekehrt, so sei die Bestrafung überhaupt ausgeschlossen, während, wenn jenes zu dem Thatbestande eines Verbrechens mehr erfordere, als dieses, von einer Bestrafung nur dann die Rede sein könne, wenn die sämmtlichen Thatfachen, deren Vorhandensein das erstere zum Thatbestande voraussetze, vorhanden seien.

Demnach seien die §§. 128 und 130 des Norddeutschen Strafgesetzbuches auf die Angeklagten nicht anzuwenden, indem, abgesehen davon, daß die darin vorausgesetzten Thatfachen in deren Handlungen nicht zu finden, die darin aufgestellten Verbrechen dem Criminal-Gesetzbuch fremd seien. Andererseits könne die Existenz eines hier strafbaren Verbrechens aus den §§. 83 und 89 des Criminal Gesetzbuchs sowie aus dem Gesetze vom 11. Januar 1852 überall nicht entlehnt

werden, vielmehr seien die darin enthaltenen Vorschriften nur insoweit von Erheblichkeit, als deren Inhalt sich auch im Norddeutschen Strafgesetzbuche vorfinde und die in diesem dafür angedrohten Strafen strenger seien, als die des Criminal-Gesetzbuches. Von den sämmtlichen in der Anklage in Bezug genommenen gesetzlichen Vorschriften des Criminal-Gesetzbuches und des Norddeutschen Strafgesetzbuches könnten also, insoweit es sich um die Frage handle, ob die Angeklagten sich eines jetzt noch strafbaren Verbrechens schuldig gemacht haben, lediglich die §§. 110, 129 und 131 des letzten in Betracht kommen.

Bei der Auslegung von Strafgesetzen müßte man nun im Wesentlichen davon ausgehen, welcher Gegenstand dadurch vor Verletzung geschützt werden solle, und worauf also der verbrecherische Wille gerichtet sein müsse, wenn von dem darin mit Strafe bedrohten Verbrechen die Rede sein solle. Hiernach sei bei der Auslegung des §. 110 der Unterschied zwischen Hochverrath und dem Widerstande gegen die Staatsgewalt, unter welchem letzteren Titel derselbe sich befinde, in's Auge zu fassen und festzuhalten. Während beim Hochverrath die Absicht des Thäters auf die Vernichtung der Existenz der Staatsverfassung im Ganzen oder einzelner Organe derselben, des Rahmens, welcher den Staat zusammenhalte, gerichtet sei, kehre sich bei dem Widerstande gegen die Staatsgewalt der Wille des Thäters, indem er die Staatsverfassung überall nicht antasten wolle, lediglich gegen die von der Staatsgewalt in Ausübung der ihr durch die Verfassung verliehenen Befugnisse ausgegangenen Anordnungen (Gesetze, Verordnungen und Verfügungen der Obrigkeit), welche die Regelung des Verhaltens der Staatsbürger innerhalb der Grenze des inneren Lebens im Staate, bezwecken. Es sei mithin fehlam, wenn die Anklage unter den §. 110 diejenige Willensrichtung der Angeklagten gebracht wissen wolle, von welcher die Staatsverfassung, das „Landesgrundgesetz“, betroffen sein könnte. Diese Richtung würde in das Gebiet des Hochverraths gehören, dieser habe aber in den §§. 80 bis 92 des Norddeutschen Strafgesetzbuches seine Abfertigung gefunden; beim §. 110 habe man es ausschließlich mit der Untersuchung zu thun, ob die Angeklagten zum Ungehorsam gegen Anordnungen der Staatsgewalt im vorhin bezeichneten Sinne aufgefordert haben. Es widerspreche auch dem bisherigen Sprachgebrauch, die beabsichtigte Vernichtung einer Person oder Sache als Ungehorsam zu bezeichnen. Handlungen der Angeklagten, welche auf die Herbeiführung bloßen Ungehorsams gerichtet gewesen, habe aber die Anklage nicht anzuführen vermocht. Wenn dieselbe darauf hinaus wolle, daß es behuf Anwendung des §. 110 in keiner Weise erforderlich sei, daß bei der Aufforderung zum Ungehorsam das betreffende Gesetz, gegen welches derselbe gerichtet werden solle, speciell bezeichnet worden und der Herr Staatsanwalt in seinem heutigen Vortrage solches aus der Vergleichung mit §. 111 deducirt habe, so könne er, Vertheidiger, Solches nicht als richtig anerkennen. Schon die Redeweise des §. 110, indem derselbe nicht vom Ungehorsam gegen die Gesetze, sondern vom Ungehorsam gegen Gesetze spreche, weise deutlich darauf hin, daß doch wenigstens

gewisse Gesetze bezeichnet sein müßten, gegen welche mit Ungehorsam vorgegangen werden solle; sodann aber folge Solches auch aus der Natur der Sache, indem Jemand, der lediglich eine Aufforderung erlasse, gegen die Gesetze ungehorsam zu sein, — ohne solche, — zumal auf eine in einem solchen Falle sich von selbst aufdringende Frage des Aufgeforderten, gegen welche denn? — irgend wie näher zu bezeichnen, offenbare Spuren der Verrücktheit an den Tag lege, der Unterschied zwischen dem §. 110 und §. 111 aber darin zu befinden sei, daß in dem Falle des ersteren noch kein concreter Act bezeichnet zu sein brauche, vermittelt dessen der Ungehorsam gegen das, jedoch bezeichnete Gesetz bethätigt werden solle und das Motiv des Handelns in der generellen Missachtung dieses Gesetzes überhaupt liege, während im §. 111 eine bereits präcisirte strafbare Handlung vorausgesetzt werde und es nur darauf ankomme, daß das Gesetz in diesem einen Falle verletzt werden solle, das Motiv des Handelns sich also auf diesen einzelnen Fall beschränke.

Ein ganz gleiches Bewandniß, wie mit dem §. 110, habe es mit dem §. 129 des Norddeutschen Strafgesetzbuches, indem der Unterschied nur darin bestehe, daß in dem erstern eine öffentliche Aufforderung, im letztern die Theilnahme an einer Verbindung als Bestandtheil des subjectiven Thatbestandes verlangt werde.

Was dagegen den §. 131 des Norddeutschen Strafgesetzbuches betreffe, so sei nicht mehr, wie in früheren Gesetzen mehrerer Länder, insbesondere auch in dem hiesigen, die bloße Verächtlichmachung, Verhöhnung, Schmähung u. s. w. von Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit als strafbares Verbrechen darin aufgenommen, und würde sich Solches auch mit der Freiheit der Presse, dem Vereins- und Versammlungsrechte nicht vertragen, wenn man diese gesetzlichen Concessionen nicht von vorn herein mündtödt und, da der Zweck derselben doch unmöglich darauf beschränkt sein könne, das Bestehende zu loben, der zutreffende Tadel aber häufig nur in einer verlegenden Form ausgesprochen werden könne und im Flusse der Rede oder in tiefgefühltem Ingrimm leicht einmal in einen schroffen Ausdruck eingekleidet sein möge, werthlos machen würde. Es werde vielmehr zum Thatbestande des in Rede stehenden Verbrechens gefordert, daß die Verächtlichmachung auf die öffentliche Behauptung oder Verbreitung von erdichteten oder entstellten Thatfachen, von welchen der Thäter wisse, daß sie erdichtet oder entstellt seien, gegründet sein müsse. Dieses Erforderniß sei aber in den Handlungen der Angeklagten nicht vorhanden. Was in der fraglichen Richtung vorgekommen sei, beschränke sich auf die Bezeichnungen der preussischen Militäreinrichtung mit den Ausdrücken „preussische Kaserne“ und „Säbelherrschaft“. Darin liege aber noch nicht einmal eine Behauptung von Thatfachen, geschweige von wissenilich erdichteten oder entstellten Thatfachen, sondern höchstens ein schmähendes Urtheil vor. Die künstliche Operation des Staatsanwalts, bestehend in der Deduction, durch eine derartige Schmähung werde auch das Motiv, welches der Urheber der Einrichtung dabei gehabt habe, betroffen, dieses Motiv sei auch eine Thatfache und es liege mithin in jener Schmähung

auch von selbst die Behauptung einer unwahren oder entstellten Thatsache, sei nicht stichhaltig. Einerseits liege das Wesentliche des fraglichen Verbrechens nicht darin, daß der Urheber der Einrichtung, sondern darin, daß diese selbst verächtlich gemacht werde, andererseits könne allerdings im einzelnen Falle das Motiv diejenige fälschlich behauptete Thatsache sein, auf Grund welcher die Verächtlichmachung der Einrichtung erfolge, keineswegs aber könne dasselbe in der vom Staatsanwalt versuchten Art und Weise zu einer solchergestalt behaupteten Thatsache, wie sie zu dem fraglichen Verbrechen gefordert werde, erhoben werden. Denn wenn Jemand die Behauptung des Motivs zu einer Einrichtung nicht zur Grundlage seines Urtheils über dieselbe mache, sondern umgekehrt Thatsachen anführe, aus welchen erst das eine oder andere Motiv zu der besprochenen Einrichtung hergeleitet werde, was übrigens, wie schon bemerkt, im vorliegenden Falle noch nicht einmal geschehen sei, so könne dasselbe nur mittelst einer Schlussfolgerung hervortreten, diese sei aber eine geistige Thätigkeit, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit durch das logische Schlussvermögen bedingt sei und daher, insofern sie nicht auf wirklich unwarhen Prämissen beruhe, die Bedeutung einer wirklich falschen Behauptung gar nicht erlangen könne, weil es ja in Jedermanns Macht stehe, selbst zu prüfen, ob der Schluß aus den Prämissen zu folgern sei, während die Wirksamkeit behaupteter Thatsachen lediglich davon abhängt, ob ein Anderer solche glaube oder nicht. Der §. 131 verfolge lediglich trotz bessern Wissens behauptete, nicht aber unrichtigerweise gefolgerte Thatsachen.

Wenn z. B. Jemand sage, zum Studium der Theologie, Jurisprudenz u. s. w. gehörten 3 Jahre, er halte es daher für unmöglich, daß es auch 3 Jahre bedürfe, um einen Soldaten kriegstüchtig zu machen, zumal er nicht begreife, was dessen Leistungen außer der Exercierzeit dazu beitragen könnten, und die Erfahrung habe gezeigt, daß bei dem Eintritte eines Kriegesalles das ganze Heer binnen 8 bis 14 Tagen mobil gemacht werden könne, was allerdings, um einen Volksaufstand zu unterdrücken, nicht möglich sei; er erkenne daher in dem großen stehenden Heere nur eine Stütze des Absolutismus; so sei das keine Behauptung im Sinne des §. 131, sondern nur eine ausgesprochene Ansicht, welche Jeder mit der Bemerkung zurückweisen könne, er sei ein dummer Kerl, das vermöge er nicht zu beurtheilen.

Wenn dagegen Jemand sage: Fürst Bismarck habe sich dahin geäußert: Da haben die Schreier von 1848 statt des stehenden Heeres eine Volkswehr, das Volk in Waffen, haben wollen, jetzt haben die Nationalliberalen die glückliche Entdeckung gemacht, nun sei das Volk in Waffen da, während doch nach wie vor nur ein Theil des Volks in Waffen ist gegen das Volk ohne Waffen, das ist gut, indem damit das Volk über den Zweck des großen Heeres im Frieden getäuscht wird, so sei das die Behauptung einer Thatsache, welche zur Verfolgung nach §. 131 geeignet.

Eine Entstellung von Thatsachen würde es aber sein, wenn Jemand die Erklärung Bismarck's, daß die Generale wegen ihrer ausgezeichneten

Leistungen im Kriege eine Dotation von 4 Millionen verdient hätten, dahin berichten würde: er habe gesagt, daß dieselben wegen ihrer außerordentlichen Leistungen zwar Belohnung haben müßten, da sie doch eigentlich nur für die Friedenszeit angestellt wären und man also nicht verlangen könne, daß sie für das wenige Geld, was sie für ihre vielen Arbeiten bekämen, noch obenein einen Krieg führen sollten.

Was schließlich die von der Anklage angezogenen vereinsgesetzlichen, in Kraft gebliebenen Bestimmungen betreffe, so träfen auch die darin vorgesehenen Thatfachen bei den Angeklagten nicht zu. Dieselben hätten im Jahre 1869 zu Eisenach, wo Solches nach den dortigen Gesetzen erlaubt gewesen sei, an einer Arbeiterversammlung Theil genommen und einen Verein unter dem Namen „Social-demokratische Arbeiterpartei“ mit begründet. Sie seien demnächst zum Ausschusse dieses Vereins erwählt und als Sig des Ausschusses, als nächster Vorort des Vereins, Braunschweig bestimmt. Sie hätten hiervon der Herzoglichen Polizeidirection hieselbst Anzeige gemacht und habe dieselbe Nichts dagegen zu erinnern gefunden. Ein besonderer Verein, etwa in der Eigenschaft eines Zweigvereins, sei hier nicht gebildet. Folgeweise sei auch kein hiesiger Verein vorhanden gewesen, welcher sich mit der Internationale hätte in Verbindung setzen können. Ebenjowenig habe sich der Eisenacher Verein mit dieser in Verbindung gesetzt, indem vielmehr nur mehrere Mitglieder desselben, insbesondere auch die Angeklagten, einfach als Mitglieder auch in die Internationale eingetreten seien. Daß aber Niemand Mitglied zweier Vereine sein dürfe, sei in den Gesetzen nicht vorgeschrieben.

Wie demnach keine einzige Handlung der Angeklagten geeignet sei, dieselben strafbar zu machen, wenn auch in anderer Beziehung dieselben vielleicht ein Vorwurf treffen könne, so beantrage er die Freisprechung.

Vertheidigungsrede des Obergerichts-Advocaten Baumgarten aus Wolfenbüttel für Spier.

Nach dem erschöpfenden Vortrage meines Mitvertheidigers Leiste, nach den dazu gegebenen Schlaglichtern meines Herrn Collegen Köpcke, gewinne ich's kaum über meine Sprechunkunst, noch ein Wort zu sagen zu dieser leidigen Angelegenheit. War ich's doch, der unseren Angeeschuldigten ehebem selbst den Rath geben mochte, diesen Anschuldigungen gegenüber, wie sie der Anklageact enthält, lieber sich zu vertheidigen mit dem stolzen Schweigen, das mir für meinen Theil in Wahrheit beredter noch erschienen wäre, wie die eingehenden Ausführungen meiner H. H. Collegen, so nothwendig und aufklärend für die Sache, und hossentlich auch ersprießlich für die Angeklagten, sie sonst gewiß zu schätzen sind.

Muß ich nun trotzdem auch meinerseits nochmals raschesten Laufes durchmessen das von der Anklage umschriebene Feld — den „wüsten Garten, der auf im Samen schießt, verworfenenes Unkraut erfüllt ihn gänzlich“ — verworfenenes Unkraut, nämlich destructiven Begehrens und

revolutionairen Bestrebens: so finde ich darin auch nicht einen schlechten Gras- oder Strohalm, der auf Schuld oder Rechnung meines Klienten Spier zu setzen, — an dem man gegenseits sich halten könnte, um auch nur in einer Beziehung die Anklage gegen ihn aufrecht zu erhalten. Hat doch gegen ihn nicht ein Schriftstück, nicht ein Brief producirt, nicht eine Rede, nicht ein Wort reproducirt, nicht ein irgendwie in die Wirklichkeit der Erscheinung getretener Act des Mitthuns oder Mirrathens bezeugt werden können, wohl aber selbst Etwas vom Gegentheil, der irgend einen der Vorwürfe der Anklage gegen ihn begründete: — der herausstellte, daß er auch nur jemals eine staatliche Einrichtung oder obrigkeitliche Anordnung in entstellender, gar in lägnerischer Weise zu höhnen, herabzuwürdigen gesucht! Daß er da oder dort in friedestörender Wirkung oder auch nur Absicht, Arme gegen Reiche, Ungebildete gegen f. g. Gebildete aufzuheben unternommen! Daß er gar, in welcher Weise es sei, öffentlich den Ungehorsam, gegen welche Gesetze immer, gepredigt! Daß er gar, über alles Dieses (könnte danach überhaupt die Frage sein) mit seinen zu den gegenwärtig begründeten Zuständen in Staat und Gesellschaft etwa gegensätzlichen Anschauungen hervorgetreten sei in einer die actualen staatlichen Existenzen in Deutschland grundsätzlich negirenden Weise!

Und nun soll Herr Spier doch dafür mit verantwortlich gemacht werden, wenn etwa sonst hier von dem einen oder dem andern der Angeeschuldigten Etwas gesagt worden wäre in Wort oder in Vorgang, mit Proclamationen oder Agitationen? Wenn etwa Herr Bracke einer vielleicht hyperidealistischen Ausschau nach einem möglichst gleichmäßig allen Bevölkerungsschichten ein menschenwürdiges Dasein sichernden Staatsgebilde, seiner platonischen Zukunftsrepublik einen begeisterten Zuruf entgegenbringt! Oder wenn etwa v. Bonhorst mit seinem demonstrativen Sonderversuch für seine — vielleicht excentrischen — gesellschaftlichen Friedens- und Beglückungspläne die Zeit nicht meint abwarten zu können, und dies in einem Briefe an Herrn Bracke ausgeplauscht hat! Da soll Herr Spier Dies und Jenes und wer weiß, was noch Alles mit ausbüßen, bloß weil die genannten Männer seine Freunde, seine Vereinsgenossen waren? Bloß weil hiernach und nach einigen anderen Andeutungen von ihm, über ihn und an ihn, die von Rechts wegen Niemand Etwas angehen, anzunehmen steht, daß er im Allgemeinen über die heutigen socialen und politischen Zu- oder Missstände wie sie gedacht — wie sie gesonnen gewesen!! Kein Wort möchte ich verlieren über solche den ersten Grundsätzen des Rechts — was sage ich, den Anforderungen des schlichtesten Verstandes zuwiderlaufenden Richtungen der Anklage! Kein Wort auch darüber, daß man bei Herrn Spier wie bei den übrigen Angeklagten noch eine mögliche Verantwortlichkeit in Frage zieht für Zeitungsartikel, die er nicht geschrieben, er nicht zur Veröffentlichung gebracht; für die Haltung der Zeitung, die in Leipzig erschien, während er in Wolfenbüttel wohnte, und die er also in der That nur aus der Ferne hätte überwachen können, deren Haltung im Einzelnen er nur nachträglich, Tage nachdem die betreffende Nummer ihm zuge-

gangen, zu beobachten im Stande war! Unerhört wäre es, wenn über die Verantwortlichkeit, die die Pressgesetze auferlegen dem verantwortlichen Redacteur (den diese Zeitung ja in Liebknecht hatte), sowie dem Drucker, dem Verleger, — wenn da noch Jemand anders irgendwie von Rechtswegen responsabel gemacht werden sollte für irgend welchen Inhalt des Blattes, bloß weil er möglicher Weise eine Einwirkung darauf hätte üben können nach seiner persönlichen Beziehung zu deren Redacturen und Herausgebern! Aber auch das wohlgemerkt nur bei einem vorauszusetzenden Einverständnis mit noch drei bis vier gleichgestellten Anderen! Unerhört wäre es ferner, wenn über die jedesmaligen Einzelheiten solches Zeitblattes hinaus zudem noch eine criminelle Verantwortung, überall nur eine criminelle Frage dürfte erhoben werden nach der Haltung, der Tendenz solches Blattes überhaupt und im Allgemeinen! Daß es hier geschehen konnte, es zeigt, wie wenig, trotz all' des jahrzehntlangen Begehrens und Redens um und für Pressfreiheit, auch nur die äußersten Grundbegriffe dieser Freiheit den Einzelnen, selbst Gebildeten und Rechtskundigsten in Fleisch und Blut übergegangen. Es könnte selbst fast fürchten machen (und daß wäre das Schlimmere), daß es hier sich nicht handelte um die Ahndung von wirklich begangenen, gegen die Gesetze etwa verstößenden Thaten und Handlungen, — nein, vielmehr um einen eigentlichen Tendenzproceß, in welchen man (— ob vielleicht aus einer gleichviel von woher eingeblasenen Staatsraison —) die Richtung, die Ueberzeugung, die Gesinnung strafen möchte. —

Was bliebe denn nun aber hiernach, von all' der Last des Vorwurfs in dem Anklage-Act, insbesondere gegen Herrn Spier?

In der That Nichts, als daß er seine zwar mitbegründende Theilnahme, auch etwas von mit-leitender geschäftlicher Objsorge einer Parteilbildung, einer Parteivereinigung zugewandt, die (wenn sie überhaupt unter den juristischen Begriff eines Vereins zu fassen) als solche in Eisenach, nach den dort geltenden betr. Institutionen (die keinen geringern Zustand der Vereinigungsfreiheit begründen als den der Grundrechte des deutschen Volkes von 1848 — seltenes Eiland!) legal entstanden; welche aber theilweise wegen ihres materiellen Programmes, theilweise wegen ihrer Beziehungen zu anderen, etwa verwandten Parteivereinigungen der Herr Staatsanwalt geglaubt hat, als Basis seiner Angriffs-Operationen in der Anklage hinstellen zu müssen. — Auch in diesem Felde sehe ich mir von meinen Vorvertheidigern schon alle Arbeit vorweg abgenommen, namentlich in der letztbezeichneten mehr formalen Beziehung. Sie haben überzeugend dargelegt: wie die Bezugnahme auf die „Internationale Arbeiter-Association“, die sich in den Eisenacher Festsetzungen findet, und die in Wahrheit Nichts besagt als die Anerkennung einer geistigen, gesellschafts-wissenschaftlichen Autorität, ihrer Art nach keine gesetzlich unzulässige Affiliation sei; wie der in seinen einzelnen Mitgliedern in Braunschweig und Wolfenbüttel wohnende sog. Ausschuß der Partei nach dem Gesetze nicht seinerseits wieder als ein geschlossener Verein anzusehen; wie dabei vielmehr gerade so, wie es ehemals in dem darum niemals angefochtenen Deutschen National-Verein

war, nur die betreffenden einzelnen Personen, jedoch in rechtlich wie polizeilich gar nicht relevanter Weise, in Betracht kommen könnten. Der Herr Staatsanwalt nennt diese Vereins-Domicilirung in Eisenach eine Komödie! Er bedenkt schwerlich, wie damit sein Urtheil nachträglich schwer trifft das Gebahren der vielleicht gerade von ihm höchstgefeierten Größen unseres heutigen parlamentarischen Lebens, die vor zehn bis zwölf Jahren solche Komödie in ganz anderen Dimensionen durchzuführen verstanden.

Indem ich nun rücksichtlich aller dieser Punkte dem von meinen Mitvertheidigern Ausgeführten einfach mich anschließe, hebe ich nur noch Das hervor: Wenn jene Träger des geschäftsleitenden Ausschusses nicht selbst als besonderer Verein, als Glieder eines solchen, hier in Betracht gezogen werden können, so fällt damit auch jeder Schatten einer rechtlichen Möglichkeit hinweg, daß Herr Spier mit verantwortlich gemacht werden könnte für den Erlaß des Manifestes vom 5. September, dessen Gedanken er von ungefähr mit Herrn Brade besprochen, welches er aber, wie Letzterer selbst bezeugt, auch in Form und Ausdruck vielfach beanstandet, dessen Erlaß er, wenn nicht geradezu widerrathen, jedenfalls nicht befürwortet oder gefördert hat. Als einzelner Mensch hatte er aber weder eine Pflicht, noch auch nur einen Anlaß, ihn zu hindern; wie er es hinwiederum als Mitglied jenes Ausschusses, als einziger Dissident in ihm unter Fünfen, gar nicht konnte. Man käme sonst auch hierbei auf die Ungeheuerlichkeit, Jemanden wegen seiner Gedanken, seines vertraulichen Austausches derselben, strafen zu wollen. Vorausgesetzt hierbei immer, daß an der etwas vollen Phraseologie des Manifestes überhaupt was criminell Verhängliches, auch in geringstem Maße nur, könnte zu erfinden sein; welcher Voraussetzung ich allerdings äußerst fern stehe, denn ich stehe nicht an, zu bekennen:

In aufrichtiger Anhänglichkeit an die Postulate der Volks-Initiative und des Selbstbestimmungsrechts, das jeden Schacher wie jede Gewalt-Verfügung über jegliches staatliche Gemeinwesen, über Völker und Volkstheile, gleich als wären sie willenlose Schaafheerden, ausschließt, — ebenso in bestimmtester Gegenkehr gegen die dormalen herrschende, auf das Princip der Annexionen im Inlande und der Reunionen im Auslande gestellte Tagespolitik, die mir die Wege der Zeit und der Zukunft nicht zu sein scheinen, — hätte ich das mir von ungefähr vorgelegte Manifest am Ende selbst mit unterschreiben mögen; hätten sich seine Verfasser anders auf diesen Kerngedanken, in einer schlichteren und präciseren Fassung nur beschränkt; hätte ich anders, in solchen Dingen mit werthlosem Unterschreiben meines Namens mitzuthaten, überhaupt Ambition und Neigung. Strafbares, wahrlich, hätte ich bei kühlster Ueberlegung darin nicht zu finden vermocht! —

Ich will hiernach nur noch bei einer Seite des in Rede stehenden Gesichtsbildes, betreffs der materiellen Bedeutung der Eisenacher Partei-Vereinigung und ihres aufgestellten Schiboleths, etwas verweilen, worauf es ja eben besonders gemünzt scheint, wenn die Anklage sagt: es läge darin die unbestreitbare, von den Gründern der Parteibildung und ihres Programms selbst anerkannte innere Nothwendigkeit, mit den bestehenden

Gesetzen und Einrichtungen allenthalben in Widerspruch zu treten: oder (wie die Anklage weiter aus der ziemlichlichen Verschwommenheit dieses Begriffs wie stoßweise in die äußerste Spitze ihres Angriffs vorspringt), es handele sich der Partei nach solchem Programm gerade herausgesagt um nichts Größeres und nichts Geringeres als: mit Umsturz der für Deutschland im Ganzen und Einzelnen geltenden Verfassungs-Gesetze und namentlich also auch der Braunschweiger Landes-Verfassung, mit Beseitigung der monarchischen Staatsform in Deutschland überhaupt, die Republik (— juristisch gleichgültig, ob die mehr auf gleichmäßige Wohlstandsverbreitung socialistisch eingerichtete sogenannte rothe, oder die mehr bloß auf die Grundsätze staatsbürgerlicher Freiheit gegründete sogenannte blaue —) also die Republik gewaltsam einzuführen!!!

Denn — heißt es anklägerischerseits in letzter Beziehung — den Angeklagten sei bewußt gewesen, daß diese Ideen natur- und erfahrungsmäßig nicht ohne Gewalt einzuführen. — Ich lasse letztere Voraussetzung zunächst auf sich beruhen. Ich will jetzt auch sogar davon einmal ganz absehen, ob nach den Conclusionen der Anklage selbst und namentlich auch Angesichts des Resoluts des Anklage-Senats vom 28. März d. J. vor diesem Herzogl. Kreisgericht, nach dessen Competenz, überhaupt noch diese Seite des in den Acten der Voruntersuchung enthaltenen, in die Anklage freilich des Weitesten und Breitesten eingegangenen Materials in Frage zu kommen brauchte und selbst durfte. Ich will es vielmehr, auch von meinem Standpunkte, noch kurz versuchen, aus diesem Material eben das zu prüfen: ob dennoch an jener bezeichneten Spitze des staatsanwaltlichen Angriffs überhaupt etwas Solides ist oder nicht.

Dabei handelt es sich denn also wesentlich um das ausgesprochene allgemeine Nicht- und Strebziel der Eisenacher Partei, und dazu etwa noch um den einen oder andern, der in den mehrerwähnten zehn Punkten zusammengefaßten politischen Grundzüge, in denen man jenes allgemeinen Strebziels Verwirklichung zunächst ersah.

Jenes — staatsgefährliche — allgemeine Ziel concreßirt nun der Anklage eben in dem Ausdruck des Programms: Freier Volksstaat. Und dies bedeutet — scheint man zu meinen — ganz nothwendig Republik, und Republik bedeutet Umsturz alles Bestehenden.

Als ich in der Lektüre der Anklage auf diesen Punkt gekommen war, stand ich bei mir an: ob es nicht im Interesse der Vertheidigung liege, sich hierauf mit einem entsprechenden Apparat wissenschaftlicher Gutachten gewappnet zu halten. Denn in der That handelt es sich dabei doch um Entwicklung und Bestimmung eines in diesem Form-Ausdruck und in dieser Umgebung immerhin neuen staatsrechtlichen, ja rechtsphilosophischen Grundbegriffs. Und vielleicht wir alle, die wir hier unter dem Namen von Juristen versammelt sind, und ungetrieben regelmäßig nur in der gewöhnlichen Tagesbeschäftigung mit Decreten und Interlokuten, mit Klagen und Replikten u. s. f., dürften es ohne einige Vermessenheit kaum uns getrauen, mit der für eine so wichtige Entscheidung doch nach Pflicht und Gewissen zu erfordernden Sicherheit zu einer bestimmten vorläufig abschließenden Erkenntniß über jenes Problem ge-

langen zu wollen. Ich stand deshalb in der That an, ob nicht zwecks dieses Anlagepunkts, unter Beantragung einstweiliger Aussetzung des Hauptverfahrens, die vorherige Einholung des Erachtens von etwa drei anerkannten staatsrechtlichen Autoritäten zu erbitten wäre, eben darüber: was denn, zunächst an sich, event. unter den Modalitäten der zehn Punkte oder welcher unter ihnen, unter „Freiem Volksstaat“ wissenschaftlich zu verstehen. Es wäre nicht um Autoritäten gewesen, bei denen etwa eine absolute Gegenfälligkeit gegen das auf den Thatfachen seit 1866 sich bildende öffentliche Recht in Deutschland eingeschlossen wäre. Sonst aber allerdings wäre es wohl kaum zu verantworten gewesen, — in Betracht, daß jene Männer deutsche Gelehrte, Juristen und Universitäts-Professoren wären, die sich nicht immer so rasch einigen — hätte eine Berufung etwa auf den freimüthigen Bekämpfer der „Machtrechtstheorien“ jüngsten Datums, den Rechtsphilosophen Ahrens in Leipzig näher gelegen: nochmals auf Monate vielleicht in die Schwebе verstellt sein zu lassen die Entscheidung des Schicksals der Angeklagten, nachdem man erst 7 Monate lang, bei anfangs transcendental deutscher, dann immanent braunschweigischer Untersuchungshaft an ihnen herauf-, herab- und herum-inquirirt; dann sie bei mangelndem Ergebnisse erst hat entlassen müssen; und nun nach wiederum verflossenen 7 Monaten, nachdem sie sich, wie nun mein Client Spier, mit Mühe und Arbeit in ihren äußeren Verhältnissen eben rehabilitirt, sie eines schönen Morgens aufs Neue mit dem Drangsal des alten Untersuchungstoffs in der Form dieser Anklage überrascht. Gott weiß, auf welche Inspiration von woher!

Wenn ich hiernach mich des reinen empiristischen Stegreifversuchs einer Beantwortung der Frage, was denn unter freiem Volksstaat eigentlich zu begreifen, auch meinerseits nicht ganz dispensiren soll und darf, so kann das hier nur die Bedeutung haben einer nachdrücklichen Wiederholung, höchstens einer Illustration Dessen, was der Mitangeklagte darüber selbst schon bei seiner Verwahrung treffend bemerkt hat. Neues darüber vorzubringen — darauf verzichte ich. Es scheint mir aber, zunächst in bloßer Analyse des Wortausdrucks, an sich ist darin Nichts gelegen als etwa die Bedeutung: eine staatliche Vereinigung, in welcher das sie bildende Volk, unabhängig von einer außer ihm und über ihm stehenden Gewalt, die Gesamtheit der allen seinen natürlich gleichberechtigten Gliederungen und Individuen gemeinsamen Angelegenheiten und Interessen geordnet und geleitet sehen will nur nach Grundsätzen und durch Organe, die lediglich wurzeln in irgend einem als rechtlich bindend anerkannten Ausdrucke der jeweiligen Durchschnittsintelligenz und des jeweiligen Durchschnittswillens der Gesamtheit seiner gereiften Individuen.

Es scheint mir das wenigstens in der — hier nur interessirenden — äußersten Abstraction in jenem Begriffsausdruck überhaupt zu liegen. Und es käme dabei allerdings der terminus wesentlich mit Dem überein, was man seit J. J. Rousseau schlechtweg Volkssouveränität nennt. Obgleich solch' Ergebnis nach der freiheitlichen Seite, nach der Seite der Abhängigkeit und Bedingtheit der einmal bestellten öffentlichen Autoritäten

wohl weiter ausgriffe, als bei der Mehrzahl der geschichtlich etwa angenommenen Verwirklichungen jenes Princip's der Volkssouveränität, — keineswegs aber z. B. Das in sich begreifen müßte, was wohl von Einigen als absolute Republik bezeichnet worden: der durch fixirte Grundgesetze so gut wie gar nicht gebundene Zustand eines republikanischen Gemeinwesens, wo Alles gewissermaßen auf die rinnenden Sandkörner von dem momentanen Wechsel unterworfenen Mehrheitsinteressen gestellt ist. Hierin aber das Wesen eines Volksstaats zu setzen, dazu dachte jedenfalls die Autorität unserer Angeschuligten, der auch für jede gegensätzliche Anschauung großartige Denker F. Lassalle, zu tiefsinnig vom Staate, — er, der seinen Widersachern im Disput wohl hinwarf: Was wollen Sie, der Staat ist Gott! Wobei uns zwar kein Staat in Wahrheit Etwas von einer edlen Tyrannei des Gedankens an sich zu tragen scheint, als daß er vom lautern Metall menschlicher Freiheit gebaut wäre. Doch um uns nicht in theoretische Spitzfindigkeiten zu verlieren: es war uns bei obigem Versuche ja nur zu thun um die weitere hier eben brennende Frage: Ist denn nun ein solcher so zu sagen volksfreiheitlicher Staatszustand, ist er in seinem wie vorhinedeuteten Sinne nothwendig ein solcher, daß er danach eine monarchische Spitze nicht vertragen könnte?

Unter einer Voraussetzung allerdings: daß man nämlich unter monarchischer Institution wesentlich verstehen wollte eine solche Gestaltung eines Einherrschaftsverhältnisses, wonach dasselbe unbedingt und gleichsam aus sich selbst erwachsen als ein unanrüttelbarer und unverrückbarer „rocher von Bronze“ stabilisirt wäre. Dieser mit den bekannten Worten des zweiten preussischen Königs angedeutete Zustand hat aber denn doch seitdem dem Wechsel der Zeit den Zoll darbringen müssen, den Zoll Dessen, was ihr nach den souveränen Gesetzen der historischen Entwicklung gebührt; wenngleich er in dem practischen Residuum der unbedingten Militäroberherrschaft, und dann in dem für jeden wahrhaften Verfassungsstaat zwar nur theoretischen Nachklange des sogenannten absoluten Veto der Krone immer noch fortlebt. Abgesehen von Diesem aber ist doch wahrlich, nach Dem, was wir von Jahrzehnt zu Jahrzehnt erlebt, Wesen und Bedeutung der „Monarchie“ als eben in den Fluß der Zeiten gestellt anzusehen. Und sie vertrüge sich mit dem Princip der Volkssouveränität wie des freien Volksstaats ebenso gut, als sie sich schon vertragen mußte mit der Gestaltung, wo etwa (wie es z. B. in Deutschland von 1849—52 in Sachsen-Gotha, in Sachsen-Altenburg, in Anhalt-Dessau rechtlich und thatsächlich der Fall war) verfassungsmäßig von der sogenannten monarchischen Prerogative dem einheitlichen Staatsoberhaupt nur ein aufschiebendes Veto belassen war gegenüber dem verfassungsmäßig durch seine Vertretung erklärten Willen des Volks. Und — was stünde begrifflich entgegen, solchen Zustand, in die letzte Consequenz des Möglichen verfolgt, geradezu als ein abseiten des Volks bedingtestes Königthum, als eine Monarchie auf Widerruf oder auf Kündigung zu charakterisiren? Was stünde ferner begrifflich entgegen, solchen Zustand practisch verwirklicht zu sehen mit der Modalität: daß in einem Staate mit so bedingtem Königthum andererseits dem Volke selbst bestimmte

Gattungen von Gesetzanträgen, selbst die weitgreifendsten, ja über des Staates letzte monarchische Grundform gar, von seinem repräsentativen Körper verfassungsrechtlich unterbreitet werden könnten und müßten zur unmittelbaren Abstimmung darüber, zur umfassendsten und eingänglichsten Probe der Billigung oder Mißbilligung? Worin doch allein das eigentliche Kriterium der sogenannten directen Volksgesetzgebung, das sogen. Referendum, gelegen ist! Die einzige im Grunde der Eisenacher zehn Specialforderungen, womit die Anklage die Unvereinbarkeit derselben mit jeglichem Monarchismus, die innere Nothwendigkeit der damit implicate prographirten Republik meinen durfte stützen zu können! — Wäre in dem unterstellten Falle denn nicht wirklich ein freier Volksstaat, konform dem Sinne des Eisenacher Programms, in thesi begründet? ein wahrer volksouveräner Staat mit immerhin monarchischer Krönung des Gebäudes? Und ließe sich, denkbarer Weise, solchem freien Volksstaate nicht auch in hypotese ganz wohl, ganz friedlich, mit ganz gesetzlicher, selbst mit wissenschaftlicher Agitation und Propaganda immer näher kommen, immer mehr zustreben?

In Wahrheit, die Behauptung der Anklage von der mit Hinstellung des mehrgedachten Eisenacher Strebzels implicate gegebenen Unmöglichkeit seiner Verwirklichung ohne gewaltsamen Umsturz, erschien mir als nichts Besseres denn eine *petitio principii explicite* — hätte ich auch nicht durch Platon die ausdrückliche Gewähr dafür. Auch dem Platon warf sich über Gestaltung des Ideals seiner philosophischen Republik — in der sich doch wahrlich ein ganz anderer einschneidender Socialismus verwirklichen sollte, als in dem kühnsten Entwurfe eines unserer heutigen — auch ihm warf sich allen Ernstes die Frage auf: wie denn nun sein Staat lebendig werden, auf welchem Wege er eingeführt werden sollte? Zweierlei schien sich ihm da zu bieten. Entweder, daß durch unvoresehenen Nothdrang der Geschichte die Philosophen, denen er die Herstellung seiner Republik zugeacht, wie mit einer höhern Gewalt gezwungen würden, sich thätig des vorhandenen kranken Staatswesens anzunehmen. Oder, daß die Mächtigen des vorhandenen Zustandes sich von selbst und freiwillig befehren zu der vorausgesetzten ideellen Staatsweisheit. Nur dann — sagt Platon — will er sich geruchig auslachen lassen als Einer, der ins Blaue hinein nichts Besseres als leere Gebete redet, wenn ihm nachgewiesen würde, daß das Eine wie das Andere unmöglich. Das aber eben sei nicht möglich; und es stünde zu sagen von seinem Staatsgebilde: daß es wirklich geworden ist, daß es besteht und bestehen wird, sobald dieser Geist im Staate Herr geworden!

Möchte man nun aus allem Dem (und weiter wollte ich damit hier überhaupt Nichts veranschaulichen), möchte man daraus nur ersehen wollen, wie mißlich es ist, einen lediglich so zu sagen wissenschaftlichen Terminus, einen reinen, nach vielen Seiten hin denkbaren Erfahrungsbegriff, anstatt wirklicher Thatfachen und Handlungen, zum Ausgangspunkt krimineller Anschuldigungen zu machen! Selbst da hierzu zu machen, wo sich vielleicht in der einen oder andern Aeußerung des Einen oder

Andern unter Denjenigen, die über Feststellung jenes Begriffs und seines Ausdrucks mit sannem oder stritten, spiegeln könnte der von den anklägerischen Conclusionen vorausgesetzte Sinn — also daß man dabei direct auf eine, unter den unmittelbar gegenwärtigen Verhältnissen allerdings nicht ohne gewaltsamen Umsturz auszuführende Proklamirung der Republik in Deutschland ausgeschaut.

In der Verlegenheit, wie ich auch zu dem Rückzuge hierauf am Durchschneidendsten der Anklage den Paß verlegte, möchte ich am Ehesten gleich zu Dem greifen, was meiner persönlichen Erfahrung am Nächsten liegt — und sollte es selbst zu einer Art von Selbstdenunciation ausschlagen. Meine Herren! Es ist Ihnen, wenn auch nur aus dem leicht wiegenden Hohn einer gewissen Presse, vielleicht bekannt, wie besonders von Württemberg aus die (seit den jüngsten Entwicklungen allerdings wie die Social-Demokratie in ihren Bestrebungen lahm gelegte) i. g. Volkspartei 1868—70 für rein föderalistische und freiheitliche Prinzipien, im Gegensatz zu den im Grunde reinweg unitarischen Bestrebungen der anderen, durch politische Connivenz, von Oben her z. B. übermächtigen Parteien, einzutreten unternahm. So wenig diese Partei ein bestimmtes Programm in der socialen Frage hatte, eben so wenig war sie specifisch monarchisch; obwohl verschiedene der ihr Angehörigen noch immer glaubten, dem Monarchismus da, wo er einmal begründet war, ferner gerecht bleiben zu können. Anderen hingegen (und ich läugne nicht, daß zu diesen ich selbst gehörte), — Anderen schien besonders mit den dem traditionellen Monarchismus im Prinzip allenthalben an die Wurzeln gehenden Annerkionen von 1866, mit dem so wenig Denkbaren als Wünschenswerthen der Restauration von Fürstenhäusern, die meist selbst durch unvolksthümliche Politik sich den (auf Seite des Ueberwinders wie immer ungerechten) Sturz vorbereitet, endlich bei den Erwägungen, wie schwerlich irgendwo sich die Sympathie für zwei collidirende Augusti auf die Dauer vertragen dürfte, — ihnen schien die Rettung des ächten Föderalismus, den sie nach ihrer Ueberzeugung nun einmal in der historischen Entwicklung Deutschlands, wie in dem freiheitlichen Zuge des Jahrhunderts vorgezeichnet fanden, in der That nur zu liegen in einem künftigen Republikanismus. Gestanden sich dieses Diejenigen, die in der i. g. Volkspartei so dachten (und vielleicht mit mir noch so denken), aufrichtig, so konnten sie sich auch nicht verhehlen: daß über kurz oder lang auch einmal erfolgen würde ein feindlicher, gewaltsamer Zusammenstoß der unitarischen und darum specifisch monarchischen Strebungen, mit ihrem naturgemäß zum Republikanismus tendirenden Föderalismus. Und, meine Herren, wer nun gefaßt in dieser Ueberzeugung — gleichviel ob richtig oder falsch — sich nicht innerlich bloß beschäftigt hätte mit dem Gedanken an die acute Gewalt solches Zusammenstoßes, sondern wer da mit den Genossen seiner Gesinnung sich in Schrift oder Rede für die Möglichkeit desselben vereinigt und bereitet hätte zur diesfälligen Geltendmachung seiner angedeuteten, der gegenwärtig begründeten Staatsform allerdings nicht conformen Tendenzen: wäre der darum den Strafgesetzen verfallen gewesen? Nicht um ein Härdchen mehr, — noch auch

weniger als hier unsere Angeschuldigten, als insbesondere mein Client Spier, aus dessen Munde oder Feder doch auch nicht einmal ein Wort, eine Aeußerung hat erbracht werden können, daß er, gar mit dem Wunsche des Eintritts, an die Anlässe gewaltsamer Geltendmachung seiner wirthschaftlichen und demokratischen Principien jemals nur gedacht!

Zum Schluß noch ein kurzes Wort! Die Anklage ist gegen Spier auch mit darum gerichtet, daß das Parteitreiben, an dem er sich theiligt, auch den Umsturz unserer Landesverfassung zum Ziel gehabt. Auf diesen Anlaß kann ich meinerseits mir nicht ersparen, des Vorgangs zu gedenken: daß eben auch dieser Angeklagte hier, wo er unter dem Schutz jener Verfassung als Fremder zu wohnen glaubte, am 9. Sept. v. J. durch den Uebergriff eines Mächtigen in seiner Wohnung von Bewaffneten aufgehoben, gefesselt und 100 Meilen weit nach einer Festung deportirt worden. Ich glaube: es hätte wohl angestanden, zuvor zu sehen, daß die damit an seinem Haupte begangene Verfassungs-Verletzung gesühnt worden wäre, ehe man ihn mit so des Grundes entbehrender Anklage verfolgte.

Ich beantrage Nichts als Freisprechung für Spier.

Nachdem der Obergerichts-Advocat Baumgarten geendet hatte, wurde der Angeklagte Kühn befragt, ob er Etwas zu seiner Vertheidigung vorzubringen habe. Derselbe antwortete, daß er in Ermangelung eines eignen Vertheidigers den ausführlichen Deductionen der Vertheidiger der übrigen Angeklagten beitrete und auf seine vollständige Freisprechung antrage.

Als hierauf

**Bibl. d. TU.
Braunschweig**

B r a d e

befragt wird, ob er Etwas zu sagen wünsche, antwortet derselbe:

Nach den so ausführlichen und erschöpfenden Vorträgen der Herren Vertheidiger müsse er sich doch noch einige Worte erlauben:

Es sei erklärlich, daß die Rede des Staatsanwalts auch auf ihn als Angeklagten einen Eindruck hervorgebracht habe. Indes sei dieser Eindruck der, daß der Staatsanwalt nicht in der Lage gewesen sei, bei Besprechung der einzelnen angeblich verletzten Paragraphen des Strafgesetzbuches zu sagen, durch welche Handlungen eine Verletzung dieser Paragraphen bewirkt sei. Der Herr Staatsanwalt sei zu seinem Resultate auf einem Umwege gekommen, nämlich, ausgehend von der Pariser Commune, habe er der Internationalen Arbeiter-Association und im Anschlusse daran auch der social-demokratischen Arbeiterpartei Zwecke untergeschoben, welche diese Vereinigungen nicht hätten, und damit zugleich ein Bild von der Wirksamkeit der Angeklagten zu entrollen gesucht, welches die Richter gegen sie einnehmen solle. Dabei sei dem Staatsanwalt eine große Menge von thatsächlichen Unrichtigkeiten unterlaufen, welche Angeklagter erst einzeln habe aufzählen wollen. Er sei indes überzeugt, daß die Verhandlungen der vorhergehenden Tage noch frisch genug im Gedächtnisse der Richter gegenwärtig seien, um eine Widerlegung jeder einzelnen Unrichtigkeit unnöthig zu machen, auch sei

gewiß, daß die Länge der bisherigen Verhandlungen ein Sichkurzfassen zur Pflicht mache. Zwei Behauptungen des Herrn Staatsanwalts indes seien der Art, daß es ihm unmöglich sei, darüber zu schweigen.

Zunächst sei von demselben auch der Angeklagte ein „Vaterlandsloser“ genannt. Es möge richtig sein, daß hie und da ein Einzelner aus den Reihen seiner Parteigenossen sich als vaterlandslos bezeichnet habe, indessen sei es ihm unerfindlich, was den Herrn Staatsanwalt berechtige, einen derartigen Ausspruch gegen ihn und seine Mitangeklagten zu schleudern. Gerade von ihm sei der nationale und internationale Gedanke zu versöhnen gesucht und bei aller Liebe zu der internationalen Verbindung der Arbeiter sei gerade von ihm unter Billigung seiner Genossen auch die Liebe zum Vaterlande mit Wärme betont. Er frage nochmals, was den Herrn Staatsanwalt berechtige, eine thatsächlich so unbegründete und erdichtete Behauptung zu wagen? (Rufe der Zustimmung aus dem Publikum werden jetzt vom Präsidenten gerügt und es wird abermals mit Räumung des Saales gedroht.)

Zweitens aber sei vom Staatsanwalt Cines behauptet worden, wofür auch nicht der Schatten eines Beweises vorhanden sei. Der Staatsanwalt habe gewagt, es auszusprechen, daß nach Erlaß des Manifestes von den Angeklagten beabsichtigt gewesen sei, mit Hilfe der französischen Kriegsgefangenen die gewaltsame Revolution im Rücken der siegreichen Heere in Scene zu setzen. Wo denn der Herr Staatsanwalt auch nur eine Andeutung dafür gefunden habe, daß irgendwo und irgendwie eine Verbindung mit französischen Kriegsgefangenen bestanden habe? Er frage wiederholt, was den Herrn Staatsanwalt berechtige, derartige Dinge, für welche auch nicht der Schatten eines Beweises vorliege und von denen der Staatsanwalt auch nicht einmal behaupten könne, daß die Angeklagten auch nur einen Gedanken davon gedacht, zu behaupten?

Es sei mit all' Diesem und mit dem allgemeinen, von der Partei entworfenen Bilde Nichts weiter beabsichtigt gewesen, als Das, die Richter einzunehmen gegen die Angeklagten und sie vergessen zu machen, daß concrete Handlungen, welche strafbar seien, nicht vorliegen. Möge der Gerichtshof einer Meinung über das Parteistreben der Angeklagten sein, welcher er immer wolle: das von diesem Streben entworfene Bild und die damit den Angeklagten untergeschobenen Absichten und Motive seien mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Angeklagter sei sich bewußt, seit dem ersten Augenblicke seines Eintretens für die Arbeiter Sache einer guten und gerechten Sache gedient zu haben. Das Streben, die bestehenden ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Gerechtigkeit umzugestalten, sei das idealste Streben, das sich denken lasse, seine Theilnahme an diesem Streben sein Stolz.

Angeklagter wolle gerne zugestehen, daß es gar nicht zu verwundern sei, wenn bei einem solchen ideellen Streben, das schon so manchen der Begeisterung fähigen Menschen vollständig erfüllt, eine Uebertretung von Gesetzesvorschriften vorkomme, und das aus dem einfachen Grunde, weil die bestehenden Gesetze so ungemein zahlreich und verwickelt seien, daß es für unmöglich angesehen werden müsse, dieselben auch nur zu

kennen. Um so mehr aber würde eine Verletzung von Gesetzen erklärlich sein seitens der Arbeiter, welche gar keine Zeit hätten, sich um die mancherlei Vorschriften und Verbote, die keineswegs immer so nahe lägen, auch nur zu kümmern. Aber grade deshalb habe Angeklagter es für seine Pflicht gehalten, sich persönlich darum zu bemühen; wenn irgend etwas von seinen Parteigenossen habe unternommen werden sollen, sei er jedesmal zu den Behörden gegangen, habe genau mitgetheilt, was beabsichtigt werde und sich nach den bestehenden Gesetzen erkundigt. Angeklagter wisse danach, daß eine Verletzung von Gesetzen nicht vorgekommen sei, gerade weil er sich bei jeder einzelnen Handlung, meist nach einer Erkundigung bei der Herzoglichen Polizeidirection, vorher gefragt habe, ob und wie sie mit den bestehenden Gesetzen harmonire. Er wiederhole, daß ihm auch nicht zum Vorwurf gemacht worden sei, dann und dort dieses oder jenes bestimmte Gesetz verletzt zu haben. Es sei die mißliebige Tendenz, welche man verfolge; es sei die Tendenz, welche aus an sich erlaubten Thaten strafbare Handlungen zu machen bestimmt sei.

Offen aber, wie das ganze Auftreten seiner Partei, sei auch seine Handlungsweise gewesen, und es könne nicht möglich sein, ihn für seine gesetzlich erlaubten Handlungen einer fälschlich angenommenen Tendenz auf gewaltsamen Umsturz wegen zu bestrafen. Am 9. September 1870 in einer Weise behandelt, welche von dem Verteidiger seines Freundes Spier ganz richtig bezeichnet sei; danach bis Mitte November gewaltsam in militärischer Haft seiner Freiheit beraubt, ohne daß die geringste Möglichkeit eines Rechtsschutzes zu erlangen gewesen; dann bis Ende März unschuldiger Weise in Untersuchungshaft gehalten, — freue er sich des Augenblicks, wo er endlich sein Recht finden werde, wo er endlich vor seinen Richtern stehe.

Auf die Anfrage des Gerichtspräsidenten, ob

V o n h o r f t

noch Etwas zu seiner Vertheidigung zu sagen habe, bemerkt derselbe, daß er einige Unrichtigkeiten zu berichtigen habe, welche dem Staatsanwalt in seiner Anklagerede mit unterlaufen seien. Er fährt dann fort wie folgt:

Zunächst hat der Herr Staatsanwalt eine periodische Unterscheidung in dem Auftreten unserer Partei machen zu müssen geglaubt. Der Scheidepunkt soll der 1. Januar d. J. sein. Vor dieser Zeit soll zufolge dem Staatsanwalt die Partei mit geschlossenem Visir gekämpft haben. Das ist jedoch durchaus unrichtig. Alles, was die Partei seit ihrem Bestehen gethan, hat sie ganz öffentlich gethan. Zeugniß davon sind der Eisenacher Congreß mit seinen Beschlüssen, der Inhalt des „Volksstaates“, die öffentlichen Volksversammlungen, welche allerwärts von den Parteigenossen abgehalten und die stets polizeilich überwacht wurden, die allerwärts gefaßten Resolutionen und endlich das Auftreten des Ausschusses selber. Unsere Partei kennt kein geschlossenes Visir. Am Wenigsten konnte uns die „scheinbare Milde des neuen Strafgesetzbuches“

hervorlocken. Aus Dem, was Bebel und Liebknecht unter dem Schutze der Redefreiheit im Reichstage gesagt haben, mag man einen republikanisch-revolutionären Sinn herauslesen, der auch der ganzen Partei eigen. Aber ein Sinn, eine Gesinnung ist eben an und für sich nichts Strafbares.

Mag immerhin der Herr Staatsanwalt ruhig in dem Character der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiter-Association „eine politisch-revolutionäre Tendenz“ entdecken! Damit weist er uns, den Mitgliedern, noch lange nicht nach, daß wir „einen gewaltsamen Umsturz der heutigen Gesellschaft und Ordnung vorbereitet hätten“, wie er in seinem Plaidoyer indirect uns anklagt. Was Bebel und Liebknecht im Reichstag, was wir als Mitglieder der Internationalen stets gethan, ist: — wir haben darauf hingewiesen, daß die heutige Gesellschaft eine gewaltsame Revolution in ihrem Schooße birgt, die unaufhaltsam ausbrechen muß, wenn nicht die heute lenkenden Factoren des Staatslebens noch rechtzeitig solche einschneidende Reformen einführen, welche den gewaltsamen Ausbruch verhüten. Oder glauben etwa die Herren des hohen Gerichtshofes, daß keine Empörung ausbrechen könne, wenn in einem Lande, dessen industrielle und commercielle Entwicklung, kurz dessen viel mißbrauchte „Civilisation“ einen so hohen Grad wie in England einnimmt, neben den Wenigen, welche dieser Civilisation theilhaftig werden, wie die Inauguraladresse der Internationalen nachweist, in ganzen Districten die arbeitende Bevölkerung nicht einmal mehr das Quantum Kohlen- und Stickstoff in feinen Nahrungsmitteln erhält, welches nöthig ist, um Hungerkrankheiten abzuhalten? Der hohe Gerichtshof wird die Mittheilung dieser Thatsachen noch nicht vergessen haben!

Aber auch aus dem Eldorado der national-ökonomischen Schule, dem civilisatorisch so hoch stehenden Belgien, bin ich im Stande, eine wirklich Schauer erregende Mittheilung machen zu können. Dieselbe steht in einem von Ihnen, meine Herren Richter, gewiß anerkannten Blatte, der „Neuen Preussischen (Kreuz-)Zeitung“. Dort heißt es in einer Correspondenz aus Brüssel wie folgt:

„Die Internationale ist jetzt in Belgien thätiger als je; doch macht sie bei Weitem mehr Fortschritte unter den Wälschen als unter den Vlaemingen. Der Studentencongreß in Lüttich, wo der scheußliche Ragout Rigault, der nachherige Mordamvatt der Pariser Commune, die erste Rolle spielte, war eigentlich die Geburtsstätte der Internationale; indeß hat dieselbe in Wirklichkeit erst seit dem Kriege in Belgien größere Ausbreitung erlangt. Leider muß ich sagen, daß die Ausbreitung der gefährlichen Communistensecte sehr befördert wird durch wahrhaft scheußliche Arbeiterverhältnisse, die zur Schande der Menschheit noch hier vorkommen. In manchen Kohlenbezirken arbeiten Männer, Weiber und Kinder fast oder ganz nackt zusammen. Die Kinder kennen ihre Väter nicht, die Mütter kennen aber auch ihre Kinder nicht, es ist eine Entwürdigung bis unter's Vieh hinab. Wer wundert sich da, daß sich neben der thierischen Stumpfheit auch gottlose, ja rein teuflische Wuth zeigt? Einem Bekannten von mir war es gelungen, einige Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Internationale mit ihrer ganzen Thätigkeit endlich doch den Arbeiterstand gänzlich ruiniren müsse. „Immerhin“, brüllte ein Arbeiter, „wir wollen gern zu Grunde gehen, wenn wir nur Einen Tag die Genugthuung haben, auf unseren Arbeitgebern, ihren Weibern und Kindern herumtrampeln zu können, so wie sie auf uns herumgetrampelt sind seit so vielen Jahren!“ Es ist furchtbar! Und da, wo man sich so an den Arbeitern versündigt hat, wie an einzelnen Orten in Belgien, da muß eine rasche Remedur eintreten, und sollten selbst die auswärtigen Mächte sich einmischen müssen.“

Wenn wir nun in die Mitte unserer deutschen Arbeiter treten und denselben den Zusammenhang von den Ursachen mit diesen Wirkungen nachweisen und dann die Lehren anknüpfen, daß sie auch durchaus nicht sicher seien vor einem gleichen Schicksal, daß sie sich, um dasselbe abzuwehren, organisiren und politische Macht erringen müssen, — dann kommt der Herr Staatsanwalt und behauptet: „wir bereiteten eine gewaltsame Revolution vor, oder unser Ziel könne nur auf dem Wege der Gewalt erreicht werden. Das Alles könne der hohe Gerichtshof aus der neuesten Literatur über die Internationale ersehen, die sehr bekannt sei.“

Was nun das Bekanntsein der neuesten Literatur über die Internationale anlangt, scheint der Herr Staatsanwalt auf das famose Circular des J. Favre hinzuweisen. Aus solch' trüber Quelle zu schöpfen, will ich gern dem Herrn Staatsanwalt überlassen. (Der Staatsanwalt macht eine verneinende Bewegung mit dem Kopfe.)

Nun, dann ist vielleicht Das gemeint, was die Herren Mazzini oder Joh. Scherr über die Internationale schwadronirt haben. Was aber so ganz außerhalb des jungen Lebens Stehende sagen, kann durchaus nicht als eine Norm bei einer Rechtsprechung oder Anklage herangezogen werden. Der Herr Staatsanwalt zieht ferner noch zwei Momente, die er notorische nennt, mit herbei. Dies ist erstens die Achterklärung der spanischen Cortes gegen die Internationale, weil Letztere Gott, Familie und Eigenthum angreife. Zunächst muß ich mich wundern, hier das „Vaterland“ vergessen zu finden, — trage dasselbe deshalb noch nach!

Wenn man aber mit Aufmerksamkeit einen Bericht wie den obigen liest, dann braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn alle diese Begriffe auch ohne Internationale und so erst recht abhanden kommen. Denn wo die Internationale bis jetzt noch mitgewirkt hat, war ihr Wirken immer regelnd und deshalb Segen bringend. So ihre politischen Demonstrationen, so ihr practisches Auftreten. Während Sie alle, auch die kolossalen Arbeitseinstellungen, bei denen Internationale mitwirkten, ruhig verlaufen und zu einem auf die eine oder andere Weise befriedigenden Resultate führen sehen, will ich Sie nur auf die Arbeitseinstellung der Vergleute in Königshütte hinweisen, die man von jeher so sorgsam vor dem Einfluß der Internationale gewahrt hatte. Ist das nicht überwältigend, für die Internationale gewinnend? — Dort, selbst bei künstlich angelegten Aufreizungen, die eifernste und entschlossenste Ruhe der Arbeiter, — hier, bei geringfügigem Anlaß, sofort die allergrößtlichen Excesse. Und nun kann man es wagen, weil wir den Gesinnungen der Internationale huldigen, weil wir die Ursachen einer herannahenden gewaltsamen Revolution wissenschaftlich nachweisen, weil wir auf den Weg zur Abhülfe mittelst der zu erobernden Gesetzgebung hindrängen, uns als Solche anzuklagen, welche selber einen gewaltsamen Umsturz vorbereitet, wirklich vorbereitet hätten?! Das ist total unrichtig und ich muß es mit Entrüstung zurückweisen!

Der Herr Staatsanwalt identificirt aber auch, nur um uns Angeklagten dadurch schwärzer zu machen, die Internationale mit der Commune. Das ist einerseits unrichtig, denn zwischen beiden bestand

ein gewisser Gegensatz, der in vielleicht gar nicht ferner Zeit zum Ausbruch gekommen wäre. Die Erklärungen des „Volksstaat“ sind nur hervorgerufen durch die maßlosen und lügenhaften Artikel der sogenannten liberalen Presse und können doch wir dafür keinesfalls verantwortlich gemacht werden. Andererseits ergreift aber auch der Herr Staatsanwalt entschieden Partei. Und da er sich den „Schandthaten“ der Commune gegenüberstellt, so steht er eben auf Seiten der Scheußlichkeiten und brandmarkenden Gemeinheiten der Versailler Mordbrenner. Diese Ehre kann ich ihm nicht rauben. Wohl hätte der Herr Staatsanwalt erst das ruhige Urtheil der Geschichte über die Commune abwarten sollen, ehe er, sie verurtheilend, gegen uns zu Felde zog.

Aber alle diese falschen Ableitungen des Herrn Staatsanwalts und Verrückungen des Standpunktes und der Thatfachen haben ihre Ursachen in einer ganz falschen Grundanschauung. Der Herr Staatsanwalt hat nämlich heute Morgen den Ausspruch gethan: „Die gesellschaftlichen Zustände basiren auf den Gesetzen“. Dieses ist nur zu einem verschwindend kleinen Theile richtig. Es gab, schon lange bevor man geschriebene oder traditionell vererbte Gesetze hatte, — Gesellschaften und gesellschaftliche Zustände. Die Sache liegt nämlich gerade umgekehrt: erst aus den gesellschaftlichen Zuständen ergeben sich die Gesetze oder schleifen sich daran ab. Weil unsere jetzigen gesellschaftlichen Zustände in einem so hohen Grade gegensätzlich geworden sind, — deshalb drängen wir ja gerade immer wieder die Massen auf den Weg der Gesetzgebung, und werden dann für „praktische Revolutionäre“ angesehen, wenigstens von den Herren Staatsanwälten. Wie sehr das von mir Gesagte seine Richtigkeit hat, zeigt sich an der Veränderung und Neuschaffung von Gesetzen in den gesetzgebenden Körpern. Aber auch aus unserer eigenen Geschichte kann ich ein schlagendes Beispiel anführen. Hatte nicht einmal der kirchliche Einfluß eine solche Macht in dem gesellschaftlichen Leben erlangt, daß selbst die Souveränität der deutschen Kaiser darunter litt? Mußte nicht ein Heinrich der Vierte im Kaiserhemde gen Canossa wandern und dort vor übermüthigen Pfaffen Abbitte thun? War das nicht ein Herrschen der gesellschaftlichen Zustände über bestehende Gesetze? Und so werden auch heute und immer die gesellschaftlichen Verhältnisse die Gesetze überwuchern. Dies sind die that-sächlichen und thatkräftigen Revolutionäre.

Zum Schluß will ich noch darauf kommen, daß der Herr Staatsanwalt für den Fall unserer Bestrafung beantragt, die unschuldig verübte Voruntersuchungshaft nicht mit anzurechnen. Ich möchte Sie dagegen bitten, meine Herren Richter, uns für diesen Fall, an dessen Eintreten ich jedoch nicht glauben kann, nicht allein die Voruntersuchungshaft, sondern auch die Lögener Kettenaffaire in Anrechnung zu bringen. Denn wenn Sie, wie wir, in unserem „civilisirten“ Zeitalter in Ketten geschlagen durch weite Gauen Deutschlands transportirt und unterwegs — o Schmach! o Schandel theils für französische Spione, theils für Marodeurs der Schlachtfelder gehalten worden wären, würden Sie es wohl sicher unbegreiflich finden, wenn Ihnen der Proceß gemacht und

in dem Straferkenntniß nicht einmal jene schmählische Behandlung in Abrechnung gebracht würde.

Spier seinerseits verzichtet auf's Wort. Er bemerkt nur:

„Ich habe Nichts mehr hinzuzufügen. Mit Ruhe und Zuversicht sehe ich dem Urtheilsspruche entgegen.“

Nach diesen langen Vorträgen war es 7 Uhr Abends geworden. Um nun nicht die Richter durch Widerlegung der einzelnen gegnerischen Ausführungen noch mehr zu ermüden, und um — vielleicht wiederum weitläufige — Dupliken der Angeklagten und der Bertheidiger abzuschneiden, glaubte der Staatsanwalt, nunmehr die Beurtheilung der Sache dem Gerichtshofe anheim stellen zu können. Derselbe verzichtete daher unter allgemeinem Widerspruche gegen die Ausführungen der Angeklagten auf die Replik.

Der Präsident setzte zur Publication des Wahrspruchs und Erkenntnisses Termin auf den 27. November an.

Montag, den 27. November, Vormittags 10 Uhr, verkündete der Präsident folgendes **Urtheil**:

M a h r | p r u c h.

Es ist erwiesen:

1) daß unter dem Namen: „Internationale Arbeiter-Association“ ein in London residirender, über viele Länder verbreiteter, und nach Völkern und Sprachen in Sectionen getheilter Verein, dessen obere Leiter, denen vorschriftsmäßig Gehorsam zu leisten ist, unbekannt sind, mit der ausgesprochenen Tendenz, die völlige Emancipation der Arbeiter von der Herrschaft der besitzenden Classen und von der politischen Abhängigkeit zu erreichen, und zu dem Ende für die Arbeiter politische Macht zu erobern, existirt, welcher Verein in Wirklichkeit den bestimmten Zweck verfolgt, die gesellig bestehende politische und sociale Organisation der einzelnen Länder, namentlich der monarchischen Staaten, somit auch Deutschlands und der einzelnen Bundesstaaten, nöthigenfalls in gewaltsamer Weise, zu beseitigen, in gleicher Weise an deren Statt eine anderweitig politisch-sociale Organisation, die social-demokratische (rothe) Republik einzuführen, die sogenannte Arbeiterpartei in den Besitz der Staatsgewalt zu bringen und die gesellig bestehenden Zustände in Beziehung auf Eigenthum, Besitz und Erbrecht zu Gunsten dieser Partei umzugestalten;

2) daß die Angeklagten Bracke, v. Bonhorst und Spier nebst anderen Gesinnungsgenossen im August 1869 auf dem Arbeiter-Congresse zu Eisenach unter dem Namen „Social-demokratische Arbeiterpartei“ einen über den größten Theil Deutschlands verbreiteten, politische und sociale Zwecke verfolgenden Arbeiterverein mit dem in den Anlagen zur Anklage enthaltenen Programme und Organisation gebildet haben, welchem später auch der Angeklagte Kühn beigetreten ist;

3) daß die Angeklagten Bracke, von Bonhorst und Spier bald nach Bildung des eben erwähnten Vereins und späterhin auch der Mitangeklagte Kühn in den Vorstand (Auschuß) dieser Partei gewählt sind und bis zu ihrer am 9. Septbr. 1870 erfolgten Verhaftung als Führer derselben deren Bestrebungen geleitet haben;

4) daß diese social-demokratische Arbeiterpartei resp. die Angeklagten Bracke, von Bonhorst und Spier, als deren Mitstifter und Führer, indem sie Kenntniß von dem Zwecke der internationalen Arbeiter-Association und der zu dessen Durchführung beabsichtigten Mittel gehabt und in der Absicht, durch ihre Thätigkeit und die bezeichneten Mittel die Zwecke der Internationalen zu fördern und erreichen zu

helfen, die Partei in ihrem Programme als Zweig der Internationalen Arbeiter-Association erklärt und deren Bestrebungen sich angeschlossen haben, obwohl sie den Zusatz gemacht: „soweit es die Vereinsgesetze gestatten“;

5) daß die auf dem Congresse in Eisenach begründete social-demokratische Arbeiterpartei von ihrem hiesigen Vorstände bald darauf in Eisenach bei der dortigen Polizeibehörde als daselbst domiciliert angemeldet und angenommen, diese Sachlage auch der hiesigen Herzogl. Polizei-Direction von dem Vorstände der mehrgedachten Partei und auf weitere Anfrage von der Polizeibehörde zu Eisenach mitgeteilt und dabei von Letzterer bemerkt ist, daß der das Vereinswesen beschränkende Bundesbeschuß vom 13. Juli 1854 und die zu dessen Ausführung erlassene fernere Verordnung für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach außer Kraft gesetzt sei;

6) daß die Angeklagten im Laufe des Jahres 1870 einzeln und gemeinsam als Vereinsvorstand (Auschuß) die mit den eben geschilderten Tendenzen der Internationalen Arbeiter-Association identischen Tendenzen ihrer eigenen Vereinigung durch Zulassung der Aufnahme verschiedener, in der in Leipzig unter Aufsicht des Ausschusses stehenden, als Parteiorgan gegründeten Zeitung: „Der Volksstaat“ publicirter Schriftstücke, vergl. die Abschnitt 4. der Anklage bezeichneten Auszüge, ohne dagegen eingeschritten zu sein, obschon ihnen die Anstellung und die Entfernung des Redacteurs zugestanden, sowie durch Wort und Schrift verbreitet haben, zudem in letzterer Beziehung in Betracht kommt: die von Bracke am 16. Juli 1870 in Braunschweig gehaltene Rede, resp. abgefaßte Resolution, vergl. Abschnitt 4. c. und 7. a. der Anklage, der in Nr. 5 des „Volksstaats“ von 1870 abgedruckte, von Bracke abgefaßte Artikel, vergl. Abschnitt 4. f. der Anklage, der von Bracke verfaßte und von den Mitangeklagten von Bonhorst und Kühn genehmigte Aufruf an die Parteigenossen vom 24. Juli 1870, abgedruckt im „Volksstaat“ Nr. 61, vergl. Abschnitt 7. b. der Anklage, das von Bracke verfaßte, von den drei Mitangeklagten genehmigte, im „Volksstaate“ Nr. 73 abgedruckte, als Flugblatt in 10,000 Exemplaren gedruckte und zum großen Theile zur Verbreitung an Parteigenossen versandte Manifest an alle deutschen Arbeiter vom 5. Septbr. 1870, vergl. Abschnitt 7. c. der Anklage;

7) daß der in dem fragl. Aufrufe vom 24. Juli 1870 und in dem Manifeste vom 5. September 1870 gebrauchten Ausdrücke: „Säbelherrschaft und preussische Caserne“ sich die Angeklagten wissentlich bedient haben, um fälschlich oder entstellender Weise die Militärverfassung des Norddeutschen Bundes als eine Staats-einrichtung, nicht sowohl hauptsächlich bestimmt zur Sicherung des Staats gegen einen äußeren Angriff, als zur Niederhaltung der freien berechtigten Bewegung der Staatsangehörigen im persönlichen und selbstthätigen Interesse der Regierenden in verächtlicher Weise hinzustellen,

ferner, daß sie sich des in dem fraglichen Aufrufe vom 24. Juli 1870 vorkommenden Ausdrucks „Geldsack“ bedient haben, um die besitzlose Classe der Bevölkerung gegen die Besitzende aufzubringen;

8) daß der Geschäftsverkehr des Ausschusses der social-demokratischen Arbeiterpartei mit der Oberleitung der Internationalen Arbeiter-Association, insbesondere mit dem für Deutschland bestimmten Secretär derselben, Karl Marx zu London, fortwährend bis zu der im September 1870 erfolgten Verhaftung der Angeklagten bestanden hat, in welcher Beziehung vorzüglich hervorzuheben ist, daß die Abschnitt 5. b. der Anklage wörtlich abgedruckten Zuschriften zwischen von Bonhorst und Bracke wirklich gewechselt sind, und daß in Folge einer Aufforderung des 2c. Marx der Mitangeklagte v. Bonhorst den von Herzogl. Staatsanwaltschaft nachträglich unterm 21. d. Mts. zu den Akten überreichten Bericht Namens des Ausschusses der social-demokratischen Arbeiterpartei für den Generalrath der Internationalen Arbeiter-Association erstattet hat;

9) daß die, Abschnitt 4. g. der Anklage wörtlich aufgeführten Zuschriften zwischen Bracke und v. Bonhorst von diesen geschrieben sind und daß der Abschnitt 4. i. der Anklage erwähnte Brief an Walster von dem Mitangeklagten v. Bonhorst verfaßt und von Bracke genehmigt ist, daß endlich die nach Abschnitt 4. i. der Anklage von dem Dr. Labendorn in Zürich aus einem von diesem verwalteten Revolutionsfonds für den Auschuß der social-demokratischen Partei anher ge-

sandten Gelder von dem 2c. Ladendorf nur für die politische Agitation für die deutsche Republik bestimmt gewesen sind;

10) daß der social-demokratische Verein hier am 8. April d. J. polizeilich aufgelöst und die Anklage erst im Oktober d. J. erhoben ist, ohne daß inzwischen eine gerichtliche Handlung zur Verfolgung der den Angeklagten zur Last gelegten Hebertretung stattgefunden hat;

11) daß die Angeklagten vom 7. Nov. v. J. bis zum 30. März d. J. eine unverschuldete Haft erlitten haben.

v. Pawel. A. Moriz. Gerstell.

Erkenntniß.

Nach dem vorstehenden Wahrspruche haben die Angeklagten:

1) indem sie die Verbreitung von Grundsätzen, durch welche die Existenz des Staats gefährdet wird, mit einander verabredet und zu hochverrätherischen Zwecken aufreizende Schriften verbreitet haben, sowie aufreizende Schriften gegen die Landesregierung und Landesverfassung verbreitet und sich aufreizender Äußerungen gegen dieselbe und gegen Einrichtungen des Staats schuldig gemacht, also durch ihre öffentlich vor einer Menschenmenge gehaltenen Reden resp. durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen Gesetze, insbesondere des Braunschweigischen Landesgrundgesetzes aufgefordert haben, die in §§. 83, 2 und 89 des Braunschweigischen Cr.-G.-B. und §. 3 des Gesetzes vom 11. Januar 1852, sowie §. 110 des B.-Str.-G.-B. bezeichneten Vergehen,

2) indem sie wissentlich unwahre oder entstellte Thatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet haben, um dadurch Staatseinrichtungen (die Militärverfassung des Norddeutschen Bundes) verächtlich zu machen, also durch Druck oder Schrift sich der Aufreizung gegen die Einrichtungen des Staats schuldig gemacht, die im §. 131 des B.-Str.-G.-B. und des §. 3 des Gesetzes vom 11. Januar 1852 bezeichneten Vergehen,

3) indem sie einen Arbeiterverein oder Arbeiterverbrüderung gebildet, resp. daran Theil genommen haben, welche politische, socialistische oder communistische Zwecke verfolgt, das in §. 8 des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 und §. 1 und 2 des Gesetzes vom 16. November 1854 bezeichnete Vergehen,

4) indem sie bis zu der im Monat April d. J. erfolgten Auflösung des fraglichen Vereins an einer Verbindung Theil genommen haben, deren Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam versprochen wird, das in §. 128 des B.-Str.-G.-Bchs. bezeichnete Vergehen, begangen,

und werden dieselben daher auf Grund ad 1 des §. 110 des B.-Str.-G.-B. als des milderen Gesetzes, ad 2 des §. 3 des Gesetzes vom 11. Januar 1852 als des mildern Gesetzes, ad 3 und 4 der allegirten Gesetze, sowie auf Grund der §§. 2, 47, 73 und flg. des B.-Str.-G.-B. und zwar:

der Angeklagte Bracke zu einer 16monatigen Gefängnißstrafe, der Angeklagte v. Bonhorst zu einer 16monatigen Gefängnißstrafe, der Angeklagte Spier zu einer 14monatigen Gefängnißstrafe, der Angeklagte Kühn zu einer 5monatigen Gefängnißstrafe, worauf jedoch bei jedem der 4 Angeklagten nach §. 60 des B.-Str.-G.-B. die hier erlittene Untersuchungshaft anzurechnen ist, sowie sämmtliche 4 Angeklagte nach §. 67 der Str.-P.-O. zur solidarischen Tragung der Untersuchungskosten, mit Ausnahme des Gerichtsportals, welcher von jedem und von den Angeklagten Bracke, von v. Bonhorst und Spier mit je 16 Thlrn. und von Kühn mit 8 Thlrn. besonders zu bezahlen ist, verurtheilt.

Dahingegen werden die Angeklagten

a) wegen des im §. 130 des V.-Str.-G.-B. bezeichneten Vergehens, weil dieses nach der zur Zeit der begangenen Handlungen gültigen Strafgesetzgebung nicht mit Strafe bedroht war,

b) wegen der in den §§. 88 des Brschm. C.-G.-B., §. 32 des Gesetzes vom 4. Juli 1853 und §. 129 des V.-Str.-G.-B. bezeichneten Vergehen, weil deren Thatbestand nicht vorliegt,

c) wegen der in §§. 4 und 22 des Gesetzes vom 4. Juli 1853 bezeichneten Uebertretung, weil dieselbe nach §. 67 des V.-Str.-G.-B. verjährt ist,

von der Anklage damit freigesprochen. Endlich wird in Gemäßheit der §. 21 des C.-G.-B. und §. 40 des V.-Str.-G.-B. die Einziehung (Confiscation) der in Beschlag genommenen Exemplare des Manifestes vom 5. September 1870 damit verfügt.

v. Pawel.

M. Moris.

Gerstell.

Der Kreisgerichts-Director v. Pawel schloß die Verhandlung mit folgenden Worten: „Wie Sie gehört haben, ist der Gerichtshof genöthigt gewesen, Strafen gegen Sie auszusprechen; ich darf wohl sagen: leider! da wir nicht annehmen zu können geglaubt haben, daß Sie aus selbstsüchtigen Zwecken gehandelt haben. Es steht Ihnen allerdings frei, über staatliche Einrichtungen und dergl. zu denken, was Sie wollen, und es wird auch Niemand Sie daran hindern, dahin zu streben, daß im Wege friedlicher Reform andere Zustände an die Stelle der von Ihnen gemißbilligten Zustände gesetzt werden. Aber Sie dürfen dabei die durch das Gesetz gesteckten Schranken nicht überschreiten, wie Sie das bei Ihrem frühern öffentlichen Auftreten gethan haben. Wir, die Gerichte, sind dazu bestellt, das Ansehen der Gesetze aufrecht zu erhalten und dürfen Verletzungen derselben nicht dulden. Mit der Hoffnung, daß Sie sich bei ruhigem Nachdenken selbst überzeugen werden, daß Sie nicht gesetzmäßig gehandelt haben, und mit dem Wunsche, daß wir Sie in dieser Weise hier nie wieder sehen mögen, schließe ich die Verhandlung.“

Die Angeklagten haben gegen dieses Erkenntniß die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.



